hamm gegen den wohl im Juni 1384, nach dreizehntätiger Beschießung, unternommenen Sturmangriff der Verbündeten nicht behaupten. Nach ihrem Fall eroberten die Angreifer auch „die anderen Burgen und Kirchen" im Stadland. Den gefangenen Husseko übergaben die Bremer Edo Wiemken, der ihn auf gräßliche Weise zu Tode quälen ließ.

L:
OUB, Bd. 2; Manfred Wilmanns, Die Landgebietspolitik der Stadt Bremen um 1400 unter besonderer Berücksichtigung der Burgenpolitik des Rates im Erzstift und in Friesland, Hildesheim 1973; Albrecht Graf Finck von Finckenstein, Die Geschichte Butjadingens und des Stadlandes bis 1514, Oldenburg 1975.

Heinrich Schmidt

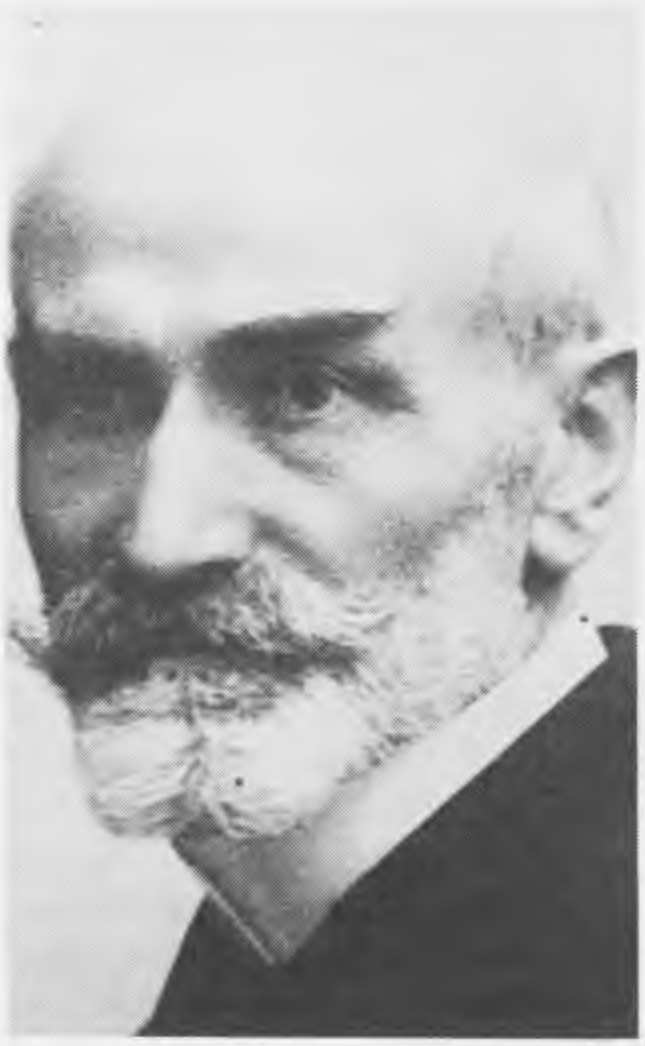
Ibbeken, Rudolf, Generalsuperintendent, * 1660 (1667?) Oldenburg, † 13. 10. 1750 Oldenburg.

I. war der Sohn des Oldenburger Kaufmanns Hero Ibbeken und dessen Ehefrau Anna Rebecka geb. Mencke, der Schwester des in Leipzig lehrenden Juristen Lüder Mencke (1658-1726). Seit 1703 war I. dänischer Legationsprediger in Polen und Sachsen. 1707 wurde er Pastor in Stollhamm, wo er die Weihnachtsflut von 1717 erlebte, die seine Gemeinde schwer verwüstete. Von 1720 bis 1732 war er Pastor in Osternburg und wurde im November 1732 zum Generalsuperintendenten der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst sowie zum Hauptpastor an der Lambertikirche ernannt. Er trat sein Amt am 1. 1. 1733 an, das er mit großem Pflichtbewußtsein verwaltete. Im Sinne der überkommenen orthodoxen lutherischen Tradition von 1573 bemühte er sich, einen Weg zwischen Aufklärung und Pietismus zu steuern. Die Ideen der Aufklärung wies er entschieden zurück und ließ 1737 die sogenannte „Wertheimsche Bibel", eine Übersetzung im Geiste der Aufklärung, verbieten. Um die Einflüsse der Herrenhuter und der Mährischen Brüder abzuwehren, untersagte er 1744 den oldenburgischen Studenten den Besuch „illegaler" Seminare und drohte ihnen den Verlust des Anstellungsrechts in den Grafschaften an. Von den Zeitgenossen wurde I. als Gelehrter sowie als Kenner der orientalischen Sprachen und des Hebräischen gerühmt.

Hans von Seggern

Iben, Heinrich Janßen, Oberkirchenrat, * 29. 10. 1864 Wichtens, Gemeinde Tettens, † 31. 12. 1947 Rastede.

Der Bauernsohn besuchte das Gymnasium in Jever und studierte von 1885 bis 1888 Theologie an den Universitäten Tübingen, Greifswald und Marburg. 1888 bestand er das erste und 1892 das zweite theologische Examen. Seit 1888 war er Hilfsprediger in Großenkneten und Golzwarden und wurde am 24. 10. 1892 Pastor in Vechta, wo er das erste Gemeindehaus baute. Von 1895 bis 1910 war er Herausgeber des „Oldenburger Kirchenblatts" und leitete von 1925 bis 1935 auch das „Oldenburger Sonntagsblatt", das eng mit der Inneren Mission zusammenarbeitete. Am 1. 10. 1910 wurde I. zum Hofprediger und 2. geistlichen Mitglied des Oberkirchenrats ernannt, dem er bis zu seiner Pensionierung am 16. 10. 1933 angehörte. Als Mitglied der Kirchenleitung war er in besonderem Maße ein Mann des allgemeinen Vertrauens, ein väterlicher Freund und



Seelsorger für viele Amtsbrüder. Seine Zusammenarbeit mit Präsident D. Dr. → Tilemann (1877-1956) hat sich für die Oldenburger Kirche segensreich ausgewirkt; auf ihn hörten die liberalen wie die orthodoxen Pastoren. Nach 1933 schloß er sich der Bekennenden Kirche an. I. war der heraus-

ragende Vertreter des typisch oldenburgischen, fest auf der lutherischen Lehre stehenden „liberalen" Kirchentums, offen nach allen Seiten, den modernen Strömungen nicht abgeneigt, aber radikalen Parteien wie den Nationalsozialisten nicht gewachsen.
I. war verheiratet mit Regine geb. Cöster (* 1864); der Ehe entstammten vier Kinder. Eine seiner Töchter heiratete Pastor Folkers in Rastede, bei dem I. seine letzten Lebensjahre verbrachte.

W:
Die oldenburgische Landeskirche, in: Ernst Rolffs (Hg.), Das kirchliche Leben der evangelischen Kirchen in Niedersachsen, Tübingen 1917, S. 296-395; Evangelische Kirchenkunde Niedersachsens, Göttingen 1938[2]; Die Prediger des Herzogtums Oldenburg seit der Reformation, Bd. 2, Oldenburg 1941.
L:
Hugo Harms, Geschichte des Kirchenkampfes in Oldenburg, 4 Bde., Jever 1963, MS, LBO und StAO.

Heinrich Höpken

Imsiecke, Hermann Diedrich, Verleger, * 8. 2. 1865 Oldenburg, † 9. 1. 1924 Cloppenburg.
Der Sohn des Johann Diedrich Franz-Josef Imsiecke (31. 12. 1818 - 1. 4. 1881) und dessen Ehefrau Gesina geb. Kähler (10. 11. 1816 - 6. 7. 1898) absolvierte bei der Firma Gerhard Stalling in Oldenburg eine Schriftsetzer- und Buchdruckerlehre. Im Dezember 1886 übernahm er Verlag und Redaktion des „Wochenblatt für die Amtsbezirke Cloppenburg und Friesoythe", das 1881 als „Wochenblatt für Stadt und Amt Cloppenburg" von J. Th. Haneklau gegründet worden war. Als Kopfblatt seiner Zeitung gab I. seit März 1887 zusätzlich das „Oldenburger Volksblatt" heraus, das aber bereits nach zwei Jahren wieder eingestellt wurde. Der neue Verleger stellte seine Zeitung, die zunächst zweimal wöchentlich gedruckt wurde, in den Dienst der Zentrumspartei, als deren Organ sie über alle wichtigen Vorgänge in Politik und im Wirtschaftsleben des Landes zu berichten versuchte. Das „Wochenblatt", dessen Verbreitungsgebiet die Ämter Cloppenburg, Friesoythe und Löningen umfaßte, erschien seit 1896 dreimal wöchentlich, seit dem 1. 10. 1906 täglich und wurde bei dieser Gelegenheit in „Münsterländische Tageszeitung" umgetauft. Ab 1909 druckte der Verlag auch die vom Katholischen Lehrerverein herausgegebene „Katholische Schulzeitung für das Herzogtum Oldenburg".
I. war seit dem 15. 9. 1892 verheiratet mit

Maria Christine geb. Baro (22. 10. 1860 - 26. 12. 1936) aus Cloppenburg. Zwei Töchter und sieben Söhne gingen aus dieser Ehe hervor, von denen Josef I. (4. 8. 1898 - 13. 11. 1956) die Leitung der Zeitung übernahm. Auch seine sechs Brüder waren im Druck- und Zeitungsgewerbe tätig.

L:
Fritz Strahlmann, Zum 50. Jahrgang. Ein Jubiläumsrückblick, in: Münsterländische Tageszeitung, 1. 11. 1930; 75 Jahre Münsterländische Tageszeitung 1881-1956, ebd., 1. 12. 1956; Walter Barton, Bibliographie der oldenburgischen Presse, in: OJb, 57, 1958, S. 41-80; 58, 1959, S. 55-78; 59, 1960, S. 83-110; Münsterländische Tageszeitung. Jubiläumsausgabe zum einhundertjährigen Bestehen im Oktober 1981; Heinz Josef Imsiecke, 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, in: JbOM, 1982, S. 342-345.

Hans Hochgartz

Jakob, Graf von Oldenburg-Delmenhorst, * 24. 8. 1463, † 1484?
Beim Tode seiner Eltern, des Grafen → Moritz von Oldenburg-Delmenhorst (1424-1464) und der Gräfin Katharina von Hoya,

war Jakob noch nicht zwei Jahre alt. Um von Delmenhorst ungestörter wirken zu können, ließ sein Onkel, Graf → Gerd (1430-1500), Rat und Mannschaft von Delmenhorst Jakob am 19. 8. 1464 huldigen, womit auch die formale Selbständigkeit der Herrschaft Delmenhorst dokumentiert war. Als im Streit des Grafen Gerd von Oldenburg mit der Bremer Kirche die Feinde zu mächtig wurden, übertrug er die Vormundschaft für Jakob am 9. 8. 1474 an dessen Onkel, den Grafen von Hoya, und der Bremer Erzbischof belehnte Jakob mit Herrschaft und Schloß Delmenhorst. Das Abkommen sah im Falle des kinderlosen Ablebens Jakobs den Übergang der Herrschaft an einen seiner zukünftigen Schwäger vor; doch durften die Schwestern nur mit Einwilligung des Bremer Erzbischofs heiraten. Die Bestimmungen hatten das Fernhalten Graf Gerds von Oldenburg zum Ziel. Jakob lebte einige Zeit am Hofe des Bremer Erzbischofs, der gleichzeitig Bischof von Münster war; seine Finanzsituation war außerordentlich eng. Am 7. 9. 1479 belehnte der Bremer Erzbischof den volljährig gewordenen Jakob mit Schloß und Herrschaft Delmenhorst. Jakob lehnte sich sofort politisch an seinen Onkel an, dem er augenscheinlich wesensverwandt war, und begann ebenfalls Räubereien gegen die hansischen Kaufleute. Die Burg Delmenhorst wurde der Stützpunkt des Grafen Gerd bei dessen Raubzügen und Kämpfen gegen die bremische Kirche. Nach mehrmonatiger Belagerung mußte sich die Burg am 20. 1. 1482 dem Bremer Erzbischof ergeben. Jakobs Schwestern wurden von der Burg verwiesen, er selbst zog zu Fuß nach Dänemark und bat dort seinen Vetter, König Hans, um Unterstützung. Politische Hilfe wurde ihm nicht gewährt, doch erhielt er ein Schiff, mit dem er angeblich nach Frankreich ziehen wollte. Stattdessen betrieb Jakob Seeräuberei und rächte sich brutal an Seeleuten der Hanseschiffe, die ihm in die Hände fielen. Er erkrankte schließlich an Skorbut und soll im Sommer 1484 in einem schwedischen Hafen gestorben sein.

L:
Hermann Oncken, Graf Gerd von Oldenburg (1430-1500) vornehmlich im Munde seiner Zeitgenossen, in: OJb, 2, 1893, S. 14-84; Otto Kähler, Die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Diss. phil. Marburg 1894; Georg Sello, Die territoriale Entwickelung des Herzogtums Oldenburg, Göttingen 1917, Reprint Osnabrück 1975; Edgar Grundig, Geschichte der Stadt Delmenhorst bis zum Jahre 1945, 4 Bde., Delmenhorst 1953-1960, Typoskript, LBO; ders., Geschichte der Stadt Delmenhorst bis zum Jahre 1848, Delmenhorst 1979; Jürgen Peter Ravens, Delmenhorst - Residenz, Landstädtchen, Industriezentrum 1371-1971, Delmenhorst 1971.

Dieter Rüdebusch

Jacobs, Anton Wilhelm Gerhard, Schulrat, Landtagsabgeordneter, * 26. 5. 1883 Burhave, † 10. 5. 1966 Oldenburg.

J. unterrichtete von 1904 bis 1912 nach dem Besuch des Lehrerseminars in Oldenburg an den Volksschulen Elmeloh, Dangast, Bürstel, Altenhuntorf und Drielakermoor. Ab 1906 engagierte er sich aktiv im Oldenburgischen Landeslehrerverein (OLLV) und - wenn auch zunächst noch sehr zurückhaltend - für die SPD, mit der er über → Paul Hug (1857-1934) und das „Norddeutsche Volksblatt“ in engem Kontakt stand. Im OLLV setzte J. sich besonders für die Reform des Religionsunterrichts ein. Seit 1909 war er Geschäftsführer der Religionskonferenz des OLLV und

seit 1910 des „Oldenburger Vereins für evangelische Freiheit“. Einen zweiten Schwerpunkt seines Interesses bildeten die staatsbürgerliche Erziehung und die Jugendpflege. Seine Überlegungen dazu, die im wesentlichen auf die Empfehlung

zu staatlicher Zurückhaltung auf diesen Gebieten und die Aufhebung des Verbots sozialdemokratischer Jugendarbeit hinausliefen, stellte er auf Vorträgen in und außerhalb Oldenburgs vor. Daneben veröffentlichte er, zum Teil unter wechselnden Pseudonymen (Monachus, Elimar Brook, Wilhelm Wedekind), kleinere Artikel zu pädagogischen Fragen und zur Heimatkunde, Gedichte, Märchen und Kindergeschichten in Zeitungen und Zeitschriften. Von 1912 bis 1914 studierte er in Leipzig, Berlin und Tübingen Pädagogik und Staatswissenschaften, u. a. bei Wilhelm Wundt, Karl Lamprecht und Eduard Spranger. Danach war er von 1914 bis 1933 Oberrealschullehrer in Oldenburg. J. war mit Margarethe geb. von Timourou (2. 9. 1890 - 30. 1. 1970), die aus einer holländisch-ceylonesischen Einwandererfamilie stammte, verheiratet und hatte zwei Töchter und zwei Söhne.

Nach der Revolution 1918 baute J. das Volkshochschulwesen im Land und in der Stadt Oldenburg als Geschäftsführer des Landesamtes für Volkshochschulen und des Bezirksamtes für Volkshochschulen der Stadt Oldenburg mit auf. Gleichzeitig setzte er sich weiter im Rahmen des Landesamtes für Wohlfahrtspflege und des Hauptausschusses für Jugend- und Volkswohlfahrt des OLLV für soziale und sozialpädagogische Belange ein. Als Mitglied des „Hohenrodter Bundes“ (seit 1921) konnte er in diese Tätigkeiten überregionale Erfahrungen einbringen. Für die SPD gehörte er von 1923 bis 1933 dem Rat der Stadt Oldenburg und von 1928 bis 1933 dem Landtag an. Seine Hauptarbeitsgebiete waren Schul- und Kulturfragen, Schulfinanzen, Finanzstatistik und Finanzausgleich. Die Ergebnisse seiner Arbeit flossen wie vor dem Ersten Weltkrieg in eine vielfältige publizistische Tätigkeit für Zeitungen und Zeitschriften ein, die sich noch verstärkte, als J. 1928 den Presseausschuß des OLLV gründete und leitete und von 1928 bis 1933 als Berichterstatter für die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ schrieb.

Nach dem Amtsantritt der nationalsozialistischen Landesregierung 1932 profilierte sich J. als einer ihrer schärfsten Kritiker im Landtag. 1933 wurde er aus politischen Gründen aus dem Schuldienst entlassen. Von 1937 bis 1942 arbeitete er im Statistischen Amt und der Preisbehörde für Mieten der Stadt Oldenburg, von 1942 bis 1944 als Betriebswirt in der Hauptverwaltung der Weser-Flugzeugbau-AG. Im August 1944 wurde er im Zuge der „Aktion Gewitter“ verhaftet, jedoch nach kurzer Zeit wieder aus dem Lager Farge entlassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ernannte Ministerpräsident → Theodor Tantzen (1877-1947) J. im Mai 1945 zum Schulrat des Stadtkreises Oldenburg, wo er den weniger durch Kriegszerstörungen als politisch und durch den Flüchtlingsstrom schwierigen Wiederaufbau des Schulwesens leitete. Im Auftrage der Landesregierung wirkte er 1947 im Zonenerziehungsrat der britischen Besatzungszone mit, insbesondere bei schulstatistischen Fragen. Von 1949 bis zu seiner Pensionierung 1950 vertrat er die vakante Stelle des Oberschulrats in der Schulabteilung des Landesverwaltungsbezirks Oldenburg.

Seine politische und soziale Arbeit setzte J. als Pensionär in Sandkrug fort. Von 1952 bis 1964 war er Mitglied des Gemeinderats Hatten, von 1956 bis 1964 des Kreistages Oldenburg. Wie in den vorhergehenden Phasen seines Lebens galt sein besonderes Interesse Schul- und Finanzfragen. Diese nicht sehr häufige Kombination ist kennzeichnend für J.: Sein Engagement für Reformen war nicht an Utopien, sondern an der Realität, am auch finanziell Möglichen orientiert. Gerade wegen der konstruktiven finanzpolitischen Fundierung verfocht er seine schul- und kulturpolitischen Reformvorstellungen aber mit großer Beharrlichkeit. Dazu war er in Grundfragen der Demokratie und der Menschenrechte kompromißlos, auch wenn ihm dies wie 1933-1945 persönliche Nachteile einbrachte.

W:

Die alte und die neue Schule, in: Der Volkserzieher, 16, 1912, Nr. 10; Jugendpflege, in: Oldenburgisches Schulblatt, 37, 1912, S. 375-379, 383-386; (anonym), Was wir wollen. Wie wir arbeiten, hg. vom Oldenburger Landesamt für Volkshochschulen, Oldenburg o. J. (um 1919/20); Das oldenburgische Schulwesen im Zahlenspiegel, in: Oldenburgische Landeszeitung, 1. 5. 1927; Folgerungen aus den oldenburgischen Schulverhältnissen, ebd., 4. 5. 1927; Jugendliche Selbstmörder, in: Unsere Kinder. Oldenburgische Elternzeitschrift, 2, 1928, S. 133-136; Die Schule in der Finanzstatistik, in: Die Gemeinde, 8, 1931, S. 830-835.

L:
Hilke Günther-Arndt, Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930-1933, Oldenburg 1983; Heinrich Schmidt, Zum Verhältnis von Theater, Gesellschaft und Politik in Oldenburg 1919-1944, in: Hoftheater - Landestheater - Staatstheater. Beiträge zur Geschichte des oldenburgischen Theaters 1833-1983, hg. von Heinrich Schmidt, Oldenburg 1983, S. 107-142.

Hilke Günther-Arndt

Jansen, Emilie, s. Lewald, Emilie

Jans(s)en, Gerhard Friedrich August, Kammerpräsident, * 6. 6. 1791 Jever, † 9. 4. 1869 Oldenburg.
J., der einer jeverschen Beamtenfamilie entstammte, war der Sohn des anhalt-zerbstischen Justiz- und Kammerrats Gerhard Ulrich Jans(s)en. (9. 4. 1749 - 5. 11. 1809) und dessen Ehefrau Margarethe Sophie geb. von Honrichs (15. 6. 1756 - 20. 12. 1802). Er besuchte das Gymnasium in Jever und studierte ab 1809 Jura an den

Universitäten Heidelberg und Göttingen. Nach der Einverleibung Oldenburgs in das französische Kaiserreich ging er im Herbst 1811 an die Universität Brüssel, da ein französisches Examen Voraussetzung für die Anstellung im Staatsdienst war. Im August 1812 erwarb er in Brüssel den Grad eines Licencié en droit und wurde anschließend als Advokat beim Tribunal in Jever zugelassen. 1814 wurde er in den oldenburgischen Staatsdienst übernommen und war zunächst als Amtsauditor in Tettens und Jever tätig. Im November 1816 kam er als 2. Sekretär zur Kammer in Oldenburg, wurde 1818 zum Kammerassessor und 1827 zum Kammerrat ernannt. J. bearbeitete vor allem die Fragen der Zollpolitik und galt schon bald als der maßgebende Fachmann auf diesem Gebiet, der seit 1830 entscheidend an allen Zollverhandlungen beteiligt war. 1842 wurde er Vizedirektor, 1844 Direktor der Kammer und erhielt im selben Jahr den Titel Staatsrat. Wie die meisten höheren Beamten Oldenburgs übernahm auch J. eine Reihe zusätzlicher Aufgaben; 1846 wurde er Vorstand des Militärkollegiums und 1850 Vorsitzender der neugegründeten Katasterdirektion, die die Grundlagen für die Neuordnung des Steuer- und Abgabenwesens schuf. 1856 wurde der verdiente Beamte schließlich zum Kammerpräsidenten ernannt und 1864 mit dem begehrten Titel eines Geheimen Rats ausgezeichnet. Im Zuge der Behördenreorganisation wurde 1868 die Kammer aufgelöst und J. zum Vorsitzenden des Zolldepartements ernannt.
Seit dem 19. 12. 1827 war J. verheiratet mit Henriette Friederike Louise Emilie geb. von Berg (19. 12. 1804 - 5. 7. 1862) der Tochter des Staatsministers → Günther Heinrich von Berg (1765-1843). Sein Sohn → Günther Jansen (1831-1914) wurde später oldenburgischer Ministerpräsident.

L:
Günther Jansen, Aufzeichnungen betreffend die Familie Jansen, in: Nachlaß Günther Jansen, StAO, jetzt abgedruckt bei Harald Schiekkel, Familiengeschichtliche und autobiographische Aufzeichnungen des oldenburgischen Ministers Günther Jansen (1831-1914), in: OFK, 32, 1990, S. 190-236; Klaus Lampe, Oldenburg und Preußen 1815-1871, Hildesheim 1972.

Hans Friedl

Jansen, Gerhard Friedrich Günther, Ministerpräsident, * 5. 1. 1831 Oldenburg, † 31. 12. 1914 Weimar.
J., der einer angesehenen Beamtenfamilie des Jeverlandes entstammte, war der Sohn des Kammerpräsidenten → Gerhard Friedrich August Jan(s)sen (1791-1869) und dessen Ehefrau Emilie geb. von Berg (1805-1862), der Tochter des Staatsministers →

Günther Heinrich von Berg (1765-1843) und Schwester des langjährigen oldenburgischen Ministers → Karl von Berg (1810-1894). Er besuchte das Gymnasium in Oldenburg und studierte von 1850 bis 1853

Jura an der Universität Göttingen, wo er sich der Verbindung Teutonia anschloß. Nach Beendigung des Studiums legte er in Oldenburg das erste juristische Examen ab und war zunächst als Amtsauditor in Oldenburg und Berne tätig. Nach dem zweiten Staatsexamen, das er 1857 bestand, wurde er als Sekretär der Regierung in Oldenburg zugeteilt, 1859 zum Amtsassessor ernannt und in den folgenden Jahren mit der Verwaltung der Ämter Löningen und Damme betraut. Seit 1864 gehörte J. zu den engeren Mitarbeitern des Großherzogs → Nikolaus Friedrich Peter (1827-1900), der ihn in Verfolgung seiner dynastisch-konservativen Politik beauftragte, die insgesamt fragwürdigen oldenburgischen Erbansprüche auf Schleswig-Holstein in der Öffentlichkeit und in der Presse zu propagieren. Zu diesem Zweck wurde J. in die 1859 geschaffene Hof- und Privatkanzlei versetzt, die dem Großherzog als bürokratisches Instrument zur Verfolgung eigener außenpolitischer Ziele diente. Diese Kanzlei, zu deren geschäftsführenden Vorstand J. 1865 ernannt wurde, gewann Bedeutung für die oldenburgische Politik und stand selbständig neben dem Staatsministerium. J. knüpfte in den folgenden Monaten Kontakte zu verschiedenen Zeitungen, baute ein Netz von Vertrauensleuten in den Herzogtümern auf und erkundete 1864/65 in vertraulichen Sondierungsgesprächen in Hannover, Berlin und Eutin die oldenburgischen Erfolgschancen. Nach dem Scheitern des von Anfang an aussichtslosen Projekts wurde J. am 1. 7. 1866 Ministerialreferent im Staatsministerium und war an den internen Beratungen über die geplante Verfassung des Norddeutschen Bundes beteiligt; im Januar und Februar 1867 nahm er im Beraterstab des Ministerpräsidenten → von Rössing (1805-1874) auch an den abschließenden Konferenzen in Berlin teil. Als Mitglied der Kommission für die Verwaltungsreform arbeitete er 1868 an der Einführung der modernen Ministerialverwaltung mit und wurde Ende des Jahres zum Regierungsrat befördert.

Neben seinen Dienstgeschäften wurde der inzwischen bewährte, vom Großherzog wegen seiner Arbeitskraft und flexiblen Einsatzbereitschaft auch persönlich geschätzte Beamte immer wieder mit höfisch-diplomatischen und politischen Sondermissionen betraut. 1869 sandte ihn Nikolaus Friedrich Peter nach Bamberg und München, wo J. in längeren Verhandlungen die Erbansprüche der Königin Amalie von Griechenland (1818-1875), der Schwester des Großherzogs, klären und regeln konnte. Am 4. 7. 1870 übernahm er als Vorstand die Leitung der Hof- und Privatkanzlei und begleitete den Großherzog auf dessen Wunsch während des Feldzuges gegen Frankreich. Bei den offiziellen und inoffiziellen Beratungen im Hauptquartier von Versailles über die deutsche Reichsverfassung bemühte sich Nikolaus Friedrich Peter, seinen schon 1866 propagierten Plan der Schaffung eines Oberhauses durchzusetzen, das als föderative Vertretung der deutschen Fürsten ein Gegengewicht gegen das übermächtige Preußen sowie gegen die unitarischen und demokratischen Bestrebungen des Reichstags des allgemeinen Wahlrechts bilden sollte. Im Auftrag seines Landesherrn suchte J. den badischen Großherzog für dieses Projekt zu gewinnen und veröffentlichte am Jahresende anonym eine umfangreiche Broschüre, um der Oberhausidee in der Öffentlichkeit eine breitere Unterstützung zu verschaffen. Aussicht auf Erfolg hatte dieser für die konservative Einstellung des Großherzogs kennzeichnende Vorschlag freilich nicht und verschwand rasch wieder

in den Schubladen. Zwei Jahre danach übernahm J. erneut einen Sonderauftrag und entwarf nach den Anweisungen Nikolaus Friedrich Peters das neue Hausgesetz, das die Kinder aus unebenbürtigen Ehen von der Nachfolge ausschloß. Im Mai 1872 reiste J. nach St. Petersburg und holte die Zustimmung der russischen Linie des Hauses Gottorp zu diesem Entwurf ein.
Das durch die enge Zusammenarbeit gefestigte Vertrauen des Großherzogs und seine in verschiedenen Aufgabenbereichen unter Beweis gestellte Leistungsfähigkeit öffneten J. den Weg zur staatlichen Führungsspitze. Bereits im Dezember 1871 wurde er zum Vortragenden Rat im Staatsministerium befördert und nach dem Rücktritt seines Onkels Karl von Berg im Oktober 1876 zum Minister in der Regierung → Friedrich Ruhstrat (1818-1896) ernannt, in der er die beiden Departements des Innern und des Großherzoglichen Hauses und des Äußeren übernahm. Die 1877 erfolgende Aufnahme in die exklusive Literarische Gesellschaft bestätigte gleichsam seine Zugehörigkeit zur schmalen Führungsschicht des Landes. Am 14. 3. 1890 wurde J. schließlich unter Beibehaltung seiner beiden Ressorts zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt und übernahm damit faktisch die Funktion eines Ministerpräsidenten; im April 1897 wurde er mit dem Titel Staatsminister ausgezeichnet. Seine lange und erfolgreiche Amtszeit endete freilich mit einem Mißklang. J., der schon seit einiger Zeit aus Altersgründen die Niederlegung seiner Ämter für das Jahresende 1901 ins Auge gefaßt hatte, bot nach dem Tod Nikolaus Friedrich Peters im Juni 1900 dem Großherzog sofort die Gesamtdemission des Staatsministeriums an. Vorangehende Differenzen mit dem Erbgroßherzog in wichtigen Fragen der inneren Verwaltung ließen ihn für die nahe Zukunft Konflikte zwischen seiner Regierung und dem Landesherrn befürchten, denen er sich nicht mehr aussetzen wollte. → Friedrich August (1852-1931) lehnte am 14. 6. 1900 das Rücktrittsangebot ab, verlangte aber eine erhebliche Erhöhung der Zivilliste, gegen die J. entschiedenen Widerspruch erhob, da der Landtag sie nur gegen bedeutende Zugeständnisse auf anderen Gebieten bewilligen werde. Zusätzliche Differenzen in relativ geringfügigen Fragen verschärften die Situation und führten am 19. 8. 1900 zur Entlassung der Regierung, die in unnötig brüsker Form erfolgte.
Zu Beginn des Jahres 1901 übersiedelte J. mit seiner Familie nach Weimar, wo er sich in den folgenden Jahren mit literarisch-historischen Studien beschäftigte. Seit den 1870er Jahren hatte er verschiedene, heute noch lesenswerte Arbeiten zur Geschichte Oldenburgs im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert verfaßt, die er jetzt fortführte und durch die Niederschrift von Teilen seiner Erinnerungen ergänzte.
Unter den leitenden Beamten Oldenburgs im 19. Jahrhundert nimmt J. einen herausragenden Platz ein. Als langjähriger Minister zweier wichtiger Ressorts und als Ministerpräsident bestimmte er maßgeblich die Entwicklung und den inneren Ausbau des Großherzogtums in diesen Jahrzehnten tiefgehenden Wandels. In politischer Hinsicht war er ein gemäßigter Konservativer des für Oldenburg charakteristischen Typus, der von der Notwendigkeit durchdrungen war, den Forderungen der Zeit entgegenzukommen und die Verwaltung und Regierung des Landes nach den Grundsätzen eines gemäßigten Liberalismus zu führen.
J. war seit 1864 verheiratet mit Marie geb. Frommelt (29. 8. 1843 - 29. 8. 1928), der Tochter des Pfarrers Moritz Theodor F. und dessen Ehefrau Emilie Wilhelmine Friederike geb. Klein; seine Tochter → Emmi Lewald (1866-1946) wurde eine bekannte Schriftstellerin.

W:
Nachlaß im StAO; verschiedene Aufzeichnungen auch im Archiv der Literarischen Gesellschaft, Depositum im StAO; (anonym), Die Revision der Norddeutschen Bundesverfassung und die Oberhausfrage, Frankfurt a. M. 1870; Rochus Friedrich Graf zu Lynar, Königlich-Dänischer Statthalter der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst. Zur Geschichte der Nordischen Politik im 18. Jahrhundert, Oldenburg 1873; Aus vergangenen Tagen. Oldenburgs literarische und gesellschaftliche Zustände während des Zeitraums von 1773 bis 1811, Oldenburg 1877; (anonym), Peter Friedrich Ludwig. Ein Rückblick zur Enthüllung seines Denkmals in Oldenburg, Oldenburg o. J. (1893); Zur Vorgeschichte des oldenburgischen Staatsgrundgesetzes (1815-1848), in: OJb, 2, 1893, S. 1-13; Großherzog Nikolaus Friedrich Peter. Ein Rückblick, in: Weserzeitung, 9., 11. und 12. IX. 1900, wieder abgedruckt in: OJb, 9, 1900, S. 1-34; Versailler Erinnerungen aus dem Kriegswinter 1870/71, in: Deutsche Revue, 26, 1901, S. 1-19; Großherzog

Nikolaus Friedrich Peter von Oldenburg. Erinnerungen aus den Jahren 1864 bis 1900, Oldenburg 1903; Nordwestdeutsche Studien. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1904; Großherzog Karl Alexander von Sachsen in seinen Briefen an Frau Fanny Lewald-Stahr (1848-1889), Berlin 1904; Aus den Jugendjahren des Herzogs Peter Friedrich Ludwig, in: OJb, 15, 1906, S. 1-40.

L:
Harald Schieckel, Die Herkunft und Laufbahn der oldenburgischen Minister, in: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer, Münster 1982, S. 247-267; ders., Erinnerungen Günther Jansens an den Aufenthalt am großherzoglichen Hof in Eutin 1865, in: OJb, 89, 1989, S. 75-88; ders., Familiengeschichtliche und autobiographische Aufzeichnungen des oldenburgischen Ministers Günther Jansen (1831-1914), in: OFK, 32, 1990, S. 190-236.

Hans Friedl

Janson, Gustav Ludwig, Generalsuperintendent, * 6. 1. 1710 Oldenburg, † 21. 5. 1788 Oldenburg.
J. war der Sohn des aus Bremen stammenden Hector Adrian Janson († 19. 3. 1723), der 1697 Pastor an der Lambertikirche in Oldenburg wurde und 1719 zum Konsistorialrat sowie zum Vizegeneralsuperintendenten ernannt wurde. Er besuchte das Gymnasium in Oldenburg und studierte von 1727 bis 1728 Theologie an der Universität Jena. Nach einer zwischenzeitlichen Tätigkeit als Gesandtschaftssekretär wurde er 1732 Kapellprediger in Neuenburg und 1736 Pfarrer in Golzwarden. 1776 wurde er als Hauptpastor an St. Lamberti nach Oldenburg berufen und zum Konsistorialrat sowie zum Generalsuperintendenten der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst ernannt. Er galt als streng orthodoxer Mann, der sich dem Pietismus und der Aufklärung entgegenstellte und ihren Durchbruch in Oldenburg aufhielt.
J. war verheiratet mit Elisabeth Beate geb. Schloifer (1702-1775); sein Sohn Hector Friedrich (1737-1805) wurde später Professor an der Universität Kopenhagen und Bischof von Aarhus.

W:
Festfragen zum christlichen Gebrauch der Kinder und Einfältigen, in den beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, genau zergliedert und kurz erklärt, Oldenburg 1751; Erbauliche Glockengedanken, Oldenburg 1751; Zergliederter und kurz erklärter Katechismus Alardi, Oldenburg o. J.; Einige historische Nachrichten von der Kirche und dem Kirchspiel Golzwarden als ein Beitrag zur Kirchen-, Prediger- und Schulhistorie der Grafenschaften Oldenburg und Delmenhorst, Oldenburg 1756; Worte zur Erbauung, Oldenburg 1760.

L:
Oldenburgische Blätter, 1840, S. 361; Günther Jansen, Aus vergangenen Tagen. Oldenburgs literarische und gesellschaftliche Zustände während des Zeitraums von 1773 bis 1811, Oldenburg 1877; Wolfgang Büsing, Personengeschichtliche Nachrichten aus den wöchentlichen „Oldenburgischen Anzeigen" 1746-1800, in: OJb, 55, 1955, S. 193-232.

Hans von Seggern

Janßen, Hinrich, Bauer und Dichter, * 17. 3. 1697 Hofswürden bei Eckwarden, † 19. 7. 1737 Hofswürden.
Der Sohn des wohlhabenden Bauern Johann Hinrichs († nach 1717) und dessen Ehefrau Nanne besuchte ab 1713 das Gymnasium in Jever und wechselte 1716 an das Gymnasium in Quedlinburg. Nach der Weihnachtsflut von 1717 mußte er aus finanziellen Gründen die schulische Ausbildung abbrechen und auf seine Studienpläne verzichten. Er kehrte nach Butjadingen zurück, übernahm bald darauf den väterlichen Hof und heiratete am 17. 2. 1724 die Bauerntochter Metta Behrens aus Eckwarden. Nach Überwindung der ärgsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten bemühte sich der begabte J., im Selbststudium seine Kenntnisse zu erweitern und Anschluß an die akademische Bildungsschicht der Region zu finden. Ein Lobgedicht auf die Thronbesteigung Christians VI. von Dänemark machte ihn 1730 in weiteren Kreisen bekannt, da diese „Leid-Cypressen und Freuden-Palmen" den König bewogen haben sollen, auf die Rückzahlung eines Teils der Deichbaukredite der Butjadinger Gemeinden zu verzichten. Durch den Erfolg bestätigt und ermutigt, verfaßte J. in den folgenden Jahren zahlreiche Gedichte auf hochstehende Zeitgenossen, Hochzeitsgedichte, geistliche Lieder, plattdeutsche Verse und Spottgedichte auf seine mißgünstigen Nachbarn. Er fand rasch Förderer, die sich des „Land- und Feldpoeten" annahmen, und konnte nach 1732 auch einzelne Gedichte in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichen. In seinen Gelegenheitsdichtungen entwik-

kelte er durchaus persönliche Stilzüge und belebte die tradierte barocke Polarität des Höfischen und Antihöfischen durch die bitteren Erfahrungen der eigenen Lebenssituation. Er litt zeitlebens unter dem Zwiespalt, daß er durch seine Bildung aus der bäuerlich-dörflichen Umgebung herausgehoben und ihr entfremdet wurde, ohne jedoch in der von ihm umworbenen Bildungsschicht Fuß fassen zu können. Für seine Gönner blieb er stets ein Kuriosum. Der ständig unter wirtschaftlichen Sorgen leidende J. starb nach längerer Krankheit bereits in seinem 41. Lebensjahr; seine Gedichte wurden erst vierzig Jahre später von seinem Sohn, dem Pastor Johann Hinrich Janßen (1731-1781), herausgegeben.

W:
Hinrich Janßen eines Niedersächsischen Bauers sämtliche Gedichte . . . zum Druck befördert und verlegt von des seel. Sohn, Johann Hinrich Janßen, Pastor zu Waddens, Stade 1768; Hinrich Janßens eines Niedersächsischen Bauers sämtliche Gedichte. Neue wortgetreue Ausgabe, hg. von D. A. Holthusen, Tossens 1864.
L:
ADB, Bd. 13, 1881, S. 708-709; NDB, Bd. 10, 1974, S. 342-343; Emil Pleitner, Hinrich Janssen, der butjadinger Bauernpoet. Sein Leben und sein Dichten, mit einer Auswahl seiner Dichtungen, Oldenburg o. J. (1898); Daniel Ramsauer, Der „Bauernpoet" Hinrich Janßen contra den Küster Christoph Baltzer Meyer, in: OJb, 13, 1905, S. 199-202; Leif Ludwig Albertsen, Der poetische Bauer Hinrich Janßen aus Butjadingen, in: OJb, 65, 1966, S. 89-107 (W, L).

Hans Friedl

Jaspers, Carl Wilhelm, Bankdirektor und Landtagsabgeordneter, * 1. 10. 1850 Sanderbusch, † 24. 2. 1940 Oldenburg.
J., der einer seit dem 16. Jahrhundert nachweisbaren jeverländischen Familie entstammte, war der Sohn des Gutsbesitzers Carl Wilhelm Jaspers (20. 1. 1817 - 28. 5. 1886) und dessen Ehefrau Antoinette Christine Louise geb. Drost (3. 3. 1823 - 14. 9. 1895). Er besuchte von 1861 bis 1870 das Gymnasium in Jever und studierte anschließend von 1870 bis 1873 Jura an den Universitäten Heidelberg, München, Berlin und Leipzig. 1874 trat er in den oldenburgischen Staatsdienst und wurde 1879 zum Amtshauptmann von Butjadingen ernannt. Der von persönlichem Unabhängigkeitsdrang erfüllte J., der sich gegen die feste Einbindung in die Beamtenhierarchie sträubte, verließ bereits 1881 den Staatsdienst und trat in die Direktion der expandierenden Oldenburgischen Spar- und Leihbank ein. Diese Stellung bot ihm die „doppelte Chance der Freiheit und der der Familie nützlichen Wohlhabenheit" (Karl

Jaspers). Als überzeugter Liberaler konservativer Prägung betätigte sich J. auch politisch und war bis 1920 Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Oldenburger Gesamtstadtrates. Von 1890 bis 1894 gehörte er dem oldenburgischen Landtag an, lehnte aber schließlich eine erneute Kandidatur ab, da er sich auf die Dauer der Doppelbelastung als Bankdirektor und Abgeordneter nicht gewachsen fühlte. 1921 trat er aus der Bankdirektion aus und widmete sich in den folgenden Jahren ganz seinen Neigungen, zu denen vor allem die Jagd und die Malerei zählten.
Am 26. 10. 1881 heiratete J. in Abbehausen Henriette Tantzen (6. 11. 1862 - 30. 1. 1941), die Tochter des Hausmanns → Theodor Johann Tantzen (1834-1893) und Schwester des späteren oldenburgischen Ministerpräsidenten → Theodor Tantzen (1877-1947). Das Ehepaar hatte drei Kinder: → Karl (1883-1969) wurde später Professor in Heidelberg und Basel, Enno (1889-1931) Rechtsanwalt in Oldenburg, Erna Margarethe (1885-1974) heiratete → Eugen Dugend (1879-1946), den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Oldenburg.

L:
Richard Tantzen, Beiträge zur Geschichte der

Familie Tantzen, H. 5, 2. Aufl., Oldenburg o. J.; Carl Jaspers, Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, München 1967; Eilert Tantzen, Stammliste der Familie Tantzen 1300-1971, in: OFK, 14, 1972, S. 398-496.

Hans Friedl

Jaspers, Karl, Universitätsprofessor und Philosoph, * 23. 2. 1883 Oldenburg, † 26. 2. 1969 Basel.

Die Mutter von J., Henriette geb. Tantzen (6. 11. 1862 - 30. 1. 1941), stammte aus einem in Butjadingen und Jeverland ansässigen Bauerngeschlecht, das seit dem 13. Jahrhundert nachgewiesen ist; ihr jüngster Bruder → Theodor Tantzen (1877-1947) wurde oldenburgischer Ministerpräsident. Der Vater von J., →Carl Wilhelm Jaspers (1. 10. 1850 - 24. 2. 1940), der aus einer Familie stammte, deren Vorfahren vor allem Bauern und Kaufleute waren, war Direktor der Spar- und Leihkasse in Oldenburg und Landtagsabgeordneter. J. hat das familiäre Klima, in dem er zusammen mit den beiden jüngeren Geschwistern Erna und Enno erzogen wurde, als liberal-konservativ und freisinnig beschrie-

ben. Als wichtigste erzieherische Grundwerte galten seinen Eltern Wahrhaftigkeit, Offenheit, Treue, Fleiß und Leistung sowie der Vorrang der Vernunft gegenüber jeder unbefragt akzeptierten Autorität (auch jener der Kirche).

J. wuchs in Oldenburg auf, besuchte das humanistische Gymnasium und legte 1901 das Abitur ab. Dann begann er mit dem Studium der Jurisprudenz in Heidelberg und München, interessierte sich aber eher für Kunstgeschichte und Philosophie; nach drei Semestern wechselte er zum Studium der Medizin. Anlaß dafür war nicht zuletzt der Umstand, daß er als Achtzehnjähriger erfahren mußte, an einer unheilbaren Lungenkrankheit (Bronchiektasen) zu leiden, und nach Meinung der Ärzte nur eine sehr geringe Lebenserwartung besaß. Das unabänderliche Faktum dieser Krankheit beeinflußte sein weiteres Leben und Denken entscheidend. Es beeinträchtigte nicht nur seine Mobilität, sondern erforderte ein ungeheures Maß an Selbstdisziplin, um lebensbedrohende Folgen (Lungenentzündungen) zu vermeiden. J. entwickelte zu diesem Zweck selber im Laufe seines Medizinstudiums spezifische Techniken des „Aushustens" von Lungensekreten. Er schloß das Medizinstudium, nachdem er auch einige Semester in Berlin und Göttingen studierte hatte, 1909 in Heidelberg ab und arbeitete anschließend sechs Jahre als wissenschaftlicher Volontärassistent an der Heidelberger Psychiatrischen Universitätsklinik. Während dieser Zeit publizierte er neben einer Reihe von psychiatrischen Fachartikeln ein bedeutendes methodologisches Werk „Allgemeine Psychopathologie" (1913), das ihn in Fachkreisen sehr bekannt machte. In diesem Werk, das als Lehrbuch konzipiert ist, wird der Versuch unternommen, sowohl eine Systematik der damaligen methodischen Verfahren in der Psychiatrie zu geben, als auch die damals dominierenden gehirnphysiologischen Erklärungsansätze von psychischen Krankheiten um Methoden aus der Hermeneutik und der deskriptiven Psychologie zu ergänzen, die J. aus den Werken von Wilhelm Dilthey und Edmund Husserl rezipiert hatte.

In diese Zeit seiner psychiatrischen Tätigkeit fällt ein biographisches Ereignis, das für sein weiteres Leben mindestens ebenso bestimmend war wie das Faktum seiner Krankheit: er heiratete 1910 Gertrud Mayer (1879-1974), die Tochter des Kaufmanns David M. und Schwester eines Studienfreundes. Sie war jüdischer Herkunft, weshalb die Ehe während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft starken äußeren Belastungsproben ausgesetzt war. Sie hielt jedoch allen Anfechtungen

stand und die Gemeinsamkeit der Beziehung reichte bis in die enge geistige Kooperation beim Schreiben von J.s Büchern. Die Erfahrung dieser glücklichen Beziehung hatte einen erheblichen Einfluß auf die Konzeption des Begriffs der zwischenmenschlichen existentiellen Kommunikation in J.s späterer Existenzphilosophie, genauso wie die Erfahrung der Krankheit den Begriff der Grenzsituationen des menschlichen Lebens entscheidend mitbestimmte. 1913 habilitierte sich J. mit der „Allgemeinen Psychopathologie" nicht an der Medizinischen, sondern an der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg für das Fach Psychologie. Einer der Begutachter seiner Arbeit war der bedeutende Soziologe Max Weber, den er 1909 kennengelernt hatte und der ihn sowohl als Persönlichkeit als auch als Denker stark beeinflußte. 1916 wurde J. Extraordinarius für Psychologie in Heidelberg, 1919 publizierte er eine seiner psychologischen Vorlesungen unter dem Titel „Psychologie der Weltanschauungen" - in diesem Buch sind bereits wesentliche Gedanken seiner Existenzphilosophie vorweggenommen. Nicht zuletzt aufgrund dieses Buches wurde J. 1920 Extraordinarius und 1921 Ordinarius für Philosophie an der Universität Heidelberg. Er veröffentlichte 1931 eine Studie über „Die geistige Situation der Zeit", die als tausendstes Göschen-Bändchen eine sehr große Verbreitung fand. 1932 erschien sein existenzphilosophisches Hauptwerk, das ihn neben Martin Heidegger zum bedeutendsten deutschen Existenzphilosophen werden ließ; dieses Werk hat den Titel „Philosophie" und ist in drei Teilbände gegliedert, in „Philosophische Weltorientierung", „Existenzerhellung" und „Metaphysik".

Mit dem Anbruch der NS-Ära 1933 wurde J. aus der Universitätsverwaltung ausgeschlossen, 1937 zwangspensioniert, 1938 erhielt er ein inoffizielles, 1943 ein offizielles Publikationsverbot. Daß seine Frau jüdischer Herkunft war, bedeutete vor allem gegen Ende des Kriegs für beide die große Gefahr, in ein Konzentrationslager deportiert zu werden. Nach dem Kriegsende beteiligte sich J. intensiv am organisatorischen Wiederaufbau der Heidelberger Universität, er hielt bereits im Wintersemester 1945/46 eine vielbesuchte Vorlesung über die Frage der Schuld des deutschen Volks am Nationalsozialismus, die 1946 auch in Buchform erschien. Darin begegnet J. der pauschalen These von der Kollektivschuld des deutschen Volks am Nationalsozialismus durch eine Differenzierung des Schuldbegriffs, indem er zwischen krimineller, politischer, moralischer und metaphysischer Schuld unterscheidet und diesen unterschiedlichen Typen von Schuld auch unterschiedliche Verantwortlichkeiten und Sanktionen zuordnet. Mit dieser Schrift profilierte sich J. erstmals als politischer Denker und Schriftsteller.

Die Wandlung vom Existenzphilosophen, der individuelle existentielle Phänomene (persönliches Scheitern in Grenzsituationen; existentielles Selbstwerden angesichts von Grenzsituationen wie Tod, Leiden, Schuld, Kampf; Verwirklichung der individuellen Existenz in existentieller Kommunikation; Verwirklichung eigentlichen Selbstseins in existentieller Freiheit; existentielles Transzendenzerlebnis usw.) zu erhellen trachtet, zum politischen Philosophen, der öffentlich zu aktuellen politischen Problemen Stellung nimmt, war bei J. durch die Erfahrung der NS-Ära bedingt. Für ihn bedeutete die NS-Herrschaft eine Grenzsituation für das deutsche Volk, und er hielt in Deutschland nach dem Zusammenbruch dieses Regimes eine konsequente „moralisch-politische Umkehr" und Änderung der „sittlich-moralischen Denkungsart" für notwendig. Dadurch sollte ein radikaler Schlußstrich gezogen und die Abkehr von allen Formen jenes nationalstaatlichen und obrigkeitsstaatlichen politischen Denkens erreicht werden, die Deutschland mit in die nationalsozialistische Katastrophe geführt hatten. Es war unter anderem die Enttäuschung darüber, daß die von ihm erwartete Umkehr nicht in dem gewünschten Ausmaß erfolgte, die J. dazu bewog, im Jahr 1948 eine Berufung an die Universität Basel anzunehmen. Er wurde deshalb von vielen Kollegen angefeindet, die seinen Weggang aus Deutschland als eine bequeme Flucht vor der Mangelsituation in der damaligen Wiederaufbauphase ansahen.

Während seiner Lehrtätigkeit an der Universität Basel, die bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1961 dauerte, entfaltete er eine reiche schriftstellerische Tätigkeit. Noch vor seiner Übersiedlung hatte er ein umfangreiches Buch „Von der Wahrheit" (1947) veröffentlicht, das nur den ersten

von drei Bänden einer philosophischen Logik und Philosophie der Vernunft bilden sollte. Die weiteren beiden Bände sind zu seinen Lebzeiten nicht mehr erschienen, doch fanden sich zahlreiche Manuskripte dazu in seinem Nachlaß. J. entwickelte in diesem Buch seine frühere Existenzphilosophie zu einer umfassenden Vernunftphilosophie und einer sogenannten Lehre vom Umgreifenden weiter. Die dabei vorgenommene Unterscheidung zwischen mehreren Weisen des Umgreifenden, in die das umgreifende Sein stets notwendig zerfällt, spiegelt einerseits die Rezeption von Denkmotiven aus der Tradition der spekulativen Seinsmetaphysik (Plato, Plotin, Schelling, Hegel) wider, andererseits aber auch die tiefe Verwurzeltheit in der liberal-aufklärerischen Denktradition im Gefolge vom Immanuel Kant und Max Weber. Seine grundsätzlich anti-dogmatische und anti-fundamentalistische Einstellung zeigt sich deutlich an der Religionsphilosophie und politischen Philosophie, die J. nach 1945 als Ausdruck seines nun an die Vernunft appellierenden Philosophierens entwickelt hat.

In der Religionsphilosophie ist der Gedanke zentral, daß es um der Freiheit der menschlichen Selbstwahl und Selbstbestimmung willen keine persönlich-bildhafte Gottesidee, keine göttliche Offenbarung und keinen Ausschließlichkeits- und Absolutheitsanspruch von Glaubensgehalten geben darf. Institutionen, die ein Monopol auf die Deutung und Verkündigung von religiösen Offenbarungsgehalten in Anspruch nehmen, werden strikt abgelehnt. Diese teilweise scharfe Religionskritik bedeutet aber nicht, daß J. die Existenz Gottes prinzipiell leugnet und einen konsequent atheistischen Standpunkt vertritt. Allerdings ist der Gott, den er als Philosoph nur zu akzeptieren bereit war, ein verborgener Gott (deus absconditus), den er zumeist gar nicht „Gott" nennt, sondern die „Transzendenz". Jede inhaltliche Bestimmung der Transzendenz wird aus der Überzeugung abgelehnt, daß Transzendenzerfahrungen nicht verallgemeinerbar und in Denk- und Sprachkategorien erfaß- und ausdrückbar sind. Anstelle des Offenbarungsglaubens plädierte J. für einen „philosophischen Glauben", der nicht an ein im Offenbarungsgeschehen manifest werdendes Absolutes gebunden ist, sondern eine Art von unmittelbarem Seinsvertrauen und weltoffener Lebenszuversicht darstellt, die den Menschen auch in extremen Lebenssituationen des Scheiterns nicht verläßt. Dieser Glaube ist ein „Wagnis radikaler Offenheit" und permanenter Bereitschaft zur Kommunikation. Mit ihm ist ein Ethos der Humanität verbunden, das für das gesamte Philosophieren von J. grundlegend ist.

Im Kontext der politischen Philosophie zeigt sich dieses Ethos im Appell zur Änderung der moralischen und politischen Denkungsart und in der Forderung nach einer neuen, vernunftorientierten Politik, die vom „Überpolitischen" her die bloße Macht- und Interessenpolitik moralisch überformen, Kommunikation und Verständigung im weltweiten Maßstab fördern, sowie auf die Herstellung eines Weltfriedenszustandes hinarbeiten soll. Nur auf diesem Weg sah J. eine Chance, die universale Grenzsituation zu bewältigen, in welche die gesamte Menschheit hineingeschlittert ist, weil sie mit zwei in der bisherigen Menschheitsgeschichte erstmaligen Gefahren konfrontiert ist: (a) der Möglichkeit der kollektiven Selbstvernichtung durch den Atomkrieg und (b) der Möglichkeit der Errichtung eines weltweiten totalitären Herrschaftssystems, in dem alles, was eigentliches Menschsein bedeutet (Freiheit, liebende Kommunikation, Menschenwürde usw.) zunichte gemacht wird. Als Ziel der neuen, vernunftorientierten Politik hatte J., wie vor allem sein bedeutendstes politisches Werk „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" (1957) zeigt, eine Weltrepublik in Form einer Föderation aller Staaten vor Augen, wie sie bereits Kant in der Schrift „Zum ewigen Frieden" erwogen hatte; ein Weltstaat mit zentraler Militärgewalt wird ausdrücklich abgelehnt. Der Weltfriede unter menschenwürdigen Bedingungen ist für J. nur unter Voraussetzung der Idee der liberalen Demokratie und der Verwirklichung der damit verbundenen Grundwerte und Menschenrechte möglich. Deshalb übte er auch scharfe Kritik an totalitären Denk- und Herrschaftsformen.

Stellungnahmen zu tagespolitischen Fragen nach 1945 machten J. in breiteren Bevölkerungskreisen bekannt, sie brachten ihn aber immer wieder auch ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. So plädierte er 1960 für die Anerkennung der DDR als eines eigenen deutschen Staates sowie für

die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, er kritisierte den Beschluß der Notstandsgesetze und nahm in einer scharfen Ablehnung zur Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen im Bundestag im Frühjahr 1965 Stellung. In dem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?" (1966) diagnostizierte J. in ihrem politischen System Entwicklungstendenzen zum Obrigkeitsstaat und zur Parteienoligarchie und trat für parteiungebundenere spontanere Prozesse der politischen Willensbildung im Volk ein. Als J. 1969 in Basel starb, hinterließ er einen umfangreichen Nachlaß, aus dem später Teile von Hans Saner, dem letzten Assistenten J.s in Basel, veröffentlicht wurden. So unter anderem Notizen zu J.s Verhältnis zu Martin Heidegger, der Briefwechsel mit Hannah Arendt, sowie Teile seiner umfassenden Konzeption einer Weltgeschichte der Philosophie, von der zu seinen Lebzeiten bloß das Buch „Die großen Philosophen" (1957) erschienen ist.

Vergegenwärtigt man sich den Umfang des Werks, das J. trotz der Beeinträchtigung durch seine Krankheit im Laufe seines Lebens verfaßt, und die Vielfalt der Probleme, die er philosophierend durchdacht hat, kann man ihn als einen der bedeutendsten deutschsprachigen Philosophen des 20. Jahrhunderts ansehen. Schriften von ihm sind in mehr als 25 Sprachen übersetzt, und die Auflagenhöhe seiner Bücher hat die Millionengrenze längst überschritten.

W:
Allgemeine Psychopathologie, Berlin 1913, 1973[9]; Psychologie der Weltanschauungen, Berlin 1919, 1971[6], Neuausgabe München 1986; Philosophie, 3 Bde., Berlin 1932, 1973[4]; Vernunft und Existenz, Groningen 1935, Neuausgabe München 1973, 1984[8]; Von der Wahrheit, München 1947, 1983[3]; Der philosophische Glaube, München 1948, 1981[7]; Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Zürich 1949, 1983[8]; Einführung in die Philosophie, Zürich 1950, 1983[23]; Die großen Philosophen, München 1957, 1988[4]; Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958, 1982[6]; Freiheit und Wiedervereinigung, München 1960; Der philosophische Glaube angesichts der Offenbarung, München 1962, 1963[2]; Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966, 1967[8]; Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, München 1967. Vollständige Bibliographie, auch der Übersetzungen, bis 1977: Karl Jaspers. Eine Bibliographie. Bd. 1: Die Primärbibliographie. Bearb. von Gisela Gefken und Karl Kunert, Oldenburg 1978.

L:
NDB, Bd. 10, 1974, S. 362-365; Paul A. Schilpp (Hg.), Karl Jaspers, Stuttgart 1957 (W); Werner Schneiders, Karl Jaspers in der Kritik, Bonn 1965; Hans Saner, Karl Jaspers in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1970, 1984[2] (W, L); ders. (Hg.), Karl Jaspers in der Diskussion, München 1973; Klaus Piper/Hans Saner (Hg.), Erinnerungen an Karl Jaspers, München 1974; Jeanne Hersch, Karl Jaspers, München 1980; Rudolf Lengert (Hg.), Philosophie der Freiheit. Karl Jaspers (23. 2. 1883 - 26. 2. 1969), Oldenburg 1983; Kurt Salamun, Karl Jaspers, München 1985 (W, L); Karl Jaspers. Philosoph, Arzt, politischer Denker. Symposium zum 100. Geburtstag in Basel und Heidelberg. Hg. von Jeanne Hersch, Jan M. Lochman, Reiner Wiehl, München 1986; Karl Jaspers. Zur Aktualität seines Denkens. Hg. von Kurt Salamun, München 1991.

Kurt Salamun

Jenke, Carl, Schauspieler, Regisseur, Theaterdirektor, * 29. 3. 1809 Grünberg/Schlesien, † 6. 5. 1886 München.

Der Komiker und Charakterdarsteller J. arbeitete zunächst bei Wandertruppen, dann von 1832 bis 1834 in Kassel, von 1834 bis 1837 unter Karl Immermann in Düsseldorf. Von 1837 bis 1857 wirkte er als Schauspieler und Regisseur in Oldenburg. Seit 1854 war er auch Direktor des nun als subven-

tioniertes Privattheater geführten Hauses. J. war „in jeder Beziehung eine vortreffliche Akquisition" für Oldenburgs Theater (Starklof). Von 1857 bis 1862 war er Schauspieler und Regisseur in Wiesbaden, von 1862 bis 1863 Opernregisseur in Rotter-

dam, schließlich von 1863 bis 1879 Regisseur des Hoftheaters in München. Gastspiele gab J. u. a. in Hamburg, Weimar, Braunschweig, Stuttgart und Berlin. Er bearbeitete Byron und Shakespeare für die Bühne.
Verheiratet war J. seit 1838 mit der Sängerin und Schauspielerin Elisabeth Sophie Louise Veronika geb. Meißelbach (* 17. 4. 1810, nach anderen Angaben 1811, † 20. 3. 1841). Die Tochter des Schauspielers Wilhelm M. und der Schauspielerin Charlotte M. begann ihre Laufbahn in Lübeck. Seit 1828 wirkte sie in Magdeburg, dann in Leipzig und Frankfurt a.M., nach Gastspielen an verschiedenen Orten von 1833 bis 1835 in Kassel, danach bis 1837 unter Immermann in Düsseldorf. Nach weiteren Gastspielen trat sie als Sängerin und Schauspielerin von 1838 bis 1840 in Oldenburg auf, wo sie als „gute Schauspielerin" galt (Starklof). Gastspiele gab sie, auch zusammen mit ihrem Gatten, u. a. in Berlin, Meiningen, Hamburg und Kopenhagen.

L:
Neuer Nekrolog der Deutschen, 19, 1841, S. 335-338; Reinhard von Dalwigk, Chronik des alten Theaters in Oldenburg 1833-1881, Oldenburg 1881; Ludwig Eisenberg, Großes biographisches Lexikon der deutschen Bühnen im 19. Jahrhundert, Leipzig 1903; Wilhelm Kosch, Deutsches Theater-Lexikon, 2 Bde., Klagenfurt, Wien 1953-1960; Harry Niemann (Hg.), Ludwig Starklof 1789-1850, Oldenburg 1986.

Christoph Prignitz

Joel, Georg Karl, Ministerpräsident, * 8. 8. 1898 Wilhelmshaven, † 10. 10. 1981 Oldenburg.

Der Sohn des Schlossers Karl Friedrich Joel und dessen Ehefrau Helene Bernhardine geb. Behrens besuchte die Oberrealschule bis zur Obersekunda und begann 1914 eine Lehre bei der Staatseisenbahn. 1917 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und kehrte nach Ende des Ersten Weltkriegs in seinen erlernten Beruf zurück. Wie viele andere Frontsoldaten schloß er sich verschiedenen völkischen Gruppen an und trat bereits 1925 der NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg bei, an deren organisatorischem Ausbau er entscheidend mitwirkte. Seit November 1930 war er Mitglied des Oldenburger Stadtrats und gehörte von 1931 bis 1933 auch dem Landtag an, der ihn im Juni 1932 zu seinem Präsidenten wählte. J. konzentrierte sich in den letzten Jahren des Freistaats Oldenburg auf die Arbeit in den politischen Körperschaften des Landes und trat nach außen hin als Redner und Propagandist weniger in Erscheinung. Wenn doch, so triumphierte er allein in der Negation des Beste-

henden - einschließlich rüder antisemitischer und rassistischer Ausfälle wie in der sog. „Kwami-Affäre" im September 1932 - und beschwor im „Glauben an den Führer" die Vision eines Dritten Reiches, das schlagartig die Lösung aller Probleme bringen werde.

Nach dem nationalsozialistischen Wahlsieg holte ihn der neue Ministerpräsident → Carl Röver (1889-1942), der der Ministerialbürokratie mißtraute, zu seiner eigenen Unterstützung in das Staatsministerium, wo J. ohne offizielle Amtsbefugnisse mit Verwaltungsaufgaben betraut wurde. Nach der Gleichschaltung der Länder wurde er am 6. 5. 1933 von dem zum Reichsstatthalter aufgestiegenen Röver zum oldenburgischen Ministerpräsidenten ernannt und übernahm nach einem Kabinettsbeschluß vom 15. 5. 1933 zusätzlich das Innenministerium. Als „Typus des braunen Amtsverwalters" (J. Fest) war er beständig auf die Sicherung der eigenen Position bedacht und sah dem Treiben der SA, besonders im Oldenburger Münsterland, fast widerspruchslos zu. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er zeitweilig im ehemaligen KZ Esterwegen interniert und 1949 von einem Bielefelder Spruchgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Als Landesvorsitzender der

rechtsextremen Deutschen Reichspartei tauchte er noch einmal aus der politischen Versenkung auf und zog für sie in den niedersächsischen Landtag (1955-1959) sowie in den Oldenburger Stadtrat (1956). J., der später der NPD nahestand, gehörte zu den hartnäckigen und uneinsichtigen Parteifunktionären und suchte noch gegen Ende seines Lebens den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes zu leugnen.
J. war seit dem 18. 10. 1925 verheiratet mit der Postgehilfin Hertha Marie Katharina geb. Einst (19. 1. 1901 - 18. 9. 1979), der Tochter des Oberschaffners Klaus Gerhard E. und der Helene geb. Gökes; der Ehe entstammten vier Söhne.

L:
Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978; ders., Oldenburgs Weg ins „Dritte Reich", Oldenburg 1983; Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Bd. 1, Opladen 1984.

Peter Haupt

Johann I., Graf von Oldenburg, urkundlich bezeugt 1243-1270.
Der Sohn des Grafen → Christian II. von Oldenburg († 1233) und der Agnes von Isenbergen erscheint seit 1243 neben seinem Onkel, Graf → Otto I. von Oldenburg († 1251 oder 1252), als Aussteller gräflicher Urkunden und regiert seit 1252 allein im Herrschaftsbereich der oldenburgischen Linie des Grafenhauses. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts kann er den von Rüstringer Friesen unterstützten, kriegerischen Versuch stedingischer Emigranten, vom Stadland aus ihren 1234 (Stedingerkreuzzug) verlorenen Besitz zurückzugewinnen, erfolgreich abwehren (Sieg zwischen Huntebrück und Elsfleth). Allerdings muß er in den folgenden Jahren, bis zum Friedensschluß 1260, im Krieg gegen die Rüstringer schwere Verwüstungen des niederstedingischen Gebiets nördlich der Hunte hinnehmen. Die Auseinandersetzungen verflechten sich mit dem Konflikt zwischen dem Haus zur Lippe und Hildebold von Wunstorf - mit den Oldenburger Grafen verwandt - um die bremische Erzbischofswürde. In seinem Zusammenhang bemühen sich auf Seiten der Lipper - die den Bremer Dompropst Gerhard zur Lippe ins erzbischöfliche Amt bringen wollen - die Oberstedinger um ihre 1234 verlorene Autonomie: vergeblich zwar (Niederlage bei Munderloh 1259); doch hat Johann wohl in Reaktion auf diese Kriegsereignisse die Burg in Berne zugunsten der (1247 erstmals erwähnten) sicherer gelegenen Burg Delmenhorst aufgegeben. Sein Hauptsitz blieb Oldenburg, dessen Marktentwicklung er - wie zuvor schon Otto I. - zu fördern suchte.
Aus seiner Ehe mit Rikeze von Hoya sind fünf Kinder (vier Söhne, eine Tochter) nachzuweisen.

L:
OUB, Bd. 2; Hermann Lübbing (Bearb.), Die Rasteder Chronik (1059-1477), Oldenburg 1976; Hermann Albert Schumacher, Die Stedinger, Bremen 1865; Paul Niemann, Die Klostergeschichte von Rastede und die Anfänge der Grafen von Oldenburg bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, Greifswald 1935; Edgar Grundig, Geschichte der Stadt Delmenhorst bis 1848. Die politische Entwicklung und die Geschichte der Burg, Delmenhorst 1979.

Heinrich Schmidt

Johann II., Graf von Oldenburg, urkundlich bezeugt 1272-1315.
Der Sohn Graf → Christians III. von Oldenburg (bezeugt 1266-1285) und der Jutta von Bentheim urkundet 1287 und 1289 gemeinsam mit seinem in Delmenhorst residierenden Onkel → Otto II. (1270-1304), der offensichtlich als Vormund der Söhne seines 1285 gestorbenen Bruders agierte. 1290 erscheint Johann allein als Urkundenaussteller; seit 1301 urkundet bzw. siegelt er häufig gemeinsam mit seinem (erstmals 1291 bezeugten) Bruder Christian - zuletzt 1314. Doch hat es den Anschein, als sei Christian eher im Hintergrund geblieben. Die Rasteder Chronik erwähnt ihn gar nicht, während sie sich an Johann lebhaft ärgert: das Kloster Rastede und seine Hintersassen hatten unter den Übergriffen dieses Grafen zu leiden. Entsprechend negativ spiegelt die Rasteder Überlieferung sein zwischen kostspieligem Hochmut und persönlicher Zuchtlosigkeit schwankendes Bild: Er habe das Land mit seinem Aufwand an Pferden, Hunden und Dienstmannschaft („familia") in große Armut gebracht; er habe - obwohl verheiratet - im Dorf Rastede mit einer Konkubine gelebt; er habe sich hier wie ein Bauer („quasi

unus rusticus") aufgeführt. Die urkundlichen Quellentexte lassen - freilich wohl nur wegen ihres gänzlich anderen Charakters - individuelle Abweichungen Johanns von allgemeinen herrschaftlichen Verhaltensnormen nicht erkennen.
In der komplizierten Gründungsgeschichte des Dominikanernonnenklosters Blankenburg - der zunächst, 1290, in Lehe etablierte Konvent muß 1294, offenbar auf Betreiben des Grafen, in die ökonomisch unergiebigere Hunteniederung östlich Oldenburg übersiedeln - erweist sich Johann als eifersüchtig auf seinen materiellen Vorteil bedacht. In den stedingischen Gebieten beiderseits der Hunte strebte er die landesherrliche Autorität des Grafenhauses zu erweitern; nach der Rasteder Chronik versuchten die Stedinger einen Aufstand, weil ihnen „viel Unrecht und Schaden" zugefügt worden sei. 1292 oder 1293 beteiligte sich Johann an dem - scheiternden - Angriff Ottos II. auf die Herrschaftsposition des Bremer Erzbischofs auf der Stedinger Lechterseite. Einige Jahre später, 1306, reflektiert die Drohung der Niederstedinger (nördlich der Hunte), bei Vertragsbruch durch die Grafen Johann und Christian von Oldenburg den Erzbischof als Herrn und Beschützer zu wählen, auf ihre Weise gräfliche Bemühungen um eine straffere Unterordnung der stedingischen Bauern.
Johann II. war in erster Ehe mit Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg verheiratet (zwei Söhne), in zweiter Ehe mit Hedwig von Diepholz (eine Tochter, zwei Söhne nachgewiesen).

L:
OUB, Bd. 2; Hermann Lübbing (Bearb.), Die Rasteder Chronik (1059-1477), Oldenburg 1976; Hermann Albert Schumacher, Die Stedinger, Bremen 1865; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911; Bernd Ulrich Hucker, Das Problem von Herrschaft und Freiheit in den Landesgemeinden und Adelsherrschaften des Mittelalters im Niederweserraum, Diss. Münster 1978.

Heinrich Schmidt

Johann III., Graf von Oldenburg, urkundlich bezeugt 1302-1342.
Johann, zweiter Sohn Graf → Johanns II. von Oldenburg (bezeugt 1272-1315) aus dessen erster Ehe mit Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg, tritt seit 1316 neben seinem älteren Bruder → Christian IV. (bezeugt 1302-1323) als Mitinhaber der oldenburgischen Herrschaftsrechte (Hauptlinie Oldenburg) urkundlich in Erscheinung. Seit 1324 urkundet er häufig mit seinem jüngeren Halbbruder → Konrad I. (bezeugt 1313-1347). Um 1330 fungiert er vorübergehend auch als „tutor comicie in Stotle", Wahrnehmer der vormundschaftlichen Herrschaft in der Grafschaft Stotel.
Ein sicheres Urteil über Johanns persönliche Regierungsaktivitäten läßt die dürftige Quellenüberlieferung nicht zu. Immerhin geht auf seinen Auftrag die Anfertigung der - 1336 fertiggestellten - Rasteder Bilderhandschrift des Sachsenspiegels zurück: eine Initiative, die das Interesse des Grafen an einer Rechtssprechung auf solider Grundlage bekundet, aber auch auf seinen Sinn für Repräsentation schließen läßt. In dem wichtigen Tauschgeschäft von 1331, das dem Grafenhause - gegen Besitzungen in Menslage, Löningen, Lastrup - die Burg Elmendorf und alle Besitzrechte der Herren von Elmendorf im Ammerland einbringt, agiert Johann urkundlich zusammen mit seinen Halbbrüdern Konrad und → Moritz († 1368). Gemeinsam mit Konrad handelt er auch als Bündnispartner Erzbischof Burchard Grelles von Bremen (und der Delmenhorster Grafen) gegen die Rüstringer Friesen (Friedensschluß 15. 12. 1337). Wie weit die Oldenburger in dieser Fehde von herrschaftlichen Expansionsgelüsten in das friesische Gebiet motiviert wurden, bleibt dunkel; die im Sühnevertrag von 1337 erwähnte oldenburgische Burg Konneforde - offenbar im Zusammenhang der Fehde erbaut - diente vermutlich mehr der Grenzsicherung als der oldenburgischen Machtausweitung in die Friesische Wehde hinein.
Von Johanns III. vier Söhnen aus seiner Ehe mit Mechthild (Herkunft nicht ermittelt) tritt nur → Johann IV. († 1356) politisch deutlicher hervor.

L:
OUB, Bd. 2; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911, Bernd Ulrich Hucker, Das Problem von Herrschaft und Freiheit in den Landesgemeinden und Adelsherrschaften des Mittelalters im Niederweserraum, Diss. Münster 1978; Jürgen Goydke, Die Oldenburger Bilderhandschrift des Sachsenspiegels aus dem Kloster Rastede, in: 175 Jahre Oberlandesgericht Oldenburg. Festschrift, Köln-München 1989, S. 597-640.

Heinrich Schmidt

Johann IV., Graf von Oldenburg, erstmals urkundlich bezeugt 1331, † 6. 10. 1356.
Der älteste Sohn Graf → Johanns III. von Oldenburg (bezeugt 1302-1342) und der Mechthild (Herkunft nicht ermittelt) urkundet seit 1345 gemeinsam mit seinem Onkel → Konrad I. (bezeugt 1313-1347), so auch in den Urkunden, die sich auf Verleihung des Bremer Stadtrechts an die Stadt Oldenburg beziehen (6. 1. 1345 u. a.). Allerdings steht der Neffe deutlich zurück; erst nach Konrads Tode rückte er - jetzt in gemeinsam mit seinem Vetter → Konrad II. († 1401) ausgestellten Urkunden (nach 1347) - als Urkundenaussteller an den ersten Platz vor. Über den Charakter, die Qualität seiner Herrschaftsteilhabe läßt sich ein deutliches Bild nicht gewinnen. Seine jüngeren Brüder Otto, Christian, Wilhelm treten in der Regierung nicht hervor; die dynastische Erbfolge wird von den Nachkommen Konrads I. gesichert.

L:
OUB, Bd. 2; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911.

Heinrich Schmidt

Johann V., Graf von Oldenburg und Delmenhorst, * 1460, † 10. 2. 1526 Oldenburg.
Johann war einer der Söhne Graf → Gerds „des Mutigen" (1430/1431-1500) aus dessen Ehe mit Adelheid, geborener Gräfin von Tecklenburg. Nach dem Regierungsverzicht des Vaters 1482 nahm er die oldenburgische Landesherrschaft zunächst gemeinsam mit seinem älteren Bruder → Adolf (bezeugt 1463-1500) wahr (außer diesen beiden erscheinen gelegentlich auch ihre jüngeren Brüder Christian, gestorben 1492, und Otto, gefallen 1500, als Herrschaftsteilhaber). Johann erwies sich rasch als die dominierende Gestalt; er war Adolf an politischer Begabung, Aktivität, Zielstrebigkeit deutlich überlegen.
Adolfs ostfriesische Gefangenschaft (1483-1486) befestigte Johanns Dominanz; der Tod des Bruders (1500) machte ihn vollends zum allein regierenden Oldenburger Landesherrn.
Verhältnismäßig rasch gelang es ihm, die durch Graf Gerds Kriege und endliche Niederlage angeschlagenen ökonomischen Grundlagen der Grafenherrschaft zu konsolidieren und bald auch zu erweitern. Den Rückgewinn von Delmenhorst zwar - seit 1482 wichtigstes Ziel oldenburgischer Politik - erreichte er nicht. Aber er behauptete die Friesische Wehde gegen ostfriesische Ambitionen, und vor allem: er vermochte die oldenburgische Herrschaft auf die friesische Wesermarsch auszudehnen. Zunächst, 1499/1500, glückte dies nur vorübergehend, und der zweite Versuch, die Eigenständigkeit der Landesgemeinden von Stadland und Butjadingen zu brechen, den Johann im Bunde mit Herzog Heinrich dem Älteren von Braunschweig-Lüneburg (Wolfenbüttel) unternahm und der ihm Stadland als Lehen des Erzstifts Bremen einbringen sollte, scheiterte im September 1501 schon an der Hartwardener Landwehr. Einige Jahre lang schien es, als könne Graf Edzard I. von Ostfriesland die friesische Wesermarsch unter seine Oberherrschaft ziehen. Doch nutzte Johann schließlich die Möglichkeiten, die ihm ein von Herzog Georg von Sachsen initiiertes und von den welfischen Herzögen von Braunschweig-Lüneburg wesentlich mitgetragenes Bündnis gegen den ostfriesischen Grafen eröffnete. Er beteiligte sich an der welfischen Eroberung von Stadland-Butjadingen im Januar 1514 und bekam als Beuteanteil das Stadland - anfangs als Allodialbesitz, seit 1517 als braunschweigisches Lehen. 1521 und 1523 kaufte er den drei welfischen Herzögen dann die Herrschaftsrechte über Butjadingen ab, wobei sich Braunschweig-Wolfenbüttel die Lehnshoheit über ein Drittel des Landes vorbehielt. Johann sicherte die oldenburgische Herrschaft über die friesische Wesermarsch durch den Bau der Festung Ovelgönne, unmittelbar an der alten Grenze Oldenburgs zum Stadland.
Zu den Voraussetzungen seiner Erfolge gehörte die konzentriert durchgehaltene Steigerung der landesherrlichen Einkünfte. Sie ging in einem hohen Grade aus von Eindeichungen und kolonisierendem Landesausbau, insbesondere nördlich und nordwestlich von Elsfleth, im nördlichen Moorriem, im Gebiet von Ovelgönne und Schwei, in der Jadeniederung. Insgesamt wurden in Johanns Regierungszeit (1482-1526) etwa 2500 ha. Neuland gewonnen. Den weitaus größten Teil davon ließ der Graf zur Anlage zinspflichtiger bäuerlicher Hofstellen nach „Meierrecht" ausgeben. Die anhaltende Verbesserung seiner Finanzen setzte ihn dazu instand, verpfändete Besitzrechte des Grafenhauses wie-

der einzulösen - so vor allem das seit 1408 von der Stadt Bremen verwaltete Land Würden (Kirchspiel Dedesdorf) rechts der Weser (1511). Auch nutzte Johann seine Mittel für den Erwerb von Höfen aus adligem Besitz und damit zur Schwächung des - ohnehin freilich unbedeutenden - oldenburgischen Landadels. Sie kam dem Ausbau einer von ständischer Einsprache wenig gestörten landesherrlichen Autorität zugute. Johann wußte sie auch gegen Tendenzen der Stadt Oldenburg nach mehr Autonomie auszuweiten; mit ihm beginnt die Entwicklung der Grafschaft Oldenburg zu einem absolutistisch regierten Staatswesen. Sein Bemühen, sie mit Berufung auf eine nebelhafte oldenburgische „Kaiserfreiheit" von Verpflichtungen gegen das Reich fernzuhalten, blieb allerdings vergeblich; Johann mußte am Ende die Lehnshoheit des Reiches über Oldenburg anerkennen.

In seiner Herrschaftsübung verbanden sich dynastisches Selbstgefühl und persönliche Selbstsicherheit mit geduldiger Konsequenz, ökonomischem Denken, Expansionslust und der sie modifizierenden Fähigkeit zur Anpassung an mächtigere politische Gegebenheiten. Er führte sein Haus und Land aus den Krisen der Zeit seines Vaters in Verhältnisse von ökonomisch gesunder Solidität hinüber. Die Reformation lehnte er ab; sie blieb allerdings bis 1526 in Oldenburg zu schwach, als daß sie ihn politisch ernsthaft gefordert hätte.

Verheiratet war Johann seit 1498 mit Anna, geborener Fürstin von Anhalt-Bernburg, einer Askanierin. Sie überlebte ihn - wie er am überkommenen Glauben festhaltend - um fünf Jahre († 1531).

L:
OUB, Bd. 3; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911; Dietrich Kohl, Das staatsrechtliche Verhältnis der Grafschaft Oldenburg zum Reiche im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts, in: OJb, 9, 1901, S. 103-135; Martin Last, Adel und Graf in Oldenburg während des Mittelalters, Oldenburg 1969; Albrecht Graf Finck von Finckenstein, Die Geschichte Butjadingens und des Stadlandes bis 1514, Oldenburg 1975.

Heinrich Schmidt

Johann VI., Graf von Oldenburg und Delmenhorst, * 1501, † 4. 9. 1548 Bremen.

Johann, der älteste Sohn aus der Ehe Graf → Johanns V. von Oldenburg (1460-1526) mit Anna, geborener Fürstin von Anhalt-Bernburg, bemühte sich nach dem Tode des Vaters, seine drei jüngeren, auf Landesteilung oder Mitsprache drängenden Brüder, insbesondere die ungleich begabteren → Christoph (1504-1566) und → Anton (1505-1573), von der Herrschaftswahrnahme in Oldenburg fernzuhalten, konnte sich aber auf Dauer nicht gegen sie behaupten. Daß er gegen die in seinen Regierungsjahren Oldenburg intensiver erfassende Reformation, unterstützt von seiner Mutter und dem unbedeutenden Bruder Georg, am alten Glauben festhielt, verschärfte den Bruderkonflikt. Christoph und - wohl eher um des Gegensatzes willen als aus Überzeugung - Anton begünstigten die lutherische Neuerung. Schwerer wog indes die Meinungsverschiedenheit der Brüder über ihr durch die ostfriesischen Ansprüche auf Jever und die oldenburgische Herrschaft in der friesischen Wesermarsch belastetes Verhältnis zum ostfriesischen Grafenhause. Christoph und in seinem Gefolge Anton suchten es durch eine ostfriesisch-oldenburgische Doppelheirat dauerhaft zu entspannen; Johann widersetzte sich diesem Vorhaben aus politischen Erwägungen, aber auch aus dynastischen Vorbehalten gegen das erst 1464 zur Grafenwürde aufgestiegene Haus Cirksena. Christoph und Anton drängten Johann schließlich, Anfang Mai 1529, zum widerwilligen Regierungsverzicht.

Johann - an den sich auch weiterhin der nächstjüngere, noch unbedarftere Georg hielt - war in der Folgezeit bestrebt, seine Entmachtung rückgängig zu machen und wenigstens die Teilhabe an der Landesherrschaft oder eine Landesteilung zu erreichen. Er fand für einige Jahre Rückhalt bei Herzog Heinrich dem Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel, dem politischen Vorkämpfer der Altgläubigkeit in Norddeutschland, mußte sich jedoch 1533 - von Anton bei dem Wolfenbütteler Herzog ausgespielt - in einem von Heinrich vermittelten Vertrag mit einer auf zehn Jahre begrenzten und in der Kompetenz reduzierten Mitregierung begnügen. Dieser Ausgleich hielt nicht lange; aber auch weitere, spätestens seit 1536 im Einvernehmen mit Christoph unternommene Versuche Johanns, seinen erneuerten Rechtsanspruch auf Herrschaftsteilhabe oder -teilung gegen Anton zu verwirklichen, blie-

ben vergeblich. Die Brüder mußten sich mit den ihnen von Anton zugestandenen Abfindungen begnügen (Vergleich zu Verden, 8. 6. 1542).
Als Johann 1548, auf der Suche nach Heilung von einer Halskrankheit, in Bremen starb, hinterließ er in Oldenburg eine Witwe bürgerlicher Herkunft. Wann er sie geheiratet hatte, ist nicht überliefert - wahrscheinlich erst nach Aufgabe aller Regierungshoffnungen.

L:
OUB, Bd. 3; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911; Werner Storkebaum, Graf Christoph von Oldenburg (1504-1566). Ein Lebensbild im Rahmen der Reformationsgeschichte, Oldenburg 1959.

Heinrich Schmidt

Johann VII., Graf von Oldenburg und Delmenhorst, * 9. 9. 1540 Oldenburg (?), † 12. 11. 1603 Oldenburg.
Als Sohn des Grafen → Anton I. von Oldenburg (1505-1573) und der Herzogin Sophie von Sachsen-Lauenburg († 1570) geboren, wurde er zusammen mit den drei Söhnen des dänischen Königs Christian III. am Kopenhagener Hof (1552-1557) erzogen. Das gräfliche Haus Oldenburg war schon seit mehr als hundert Jahren mit dem dänischen Königshaus verwandt, dem außerdem 1570 zusammen mit den ebenfalls verwandten Herzögen von Gottorp die Lehnsanwartschaft auf Oldenburg zugesprochen worden war. Mit 17 Jahren unternahm der junge Graf eine Kavalierstour zum Hofe des Kurfürsten August von Sachsen. Danach schloß er sich mehreren Feldzügen des dänischen und des schwedischen Königs an. Mit dem dänischen Elefantenorden ausgezeichnet, kehrte der anscheinend recht tapfere Graf nach Oldenburg zurück. Als sein Vater, der tüchtige, aber mit brutaler Rücksichtslosigkeit und Schläue regierende Anton I. 1573 starb, trat der 33jährige Johann die Regierung in Oldenburg an. Über seiner gesamten Regierungszeit lag wie ein schwerer Schatten der ständige Streit mit dem Delmenhorster Bruder → Anton II. (1550-1619). Nach vierjähriger Alleinregierung Johanns forderte sein Bruder die Halbierung der gemeinsamen Grafschaft Oldenburg-Delmenhorst zu gleichen Teilen. Diese kam tatsächlich durch den Vertrag vom 3. 11. 1577 in der Weise zustande, daß Johann für zehn Jahre die Vertretung beider Territorien nach außen, die Lehnshoheit über die Vasallen des Hauses Oldenburg sowie die Kompetenz über die Kanzlei als oberstem Gericht des Landes übernehmen sollte. Zwar blieben danach die Einnahmen und Ausgaben beider gräflicher Hofhaltungen voneinander getrennt. Für die Kosten der Verwaltung und Justiz - einschließlich der Agenten beim Reichskammergericht in Speyer -, die Johann aus der eigenen Tasche zu bezahlen hatte, gestand ihm aber der Bruder ein ausgedehnteres Territorium zu als sich selbst. Der 1587 von neuem entbrannte Streit zwischen den Brüdern sollte 1597 durch einen Schiedsspruch des Reichshofrates in Prag entschieden werden. Da dieser aber Anton eindeutig begünstigte, wollte Johann den Spruch nicht anerkennen. Die von ihm noch einmal aufgebotenen Landstände (Stadt Oldenburg, Ritterschaft, gemeine Landschaft) lehnten am 14. 12. 1594 die Teilung ab. Als Folge dieser Uneinigkeit blieb der staatsrechtliche Schwebezustand

der Grafschaften bis in die Regierungszeit → Anton Günthers (1583-1667) bestehen.
Trotz der dauernden brüderlichen Spannungen wuchs der oldenburgische Staat dank günstiger Voraussetzungen im Bereich seiner Nordwestflanke. Seit 1527 drohte dem Fräulein → Maria (1500-1575) die dauernde Besetzung des Jeverlandes durch die Grafen von Ostfriesland. Marias Haß gegen die Auricher Grafen saß so tief, daß sie zur Überraschung vieler Ostfriesen

Graf Johann VII. von Oldenburg testamentarisch zu ihrem Erben einsetzte. In ihrem Testament vom 22. 4. 1573 bestimmte Maria zudem, daß kein Angehöriger des Hauses Oldenburg in eheliche Verbindung mit dem ostfriesischen Grafenhaus treten oder mit ihm Verträge abschließen dürfe, durch die Ostfriesland Erbansprüche auf Jever erhalten könnte. Ein Leben lang litt Johann unter der Furcht vor einem plötzlichen Überfall auf Jever. Nach dem Ableben Marias am 20. 2. 1575 war Jever, dessen Landschaft schon 1574 dem zukünftigen Landesherrn gehuldigt hatte, oldenburgisch geworden. Dank seiner fruchtbaren Küstenzonen und seines Reichtums an Pferden und Kühen bedeutete diese Erwerbung nicht allein eine Verbesserung der strategischen Position Oldenburgs gegenüber Ostfriesland, sondern darüber hinaus einen bemerkenswerten Zugewinn an finanziellen Ressourcen. Von Maria übernahm Johann die Erbansprüche der jeverschen Häuptlingsfamilie Wimeken auf die Herrlichkeiten In- und Kniphausen an der Jade. Das Reichskammergericht in Speyer erkannte zwar nach langem Prozess dem Oldenburger Grafen 1592 das Erbrecht auf Kniphausen zu, doch Johanns Durchsetzungsvermögen reichte zur Vollstreckung des Urteils nicht aus. Für ihn war erst einmal der Bau einer der ostfriesischen Kontrolle entzogenen Straßenverbindung zwischen Jever und der oldenburgischen Hauptstadt wichtiger. Mit der ihm eigenen Härte und organisatorischen Begabung versuchte der Graf, durch schrittweise Eindeichung des großen westlichen Jadeeinbruchs zwischen Sande und der Friesischen Wehde die dringend notwendige Landbrücke zu schaffen. Die schwierigste Arbeit war die Durchschlagung des Schwarzen Bracks, weil eine reißende Strömung den Aufbau eines Sperrdammes immer wieder zunichte machte. Den Grafen von Ostfriesland erfaßte steigende Unruhe, weil der oldenburgische Nachbar seinem eigenen Interessenbereich bedrohlich nahegekommen war. Eine Verfestigung des auch für seine Handelsinteressen nachteiligen Zustandes versuchte er durch Klagen beim Reichskammergericht zu verhindern. Tatsächlich erreichten die ostfriesischen Juristen, daß Speyer zunächst einmal einen Baustop verfügte, allerdings erst nach Johanns Tod (1604). Johann hatte bis kurz vor seinem Ende unter Aufopferung seiner Gesundheit den Bau des späteren Ellenser Dammes von Schloß Neuenburg aus bzw. direkt an der Baustelle überwacht und gelenkt. Die Krönung seiner Arbeit durfte er jedoch nicht mehr erleben.

Graf Johann erweiterte nicht nur seinen Herrschaftsbereich durch das jeversche Erbe und durch großflächige Eindeichungen. Er wandelte auch diese Herrschaft mehr und mehr in einen modernen Kleinst-Staat um. Vor allem regelte er die von seinen Amtsvorgängern vielfach behinderte oder völlig unterdrückte Praxis der Rechtsprechung, sowohl in der oldenburgischen Zentrale wie auch draußen im Lande. Die gräfliche Kanzlei - das oberste Gericht in Zivil-, Straf- und Konsistorialsachen - erhielt schon 1573 eine leider verlorengegangene Kanzleiordnung. Auch die Aufgaben der Landgerichte in Oldenburg, Delmenhorst, Ovelgönne, Neuenburg und Jever wurden von Johann neu definiert. In dem Bemühen, die Macht des Staates in Verwaltung und Justiz zu festigen und allmählich auszubauen, kam es auch öfters zu Auseinandersetzungen zwischen Johann und der Stadt Oldenburg, in denen ersterer seine Überlegenheit gegenüber der landstädtischen Residenz konsequent auszuspielen verstand.

Die historische Verspätung Oldenburgs zeigte sich in krasser Weise in der Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg. Kaum daß Johann die Grafenwürde angenommen hatte, erließ er 1573 eine Kirchenordnung für beide Grafschaften. Dies geschah 47 Jahre, nachdem 1526 in Hessen und in Schwäbisch Hall die ersten protestantischen Kirchenordnungen auf deutschem Boden entstanden waren. Nach der Verkündigung der oldenburgischen Kirchenordnung berief Johann → Hermann Hamelmann (um 1526-1595) zum ersten Superintendenten der oldenburgischen Kirche. Während die Pfarrer der beiden Grafschaften ohne Ausnahme die Kirchenordnung unterschrieben, verlief die Einschwörung der 1577 von oldenburgischen Beamten zusammengerufenen jeverländischen Geistlichen auf das neue Kirchengesetz längst nicht so glatt. Zwei von ihnen mußten sich einen neuen geistlichen Herrn suchen, weil sie auch nach langem Diskurs nicht bereit waren, die streng lutherische Ordnung anzunehmen.

Johann VII. stand als historische Persön-

lichkeit stets im Schatten seines berühmten Sohnes → Anton Günther (1583-1667). Um der Gerechtigkeit willen sollte man immer wieder darauf hinweisen, daß Johann wesentliche Voraussetzungen für Anton Günthers politische Leistung geschaffen hat. Er gewann durch seine zähe Eindeichungsstrategie fruchtbares Marschenland hinzu, er hinterließ Anton Günther das ihm durch Erbschaft zugefallene Jeverland und einen schon weit gediehenen Ellenser Damm. Darum gab man ihm den ehrenvollen Beinamen „der Deichbauer". Johann zeigte in der z. T. neu gestalteten Ordnung von staatlicher und kirchlicher Obrigkeit, daß er organisatorisch begabt war. In seinem nüchternen Ernst und seiner sich selbst nicht schonenden Arbeitsbesessenheit hebt er sich deutlich von seinem klug regierenden und zugleich das barocke Hofleben bewußt genießenden Sohn ab.

L:
NDB, Bd. 10, 1974, S. 508; Friedrich-Wilhelm Schaer, Graf Johann der Deichbauer, in: OJb, 81, 1981, S. 1-26; ders., Die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst vom späten 16. Jahrhundert bis zum Ende der Dänenzeit, in: Albrecht Eckhardt und Heinrich Schmidt (Hg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, S. 173-228.

Friedrich-Wilhelm Schaer

Johann (I.), Graf von Oldenburg-Delmenhorst, erwähnt 1294-1347.
Johann (I.) war der älteste Sohn Graf → Ottos II. von Oldenburg-Delmenhorst (1270-1304), des Begründers der ältesten Delmenhorster Nebenlinie des Oldenburger Grafenhauses, und der Oda geb. Gräfin von Sternberg. Er übte die Regierung in der Herrschaft Delmenhorst mit seinem jüngeren Bruder → Christian (I.) d. Ä. (erwähnt 1294-1355) nach dem Tode des Vaters gemeinsam aus. Während ihrer Herrschaft wurde Delmenhorst mit päpstlicher Genehmigung 1328 von Hasbergen kirchlich getrennt und eigene Pfarrgemeinde.

L:
Georg Sello, Die territoriale Entwickelung des Herzogtums Oldenburg, Göttingen 1917, Reprint Osnabrück 1975; Edgar Grundig, Geschichte der Stadt Delmenhorst von ihren Anfängen bis zum Jahre 1945, 4 Bde., Delmenhorst 1953-1960, Typoskript, LBO; ders., Geschichte der Stadt Delmenhorst bis zum Jahre 1848, Delmenhorst 1979; Jürgen Peter Ravens, Delmenhorst - Residenz, Landstädtchen, Industriezentrum 1371-1971, Delmenhorst 1971.

Dieter Rüdebusch

Johannes Teutonicus (Johannes von Wildeshausen), Dominikanerordensgeneral, * vor 1180 Wildeshausen, † 4. 11. 1252 Straßburg.
Johannes T., der nach seinem überlieferten Geburtsort auch Johannes von Wildeshausen genannt wird, war vermutlich ein Sohn des Oldenburg-Wildeshauser Grafengeschlechts. Er studierte Theologie und Jurisprudenz in Paris und Bologna und trat spätestens 1220 dem neuen Dominikanerorden bei. Als persönlicher Beichtvater und Vertrauter Papst Gregors IX. begleitete T. häufig päpstliche Gesandtschaften, so 1231 zur Untersuchung des Streites des Bremer Erzbischofs mit den Stedinger Bauern. Er besaß für die damalige Zeit bedeutende Sprachkenntnisse und predigte gleichermaßen auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Lateinisch. Sein Rednertalent setzte er um 1225 in der Kreuzzugspredigt für den geplanten Zug Kaiser Friedrichs II. in das Heilige Land ein, dem er freundschaftlich verbunden war. Von 1231 bis 1233 war T. Dominikanerprovinzial in Ungarn, von 1239 bis 1240 in der Lombardei. Als Bischof der ungarischen Diözese Bosnien (1233-1237) gelang es ihm in kurzer Zeit, mit Hilfe der Kurie und des ungarischen Adels und unter Versprechung ähnlicher Ablässe und Privilegien wie für Kreuzfahrten ins Heilige Land die Ketzerbewegung der patarenischen Sekte einzudämmen. 1237 reiste er als persönlicher Gesandter des Papstes an den Hof des Bulgarenzaren Assanus II., der das Lateinische Kaisertum in Konstantinopel bedrohte, um den Herrscher umzustimmen und ihn zur Hilfeleistung für das Heilige Land zu bewegen. Die Gesandtschaftsreise wurde ein Mißerfolg. 1241 wurde T. als dritter Nachfolger des hl. Dominikus zum General des Dominikanerordens gewählt. Seine Amtszeit bildet den Höhepunkt und Abschluß der Gründerperiode des Ordens.

L:
ADB, Bd. 14, S. 475 ff.; NDB, Bd. 10, S. 571; Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, Freiburg 1960², Sp. 1091; R. P. Mortier, Histoire des maîtres généraux de l'ordre des Frères Prê-

cheurs, Bd. 1, Paris 1903; Othmar M. Decker, Ein Dominikaner des Oldenburger Landes. Johannes Teutonicus aus Wildeshausen, in: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der Niederlassung der Dominikaner zu Vechta, Vechta 1927, S. 154-162; B. Walz, Compendium Historiae Ordinis Praedicatorum, Rom 1930, 1948[2]; Theodor Rensing, Johannes Teutonicus, in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 4, Münster 1933, S. 23-36.

Dieter Rüdebusch

Jordan, August, Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, * 17. 7. 1872 Bovenden bei Göttingen, † 4. 5. 1935 Delmenhorst.

J. hatte noch das alte Handwerk des Zigarrenmachers erlernt und übte es viele Jahre aus. Schon früh in der SPD aktiv, war J. 1899 in den Delmenhorster Stadtrat gewählt worden, dem er bis 1903 und wieder von 1908 bis 1919, zuletzt als Magistratsmitglied, angehörte. Dem oldenburgischen Landtag gehörte er von 1911 bis 1919 an. Von 1913 bis 1919 arbeitete J. erst als Expedient, dann als Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes", der SPD-Zeitung, die in Rüstringen erschien. Beim Ausbruch der Revolution leitete er zusammen mit → Eduard Schoemer (1881-1962) am 8. 11. 1918 die nach Tausenden zählende Volksversammlung auf dem Delmenhorster Marktplatz. Seine Forderungen gipfelten in dem Verlangen nach dem Selbstbestimmungsrecht für alle Bürger, das den Obrigkeitsstaat in einen Volksstaat umgestalten sollte. Gleichzeitig warnte er jedoch vor Unruhestiftern, welche die Revolution für ihre Zwecke ausnützen wollten, dadurch aber zu Feinden der Arbeiterbewegung würden. Die Versammlung wählte J. zum Beigeordneten der Stadt. Am 11. 11. 1918 wurde er Mitglied des Direktoriums des Freistaates Oldenburg und blieb es bis zu dessen Auflösung am 17. 6. 1919. Auf dem Parteitag der SPD am 29. 12. 1918 wurde J. neben → Paul Hug (1857-1934) und Otto Vesper aus Osnabrück als Kandidat für die Wahl zur Nationalversammlung im Wahlkreis 15 (Weser-Ems) aufgestellt und war als Nachfolger Hugs vom 22. 6. bis 5. 7. 1919 Mitglied der Nationalversammlung. Verdienste erwarb sich J., als er Anfang Januar 1919 einem Putschversuch Bremer Spartakisten entgegentrat und den inhaftierten Bürgermeister → Dr. Hadenfeldt (1872-1961) aus der Haft befreite. Schon in die verfassungsgebende Landesversammlung am 23. 2. 1919 gewählt, gehörte J. dem oldenburgischen Landtag ununterbrochen bis 1928 an.

Das Amt des Beigeordneten und Bürgermeisters der Stadt Delmenhorst übte er von 1919 bis 1933 auf eine Weise aus, daß das „Delmenhorster Kreisblatt" selbst nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten seine großen Verdienste mutig herausstellte. Als Dezernent für das Wohlfahrtswesen, das Wohnungs-, Jugend- und Versicherungsamt sowie für die Berufsschulen zuständig, hatte er Leistungen aufzuweisen, an welche die Kritik des rabiaten NS-Staatskommissars für Delmenhorst nicht heranreichte. Deshalb erhielt J. auch seine Entlassung aufgrund des berüchtigten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nach dem § 4, der ihm wenigstens sein Ruhegehalt nach fast 35jähriger Tätigkeit, davon 21 Jahre ehrenamtlich, in Stadtrat und Magistrat sicherte. Nur wenige Monate, nachdem ihm dieser Bescheid, um den er zwei Jahre

hatte kämpfen müssen, zugegangen war, starb er nach einem Schlaganfall, noch nicht 63 Jahre alt. Das „August-Jordan-Heim" erinnert heute an ihn und seine Verdienste für die Stadt Delmenhorst.

L:
Edgar Grundig, Geschichte der Stadt Delmenhorst von ihren Anfängen bis zum Jahre 1945, Bde. III-IV, Delmenhorst 1960, Typoskript, LBO; Wolfgang Günther, Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg, Oldenburg 1979; Klaus Schaap, Oldenburgs Weg ins „Dritte Reich", Oldenburg 1983; Sprechregister zum Oldenburgischen Landtag 1848-1933, bearb. von Albrecht Eckhardt, Oldenburg 1987.

Wolfgang Günther

Kaersten, Wilhelm August, Dr. iur., Syndikus, * 2. 4. 1871 Kremmen/Ost-Havelland, † 8. 9. 1954 Oldenburg.
Der Sohn des Mühlenmeisters Johann Kaersten studierte in Berlin und Heidelberg Jura und Staatswissenschaften. An-

schließend arbeitete er beim Stadtmagistrat in Spremberg und bei der Handelskammer Frankfurt a. O., bis ihn die Oldenburger Handwerkskammer am 11. 12. 1902 zu ihrem Syndikus wählte. Da bei K.s Amtsantritt von einer umfassenden Organisation des Handwerks keine Rede sein konnte, bedurfte es intensiver Anstrengungen, um auf diesem Gebiet einen langfristigen Erfolg zu erreichen. 1919 umfaßte die Kammer schließlich 59 handwerkliche Genossenschaften mit insgesamt 2640 Mitgliedern. K. widmete sich besonders dem Ausbau des Berufsschulwesens. Die für diesen Bereich in Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Handwerk gefundenen Regelungen wirkten, genau wie seine Bemühungen, den Mitgliedern der Innungen durch die Einrichtung von Kursen Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten, beispielgebend. Während des Ersten Weltkriegs gelang es K., die Aktivitäten der Kammer rechtzeitig zum Vorteil für die von der Zwangswirtschaft bedrohten Handwerksbetriebe neu zu ordnen. Ende 1918 wurde er in den Bürgerrat der Stadt Oldenburg, in den Beirat der Demobilisierungskommission und in den Vorstand des Landesbauernrats für den Landesteil Oldenburg gewählt. Als eine der ersten in Deutschland richtete die Oldenburger Handwerkskammer 1927 auf K.s Betreiben eine Gewerbeförderungsstelle ein, die das Handwerk in seiner Anpassung an die jeweilige wirtschaftliche Entwicklung unterstützte. K. gehörte bis zu seiner Pensionierung (1. 10. 1933) dem Gesamtausschuß des deutschen Genossenschaftsverbandes, dem Aufsichtsrat der Gewerbe- und Handelsbank Oldenburg und dem Verwaltungsbeirat des Niedersächsischen Genossenschaftsverbandes an. Der Großherzog verlieh ihm am 3. 12. 1913 den Titel Professor.
K. war verheiratet mit Johanne geb. Dählmann (6. 11. 1882 - 21. 1. 1951).

Peter Haupt

Kandelhardt, Robert, Geigenbauer, * 21. 8. 1867 Oldenburg, † 18. 2. 1959 Oldenburg.
K. war der Sohn des aus Merseburg gebürtigen Hautboisten (Militärmusikers) Franz Kandelhardt (1832-1915), der als Bratschist rund vierzig Jahre dem Oldenburger Hoforchester angehörte und seit 1869 auch einen Handel mit Musikalien betrieb. K.s Mutter, Ida geb. Büchner (1827-1908), war die Tochter eines großherzoglichen Silberlakaien. K. besuchte das Gymnasium bis zur Tertia und erlernte sodann den Beruf des Geigenbauers bei dem bedeutenden Meister Reinhard Paulus in Markneukirchen im Vogtland, aus dessen Familie im 18. und 19. Jahrhundert mehrere bekannte Geigenbauer hervorgegangen waren. In einem zusätzlichen Lehrjahr erlernte K. auch die Kunst, alte Geigen zu reparieren. Nach seiner Militärdienstzeit übernahm er 1893 das väterliche Geschäft und führte es unter dem Namen „Franz Kandelhardt Sohn" weiter. Im selben Jahr heiratete er Anna Gläsel, die Tochter des Markneukirchener Musikdirektors. Neben dem Handel mit Musikinstrumenten und dem Export von Geigen nach Nordamerika befaßte K. sich vor allem mit dem Geigenbau und der Reparatur wertvoller alter Geigen und erwarb sich auf diesem Gebiet einen bedeutenden Ruf. Auf der Nordwestdeutschen Ausstellung für Kunst und Gewerbe, die 1905 in Oldenburg stattfand, stellte er die von ihm gebauten Instrumente für ein Quartett aus (Erste und Zweite Geige, Bratsche, Cello) und erhielt dafür eine Goldene Medaille. Insgesamt baute er 82 Geigen, sechs Celli und vier Bratschen.

Nachlassende Sehkraft nötigte ihn 1950, Geigenbau und -reparatur aufzugeben; in seinen letzten Lebensjahren war er ganz erblindet. K. gehörte rund 50 Jahre der Oldenburger „Schlaraffia" an. Sein besonderes Interesse galt den zeitgenössischen oldenburgischen Malern. → Bernhard Winter (1871-1964) zeichnete seine Eltern, → Jan Oeltjen (1880-1968) portraitierte ihn und seine Frau.

L:
W. L. von Lütgendorf, Die Geigen- und Lautenmacher vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 1922[6].

Enno Meyer

Katenkamp, Johann Heinrich, Lehrer, * 26. 9. 1808 Stuhr, † 5. 11. 1879 Delmenhorst.

K. war das älteste von sechs Kindern eines Bauernehepaares. Nach dem Besuch der einklassigen Landschule in seinem Heimatort (1814-1820) arbeitete er auf dem Bauernhof der Eltern. Da er diesen nach dem geltenden Erbrecht nicht übernehmen konnte, besuchte er auf Anraten eines nahen Verwandten von 1831 bis 1835 das Oldenburger Lehrerseminar und erhielt Ostern 1835 eine Lehrerstelle in Holzkamp, Gemeinde Ganderkesee. Im gleichen Jahr heiratete er Catharina Gode, die Tochter eines Lehrers in Hude. 1836 errichtete die Gemeinde Ganderkesee ein neues Schulhaus, in dem K. nun die Kinder aus den Dörfern Holzkamp und Schlutter bis 1845 gemeinsam unterrichtete. Seit etwa 1840 unterrichtete er auch stotternde, stammelnde und lispelnde Kinder mit so großem Erfolg, daß er ab 1845 für zunächst fünf Jahre vom Schuldienst beurlaubt wurde, um hauptamtlich mit sprachbehinderten Kindern arbeiten zu können. K. siedelte 1845 nach Delmenhorst über. Hier erhielten nun nicht nur sprachbehinderte Kinder, sondern auch Taubstumme und „Blödsinnige" (Kinder mit schwachen geistigen Fähigkeiten) Unterricht und therapeutische Hilfen, woran sich auch seine Frau beteiligte, die aber bereits 1849 starb. Ein Jahr später heiratete K. Wilhelmine Breithaupt, Tochter eines Delmenhorster Gutsbesitzers, der Verwalter der Heil- und Pflegeanstalt Blankenburg gewesen war. Auch seine zweite Frau unterstützte ihn bei der Arbeit mit behinderten Kindern. Bis 1857 bekam K. aus der Staatskasse jährlich 100 Taler, die ihm der Landtag 1858 mit der Begründung entzog, er nehme zu viele „Ausländerkinder" aus anderen deutschen Staaten auf. K. mußte nun die Arbeit mit den „Blödsinnigen" aufgeben, da deren Eltern das Kostgeld nicht aufbringen konnten, und betreute nur noch sprachgestörte Kinder, deren Aufenthalt in seiner Anstalt durch die Eltern finanziert wurde. Bei seinem Tod waren nur noch zwei Kinder in der Anstalt, die sein Sohn Heinrich, der Arzt geworden war, noch einige Jahre weiterführte.

K. gehört zu den Heilpädagogen des 19. Jahrhunderts, die eigenständige Theorien und Methoden entwickelten, mit denen sie ihrer Zeit voraus waren. Viele Hypothesen, mit denen K. arbeitete, wurden später durch die Psychologie (Individualpsychologie, Lerntheorie) und die Sprachbehindertenpädagogik erhärtet. Seine für die Arbeit mit behinderten Kindern erforderlichen Kompetenzen hatte sich K. durch das Studium der ihm zugänglichen Fachliteratur und insbesondere durch die viel Sensibilität erfordernde Beobachtung der eigenen Praxis der Arbeit mit den Kindern autodidaktisch angeeignet.

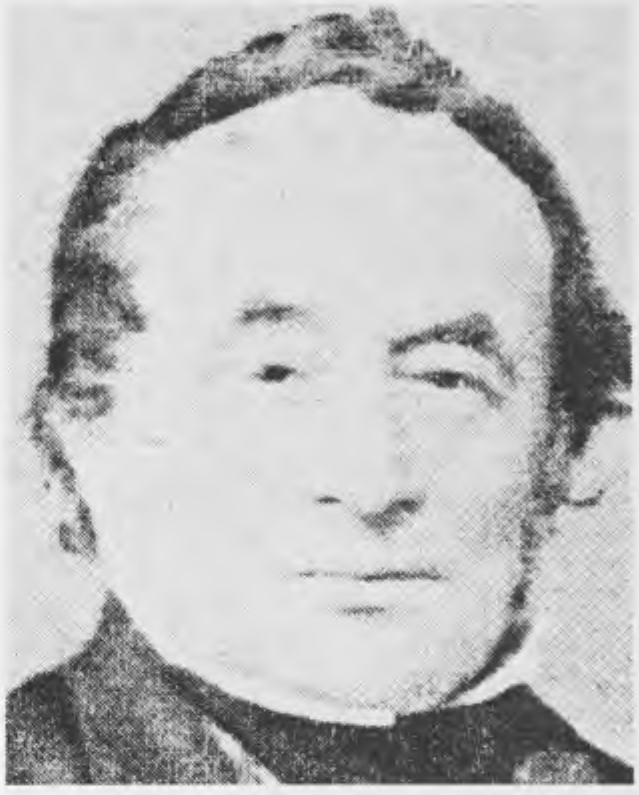
L:
Max Kirmsse, Johann Heinrich Katenkamp, in: Zeitschrift für die Behandlung Schwachsinniger, 22, 1906, S. 124-127; Rolf Nicolai, Johann Heinrich Katenkamp. Ein Oldenburger Heilpädagoge, in: Oldenburgisches Schulblatt, 67, 1963, H. 10, S. 14-16, H. 11, S. 10-12; Renate Traupe, Johann Heinrich Katenkamp. Ein Wegbereiter des Unterrichts der Stotternden und Blödsinnigen im Großherzogtum Oldenburg, Oldenburg 1985 (L).

Klaus Klattenhoff

Kelp, Franz Ludwig Anton, Dr. med., Obermedizinalrat, * 25. 3. 1809 Oldenburg, † 17. 2. 1891 Oldenburg.

Der Sohn des Apothekers Rudolph Heinrich Kelp (1. 8. 1762 - 26. 1. 1818) und dessen Ehefrau Margarethe Ulrike Charlotte geb. Ummius (24. 10. 1775 - 1. 5. 1860) besuchte das Gymnasium in Oldenburg und studierte von 1828 bis 1833 Medizin an den Universitäten Göttingen, Heidelberg sowie Berlin, wo er 1832 promovierte. 1833 ließ er sich in Dedesdorf als praktischer Arzt nieder und siedelte 1837 nach Delmenhorst über, wo er 1843 zum Kreisphysikus ernannt wurde. K., der sich schon früh für psychische Krankheiten interessiert hatte, begann 1845 mit vorbereitenden Untersuchungen für die Errichtung einer neuen „Irrenheilanstalt", die als Ergänzung für die Pflegeanstalt im Kloster Blankenburg gedacht war. Nach dem Besuch zahlreicher in- und ausländischer Heilanstalten legte K. gemeinsam mit dem Architekten → Hero Diedrich Hillerns (1807-1885) im Jahre 1850 einen ersten Planungsentwurf vor und veröffentlichte im folgenden Jahr noch anonym eine Broschüre „Die neue Irrenheilanstalt für das Großherzogtum Oldenburg", die im März 1853 dem Landtag vorgelegt wurde. Durch K.s Ausführungen aufgerüttelt, bewilligten die Abgeordneten 1853 schließlich 20 000 Taler für den Krankenhausneubau, der auf dem Gebiet des Wehner Esch errichtet wurde. 1858 wurde K. der erste Direktor der neuen Anstalt, der späteren Heil- und Pflegeanstalt bzw. dem Landeskrankenhaus Wehnen. Er leitete sie als Medizinalrat, seit 1872 der Obermedizinalrat mit großem organisatorischem Geschick und mit einer feinfühligen Begabung für die Psychiatrie. Nebenher führte er von 1854 bis 1860 die ärztliche Versorgung der chronisch psychisch Kranken im Kloster Blankenburg und trat mit einer Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen hervor. Seit 1850 war er Mitglied des Collegium medicum, der obersten medizinischen Behörde des Großherzogtums; 1862 wurde er zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und gerichtliche Psychologie gewählt.

K. war zweimal verheiratet. Am 21. 6. 1836 heiratete er in Berne Anna Henriette von Buttel (1815-1879), die Tochter des Kaufmanns Friedrich Christian von B. (1792-1861) und Nichte des späteren oldenburgischen Ministerpräsidenten → Diedrich Christian von Buttel (1801-1878); die Ehe, der zwei Töchter entstammten, wurde später geschieden. Am 25. 5. 1856 heiratete K. in Delmenhorst in zweiter Ehe die aus Neuenkirchen bei Damme stammende Caroline Johanne Marie Müller (3. 1. 1820 - 2. 5. 1905), die Tochter des Auditors Johann Friedrich M., diese Ehe blieb kinderlos.



W:

Irrenstatistik des Herzogtums Oldenburg, in: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie, Bd. 4, H. 4, Berlin 1847 (auch als Sonderdruck erschienen); Die neue Irrenanstalt für das Herzogtum Oldenburg, Oldenburg 1851, 1852²; Die Großherzoglich Oldenburgische Heilanstalt zu Wehnen in ihrer ganzen Einrichtung, in: Magazin für die Staats- und Gemeindeverwaltung im Großherzogtum Oldenburg, 2, 1861, S. 20-67; Medicinisch-statistischer Bericht über die Heilanstalt zu Wehnen 1861-1866, Oldenburg 1867.

L:

August Hirsch (Hg.), Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte aller Zeiten und Völker, Bd. 6, Wien 1888, S. 875 (W); Max Roth, Aufsätze zur Geschichte der Medizin im Herzogtum Oldenburg, Oldenburg 1921, S. 231-239; Wolfgang Büsing, Geschichte der Oldenburger Stadtapotheken, in: OJb, 50, 1950, S. 181-213; ders., 350 Jahre Hirsch-Apotheke Oldenburg (1637-1987), in: OFK, 29, 1987, S. 489-606; Walter Frohoff und Hanspeter Harlfinger, Das Niedersächsische Landeskrankenhaus Wehnen, in: Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wehnen, hg. vom Niedersächsischen Sozialminister, o. O. 1979, S. 7-17; Christel Maeder, Gründungsgeschichte des Niedersächsischen Landeskrankenhaus Wehnen bei Oldenburg, Oldenburg 1991.

Peter Haupt

Kelp, Rudolph Heinrich Gottlieb, Apotheker, * 25. 3. 1809 Oldenburg, † 11. 10. 1874 Oldenburg.
Als Sohn des Oldenburger Apothekers Rudolph Heinrich Kelp (1. 8. 1762 - 26. 1. 1818) und der Margarete Ulrike Charlotte geb. Ummius (24. 10. 1775 - 1. 5. 1860) und Mitglied einer seit 1670 in Oldenburg an-

sässigen, mit der Oldenburger Hirsch-Apotheke verbundenen Apotheker- und Ärztefamilie war der Weg K.s als künftiger Erbe der väterlichen Apotheke vorgezeichnet. Nach dem Besuch des Oldenburger Gymnasiums erlernte er in ihr ab 1825 vier Jahre als Lehrling und ein halbes Jahr als Gehilfe den Apothekerberuf. Es folgten eine Kondition in Hamburg und ab 1831 ein dreisemestriges Studium an der Universität Berlin. 1833 kehrte er nach Oldenburg zurück und legte ein ausgezeichnetes Examen ab. Seit 1835 führte er die Hirsch-Apotheke und gehörte ab 1844 als Medizinal-Assessor dem fünfköpfigen Collegium medicum für das Herzogtum Oldenburg an.
K. war ein geistig reger und fachlich sehr interessierter Apotheker, dessen besondere Liebe der Botanik galt. In jungen Jahren hatte er ein umfangreiches Herbarium von Blütenpflanzen zusammengestellt, später legte er große Sammlungen von Samen, Früchten, Hölzern und Characeen (Armleuchteralgen) an. Das in großherzoglichem Besitz befindliche → Trentepohlsche Herbarium hat er erheblich vervollständigt und neu geordnet. Diese Sammlungen befinden sich jetzt im Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg.
Aus seiner Ehe mit Julie geb. Crone (24. 7. 1814 - 21. 5. 1882) gingen zwei Söhne hervor: Apotheker Wilhelm Kelp (1837-1901) und Medizinalrat Dr. med. Franz Kelp (1843-1900). Der Obermedizinalrat Dr.med. → Ludwig Kelp (1809-1891) war sein Zwillingsbruder.

L:
Wolfgang Büsing, Rudolph Heinrich Gottlieb Kelp, in: Deutsche Apotheker-Biographie, Bd. 1, Stuttgart 1975, S. 316; ders., 350 Jahre Hirsch-Apotheke Oldenburg (1637-1987), in: OFK, 29, 1987, S. 487-606.

Wolfgang Büsing

Kempin, Wilhelm, Maler, * 21. 6. 1885 Osternburg, † 30. 3. 1951 Oldenburg.
Wilhelm K., der einer alten Glasbläserfamilie entstammte, war das zweite Kind des Glasmachers Ludwig Ferdinand Richard Kempin aus Siegelkow (bei Kantrek, Reg.-Bez. Stettin) und dessen Ehefrau Carolina geb. Petzold. Nach dem Schulbesuch, von dem er die beiden letzten Jahre bei den Großeltern in Pommern verbrachte, trat er 1900 eine Lehre unter seinem Vater in der Glashütte in Osternburg an. Schon bald nahm er in seiner Freizeit Malstunden bei dem im benachbarten Kreyenbrück lebenden → Gerhard Bakenhus (1860-1939). Diese Doppeltätigkeit übte er zehn Jahre lang aus. Erste künstlerische Erfolge weckten das Interesse des Leiters der Glashütte, → August Schultze (1848-1920), und dieser beauftragte 1910 den jungen Künstler mit der Anfertigung mehrerer Gemälde, die dem Schmuck neuer Schiffe der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffs-Reederei dienen sollten, der Schultze ebenfalls vorstand. Um sich mit maritimen Motiven vertraut zu machen, erhielt K. eine Freipassage nach Portugal. Durch diese Anerkennung ermutigt, trat er im folgenden Jahr in die Kunstschule in Weimar ein, deren Leiter seit 1910 Fritz Mackensen war, und wo die Pflege der Landschaftsmalerei einen besonderen Stellenwert genoß. Vier Jahre besuchte K. die Naturklasse von Professor Max Thedy und erhielt als dessen Meisterschüler ein kostenloses Atelier innerhalb der Akademie.
Durch die wirtschaftliche Situation wurde der Künstler 1919 zur Rückkehr nach Oldenburg gezwungen, und hier, in der Weite und Vielfalt der Oldenburger Landschaft, fand er in der Folgezeit die Anre-

gungen zu seinen Bildern. 1922 heiratete er die Malerin Helene Schulz-Dubois aus Frankfurt, die nach einer Ausbildung als Zeichen- und Turnlehrerin die Kunstakademie in München und die Kunstschule in Frankfurt a. M. besucht hatte. 1925 bezog die Familie ein Haus mit Atelier in Kreyenbrück. Die Umgebung dieses Ortes, obgleich stadtnah gelegen, bot mit ihrem Nebeneinander von Geestrücken, Moor und Niederungsgebieten ein noch relativ intaktes Landschaftsbild. An dem künstlerischen Werdegang ihres Mannes hatte Helene K. einen ganz entscheidenden Anteil. Sie stellte ihr eigenes großes zeichnerisches Talent in seinen Dienst und war der ruhende Pol in seinem Leben. In ihrer Hand lag die Erziehung der vier Kinder und durch ihre Rückkehr in den Lehrerberuf trug sie zum Unterhalt der Familie bei. Obgleich K. von 1922 an, abgesehen von einigen Reisen, ständig in Oldenburg lebte und die Motive seiner Arbeiten in der heimatlichen Landschaft suchte, ist er nicht der Gruppe der Heimatmaler zuzuordnen. In seinen Bildern steht nicht die topographisch genaue Wiedergabe im Vordergrund und bis auf wenige Ausnahmen,

für die genaue Angaben vorliegen, sind die Landschaftsausschnitte nicht zu lokalisieren. Die Malerei ist hier einem unmittelbaren Bezug enthoben und in eine andere Dimension transponiert. Schon sehr früh löste sich K. vom Vorbild seines Lehrers und fand zu einem eigenen künstlerischen Stil.

L:
Elfriede Heinemeyer, Wilhelm Kempin, in: Gerhard Bakenhus - Wilhelm Kempin, Maler in Kreyenbrück. Ein Beitrag zur Landschaftsmalerei in Norddeutschland. Ausstellung im Stadtmuseum Oldenburg, hg. von Ewald Gäßler, Oldenburg 1987, S. 76 ff. (L); José Kastler, Heimatmalerei. Das Beispiel Oldenburg, Oldenburg 1988 (L).

Elfriede Heinemeyer

Kitz, Arnold, Vizepräsident des Oberappellationsgerichts und Politiker, * 13. 4. 1807 Vechta, † 22. 1. 1874 Oldenburg.
Der Sohn des Arztes Dr. Johann Heinrich Kitz (1778-1835) und dessen Ehefrau Franziska geb. Keppel besuchte die Gymnasien in Vechta und Oldenburg und studierte von 1825 bis 1828 Jura an den Universitäten Bonn und Göttingen. Nach Ablegung des ersten Staatsexamens war er zunächst Advokat in Ovelgönne, trat 1831 in den oldenburgischen Staatsdienst und war danach als Amtsauditor in Tossens, Steinfeld, Cloppenburg, Wildeshausen und Rodenkirchen tätig. 1837 wurde er zum Regierungsassessor bei der Regierung in Birkenfeld ernannt und erhielt 1844 den Titel Hofrat. Nach dem Ausbruch der Revolution von 1848 trat er für eine flexible, nachgiebige Haltung der Regierung ein, um die Volksbewegung aufzufangen und zu kanalisieren. Der Beamte entpuppte sich als geschickter Redner und begabter Politiker. Er war Mitbegründer und treibende Kraft des Birkenfelder Volksvereins, der als Sammelbecken der gemäßigten Kräfte ein Gegengewicht zu dem demokratischen Verein von Oberstein bildete. Während dieser die Loslösung Birkenfelds von Oldenburg und den Anschluß an Preußen propagierte, trat der Volksverein für die weitere Zugehörigkeit des Fürstentums zum oldenburgischen Gesamtstaat ein, in dessen Rahmen es allerdings eine autonome Stellung mit einem eigenen Landtag und einer eigenen Verfassung erhalten sollte. Auf der Basis dieses Programms konnte K., der von Mai bis Dezember 1848 Vorsitzender des Volksvereins war, zunächst seine gemäßigte Linie durchsetzen und alle weitergehenden Forderungen abblocken. Im Juli 1848 wurde er in den konstituierenden Landtag ge-

wählt, der ihn zu seinem Vizepräsidenten bestimmte. Als das Parlament ein Eingehen auf die Birkenfelder Forderungen ablehnte, legte K. Ende September unter Protest sein Mandat nieder. Die darauf erfolgende Radikalisierung in Birkenfeld veranlaßte ihn, im Dezember 1848 den Vorsitz des Volksvereins niederzulegen und sich aus Rücksicht auf seine Amtsstellung aus der Birkenfelder Politik zurückzuziehen. Auf der überregionalen Ebene blieb er freilich auch weiterhin politisch aktiv und war von 1849 bis 1851 Mitglied der ersten vier Landtage, die ihn regelmäßig zu ihrem Präsidenten wählten. Der großdeutsch gesinnte K., der sich schon 1848 in einer Broschüre gegen die kleindeutsche Lösung der nationalen Frage unter preußischer Führung ausgesprochen hatte, gehörte im Landtag zu der aus demokratischen und katholischen Abgeordneten bestehenden Zweckkoalition, die den Anschluß Oldenburgs an Preußen vehement ablehnte. Aus familiären und gesundheitlichen Gründen verzichtete K. im November 1851 auf eine Wiederwahl und konzentrierte sich in den folgenden Jahren auf seine Amtstätigkeit. Im Dezember 1853 wurde er Vorsitzender des Justizsenats bei der Regierung in Birkenfeld. Nach der Trennung der Justiz von der Verwaltung trat an die Stelle des Justizsenats ein Obergericht, dessen Direktor K. im Dezember 1856 wurde. Am 1. 11. 1866 wurde er Direktor des Obergerichts Oldenburg und am 5. 12. 1868 Vizepräsident des Oberappellationsgerichts. In dieser Zeit wurde K. noch einmal politisch aktiv. Von Februar bis August 1867 war er Abgeordneter des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes, in dem er sich der Bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung anschloß. Er mußte jedoch bald einsehen, daß seine Forderung nach einer großdeutschen Erweiterung des Norddeutschen Bundes aussichtslos war. Resigniert stimmte er schließlich dem Verfassungsentwurf zu und zog sich aus dem politischen Leben zurück.

Der Katholik K. war seit Dezember 1839 verheiratet mit Julie Wilhelmine Elisabeth geb. Weyrich (4. 12. 1821 - 4. 10. 1894), der Tochter des Birkenfelder Regierungsrates Ludwig W. und der Elisabeth Constantine Sybille geb. von Emden. Das Ehepaar hatte vier Kinder, von denen Richard (1843-1913) Landgerichtsrat in Oldenburg und Wilhelm (1851-1919) Landgerichtspräsident in Krefeld wurden.

W:
Zur großen deutschen Frage. Kein Kaiser alten Styls und mit Erblanden, sondern entweder ein Reich und ein Staat, oder ein Bundesstaat mit einem ausführenden Präsidenten, Frankfurt 1848; Seyn oder Sollen. Abriß einer philosophischen Einleitung in das Sitten- und Rechtsgesetz, Frankfurt 1864; Das Princip der Strafe in seinem Ursprunge aus der Sittlichkeit. Eine philosophisch-juristische Abhandlung, Oldenburg 1874.

L:
Heinrich Baldes, Die hundertjährige Geschichte des Fürstentums Birkenfeld, Birkenfeld 1921; H. Peter Brandt, Die 48er Revolution und das Birkenfelder Waldfest, in: Waldfestgesellschaft mit Schützenabteilung e.V. 125 Jahre, Birkenfeld 1974; Monika Wegmann-Fetsch, Die Revolution von 1848 im Großherzogtum Oldenburg, Oldenburg 1974; Peter Klaus Schwarz, Nationale und soziale Bewegung in Oldenburg im Jahrzehnt vor der Reichsgründung, Oldenburg 1979; Bernd Haunfelder und Klaus Erich Pollmann, Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867-1870, Düsseldorf 1989.

Hans Friedl

Klaevemann, Carl Hermann, Kaufmann, * 22. 8. 1816 Oldenburg, † 2. 3. 1872 Oldenburg.

Aus einer alten Oldenburger Familie stammend, die 1311 erstmals urkundlich erwähnt wurde, trat K., Sohn des Ältermanns Johann Dietrich Klaevemann (1769-1857) und dessen zweiter Ehefrau Susanne geb. Freye, nach seiner Gymnasialzeit in das Handelsgeschäft seines Vaters ein, das er nach dessen Tod allein weiterführte. Neben seiner erfolgreichen kaufmännischen Tätigkeit interessierte sich K. seit dem Revolutionsjahr 1848 zunehmend für Politik: als liberal denkender Mann wurde er im Januar 1848 in den Oldenburger Stadtrat gewählt und gehörte zu den Mitunterzeichnern einer Adresse an den Großherzog, in der eine freiheitliche Verfassung für Oldenburg gefordert wurde. Im September 1848 beteiligte er sich an der Gründung von Oldenburgs erstem politischen Verein. Abgesehen von einer kurzen Mitgliedschaft im Landtag (1860-1861), wandte K. sich in den folgenden Jahren der Kommunalpolitik zu. Nicht zuletzt seinem erfolgreichen Bemühen um die bauliche Fortentwicklung Oldenburgs

war es zuzuschreiben, daß er von 1852 bis 1872 ohne Unterbrechung als Ratsherr wiedergewählt wurde. Die in diesem Amt gezeigte Begabung für das Organisatorisch-Politische trug wesentlich zu seiner Berufung in die Direktion der Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft bei (1857).

Sein schon zu Lebzeiten ausgeprägter Gemeinsinn offenbarte sich in vollem Umfang erst, als nach seinem Tod bekannt wurde, daß der ledig gebliebene Ratsherr die Stadt Oldenburg in seinem Testament mit einer Stiftung bedacht hatte, die aus 50000 Talern sowie aus einem Grundstück an der Donnerschweer Straße bestand. Entsprechend K.s letztem Wunsch ließ der Stadtmagistrat hier im Jahre 1873 kleine Wohnungen für „unbescholtene und weniger bemittelte" Familien und Einzelpersonen errichten, die dort gegen „billige Miethe" wohnen konnten.

L:
Johannes Schaefer, Die Klaevemanns-Stiftung. Eine Wohlfahrtseinrichtung in Oldenburg. Rechenschaftsbericht nach ihrem 25jährigen Bestehen 1873-1898, Oldenburg 1898; Georg von Lindern, Oldenburgische Familienkunde: Klävemann, in: OHK, 1943, S. 39-41; Monika Wegmann-Fetsch, Die Revolution von 1848 im Großherzogtum Oldenburg, Oldenburg 1974; Dieter Kimpel, Die Klävemann-Stiftung in Oldenburg, in: OHK, 1986, S. 36-43.

Peter Haupt

Klaevemann, Johann Conrad Diedrich, Dr. iur., Stadtdirektor, * 30. 11. 1814 Oldenburg, † 11. 12. 1889 Oldenburg.

Der ältere Bruder von → Carl Hermann Klaevemann (1816-1872) besuchte in Oldenburg und Eutin das Gymnasium. Nach dem Abitur studierte K. Jura an den Universitäten Jena, Göttingen, Heidelberg und Berlin, wo er auch promovierte. In Berlin kam die Musik für ein Jahr als begleitendes Fach hinzu. Im Anschluß an das zweite Staatsexamen in Oldenburg (1842) diente der politisch zu den Liberalen zählende K., als deren Vertreter er von 1849 bis 1863 mit Unterbrechungen im Landtag saß, dem Großherzogtum Oldenburg in verschiedenen Stellungen. Er begann seine Laufbahn 1843 als Auditor in Burhave und Westerstede, wurde 1846 Sekretär der Justizkanzlei in Eutin, 1850 Amtsassessor in Brake, 1854 Stadtsyndikus in Oldenburg und 1856 schließlich provisorischer Leiter der Verwaltung des Amtes Löningen. Am 28. 7. 1858 wählte die Stadt Varel den inzwischen bewährten Beamten zu ihrem Stadtdirektor. Diese neue Aufgabe sah den kompetenten Verwaltungsfachmann in seinem Element, galt es doch, die Verwaltung Varels - vor allem die Vermögens- und Lastenverteilung zwischen Stadt- und Landgemeinde - von Grund auf neu festzulegen. K. tat dies mit Erfolg; groß war auch sein Verdienst bei der Anlegung neuer Straßen und Plätze, die er mit

praktischem Sinn und künstlerischem Geschick zügig vorantrieb. In seiner Amtszeit erhielt Varel 1861 eine öffentliche Gasbeleuchtung und vier Jahre später die wichtige vertragliche Zusicherung über den Anschluß an die noch zu bauende Bahnlinie Oldenburg-Wilhelmshaven. K.s beachtliches Tätigkeitsfeld engte indessen den Förderer gemeinnütziger Zwecke, der der Stadt Varel u. a. eine mit eigenen Mit-

teln finanzierte Kleinkinderbewahranstalt übergab, keineswegs ein und ließ überdies dem Musik- und Kunstliebhaber noch Zeit für die Betreuung des Vareler Singvereins. Nach seiner Pensionierung im Jahre 1880 siedelte K. in das Haus seiner Eltern nach Oldenburg über, wo er sich hauptsächlich mit der Verwaltung seines Vermögens und seines umfangreichen Waldbesitzes befaßte. Auch hier spielte er als aktives Mitglied eine führende Rolle im Oldenburger Singverein und komponierte Lieder, Streichquartette, Klaviersonaten sowie Choräle. Als der ledig gebliebene K. starb, flossen der Klaevemann-Stiftung weitere Vermögenswerte zu: der Betrag von 150000 Mark und ein 51000 Quadratmeter großes Grundstück an der Nadorster Straße.

W:
Zwölf deutsche Volkslieder für 4 Männerstimmen gesetzt, Oldenburg 1846.

L:
Johannes Wolfram, Geschichte des Oldenburger Singvereins von 1821 bis 1896, Oldenburg 1896; Johannes Schaefer, Die Klaevemanns-Stiftung. Eine Wohlfahrtseinrichtung in Oldenburg. Rechenschaftsbericht nach ihrem 25jährigen Bestehen 1873-1898, Oldenburg 1898; Georg von Lindern, Oldenburgische Familienkunde: Klävemann, in: OHK, 1943, S. 39-41; Dieter Kimpel, Die Klävemann-Stiftung in Oldenburg, in: OHK, 1986, S. 36-43.

Peter Haupt

Klingenberg, Ernst Heinrich Ludwig, Architekt, * 21. 5. 1830 Schevendorf bei Iburg, † 28. 5. 1918 Berlin.

Der Sohn des späteren Amtsrentmeisters Ernst Georg Klingenberg (15. 11. 1797 - 15. 12. 1869) und der Margarethe Elisabeth geb. Richter (24. 9. 1807 - 9. 6. 1887) wuchs im Kreis von sechs Geschwistern in Wittmund auf; sein jüngerer Bruder → Ludwig (1840-1924) wurde später - wie er selbst - Architekt. Ernst K. besuchte von 1846 bis 1848 die polytechnische Schule in Hannover und studierte von 1849 bis 1854 Architektur an der Universität München. Anschließend war er für je ein halbes Jahr Lehrer an der Bauakademie in Nürnberg und an der Gewerbeschule in Nienburg. Seit 1856 arbeitete er als selbständiger Architekt in Bremen, wo er u. a. Wohn- und Geschäftshäuser, die Werkstätten des Norddeutschen Lloyd auf der Stefanikirchenweide, das Gemeindehaus der St.-Stefani-Kirchengemeinde sowie das Lagergebäude des Weserbahnhofs baute. Zeitweilig war er auch Teilhaber der Firma Osenbrück & Co., die eine Eisengießerei, eine Maschinenfabrik und ein Holzwerk betrieb. 1864 erhielt er seinen ersten großen Auftrag in Oldenburg: den Bau des Augusteums als Domizil des Kunstvereins, den er im Stil der florentinischen Palastarchitektur der Renaissance errichtete. Daneben beschäftigte er sich mit Planungen für den Umbau der Lambertikirche, die auf einen völligen Neubau hinausliefen, der sich an den Stilformen der Gotik Schinkels orientierte. Aus finanziellen Gründen und wegen des Widerstandes der Kirchengemeinde scheiterten seine weitreichenden Absichten, damit neben dem Augusteum einen weiteren städtebaulichen Schwerpunkt zu setzen. Erst 1873 führte sein Bruder Ludwig den Bau des Kirchturms nach seinen modifizierten Entwürfen durch. 1870 begann K. auch die Planungen für das Kinderkrankenhaus an der Peterstraße. Er unterhielt viele Jahre ein eigenes Büro in Oldenburg, doch verlagerte er bereits vor der Jahrhundertwende das Schwergewicht seiner Tätigkeit nach Berlin, wo er eine Reihe öffentlicher Bauten und Wohnhäuser errichtete und bereits 1868 an der Konkurrenz um den Berliner Dombau teilgenommen hatte. 1907 übersiedelte er endgültig nach Berlin und lebte hier bis zu seinem Tode.

K. war seit 1860 verheiratet mit Margarethe Luise Marie geb. Salzmann.

L:
(K.E.O. Fritsch), Der Kirchenbau des Protestantismus, Berlin 1893; Bremen und seine Bauten, hg. vom Architekten- und Ingenieur-Verein, Bremen 1900; Rudolf Stein, Klassizismus und Romantik in der Baukunst Bremens, 2 Bde., Bremen 1964-1965; Jürgen Weichardt, 125 Jahre Oldenburger Kunstverein, Oldenburg 1968; Ewald Gäßler, Der Umbau der Lambertikirche im 19. Jahrhundert, in: Reinhard Rittner (Hg.), Oldenburg und die Lambertikirche, Oldenburg 1988, S. 97-124.

Heinrich Wandscher

Klingenberg, Ernst Heinrich, Maler, * 23. 5. 1868 Visbek, † 30. 12. 1935 Lohne.

Der Sohn des Tischlermeisters Ferdinand Gerhard Heinrich Klingenberg und dessen Ehefrau Catharina geb. Schillmöller zeigte

schon in der Volksschule ein besonderes Maltalent. Da jedoch die Mittel zum Kunststudium fehlten, mußte er 1882 eine Malerlehre im Nachbardorf Goldenstedt beginnen, die er 1883 aus Krankheitsgründen abbrach. Nach seiner Gesundung absolvierte er von 1885 bis 1889 eine Lehre bei einem Kirchendekorationsmaler in Münster, die er durch den Besuch von Mal- und Zeichenkursen ergänzte. Nach kurzer Tätigkeit als Kirchenmaler in Visbek begann er zu Beginn des Jahres 1891 ein Studium an der Kunstakademie in München, das er aber aus Geldmangel bereits im November 1892 wieder abbrechen mußte. Danach arbeitete er als Dekorationsmaler im Rheinland, in Westfalen und Holland und besuchte zwischendurch die Kunstgewerbeschule in Düsseldorf. 1896 ließ er sich als Kirchendekorationsmaler in Lohne nieder und erhielt in der Folgezeit zahlreiche Aufträge für Kirchen im Südoldenburger Raum. Daneben malte er vor allem Portraits. Seit 1900 beschickte er Ausstellungen in Oldenburg, trat 1904 der Vereinigung Nordwestdeutscher Künstler bei und gehörte auch zu den Mitbegründern des Oldenburger Künstlerbundes. Der künstlerische Durchbruch gelang ihm

1905 auf der Nordwestdeutschen Kunst- und Gewerbeausstellung in Oldenburg. Er fand nun Förderer, die 1909 eine Ausstellung in der Onckenschen Hofkunsthandlung in Oldenburg arrangierten, die guten Anklang fand. K., dessen akademisch präzise Malweise dem Trend des bürgerlichen Kunstverständnisses entsprach, wurde nun einer der gefragtesten Portraitisten des Oldenburger Landes, der zahlreiche Aufträge vom Adel, der Geistlichkeit und dem gehobenen Bürgertum erhielt. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen die Aufträge aus wirtschaftlichen Gründen so stark zurück, daß K. in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Er suchte nun einen neuen Kundenkreis im benachbarten Holland, wo er mit seiner kühlen, sachlichen Malweise erneut Erfolg hatte. 1926 kehrte er nach Lohne zurück, doch litt seine künstlerische Arbeit zunehmend unter einem schleichenden Nervenleiden. Da die Schüttellähmung seine Malweise stark veränderte, fand er keine Auftraggeber mehr und starb 1935 völlig verarmt im Krankenhaus in Lohne.

K., der Autodidakt im positiven Sinne war, läßt sich keiner zeitgenössischen Kunstrichtung zuordnen. Er war vor allem Portraitmaler, dem die akademisch genaue Darstellung der Persönlichkeit wichtig war, während er Probleme der Auffassung, der Farbe und des Lichts vernachlässigte und darauf verzichtete, einen persönlichen Stil zu entwickeln.

K. war seit dem 18. 1. 1896 verheiratet mit Helene Margarethe geb. Kaimer aus Hattingen/Ruhr, mit der er elf Kinder hatte.

L:
Franz Thedering, Portraitmaler Heinrich Klingenberg, in: Niedersachsen, 19, 1913/14, S. 478-479; ders., Heinrich Klingenberg, Vechta 1922 (W); Gerd Wietek, Der Maler Heinrich Klingenberg, in: HkOM, 1959, S. 129-132; Barbara Wieland, Heinrich Klingenberg 1868-1935, Lohne 1986 (W,L); dies., Heinrich Klingenberg Portraitmaler 1868-1935, in: JbOM, 1987, S. 341-350.

Bernard Hachmöller und Josef Sommer

Klingenberg, Anton Ludwig Dietrich Alexander, Architekt, * 29. 10. 1840 Wittmund, † 1. 4. 1924 Bad Zwischenahn.

K. war der jüngste Sohn des Amtsrentmeisters Ernst Georg Klingenberg (15. 11. 1797 - 15. 12. 1869) und dessen Ehefrau Margarethe Elisabeth geb. Richter (24. 9. 1807 - 9. 6. 1887). Wie sein älterer Bruder → Ernst (1830-1918), der ebenfalls Architekt wurde, wuchs er in Wittmund auf, besuchte hier die Volksschule und das Gymnasium in Jever. Ab 1856 absolvierte er eine Maurerlehre in Bremen und arbeitete im Architekturbüro seines Bruders Ernst. Nach dieser Lehrzeit studierte er ab 1859 an der Bauakademie in München und war

danach kurze Zeit als Bauführer beim Bau der Kirche in Rotenburg (Hannover) beschäftigt. Anschließend unternahm er ausgedehnte Studienreisen durch Nordamerika, England, Frankreich und Spanien, wo er als Bauzeichner arbeitete. In Frankreich und England beschäftigte er sich intensiv mit den Bauformen und dem Bauschmuck des Mittelalters und gab später einen umfangreichen Band mit eigenen Skizzen mittelalterlicher Bauornamente heraus. Auf diesen Reisen begründete er seine Vorliebe für mittelalterliche Stilelemente unter Verwendung von Back- und

Sandstein, glasierten Mauersteinen und ornamentalem Beiwerk. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er zunächst kurze Zeit beim Staatsbauamt in Hamburg angestellt, machte sich aber bereits 1867 als Architekt selbständig und errichtete von 1871 bis 1874 eine Reihe von Wohnhäusern und Amtsgebäuden im Marinehafen Wilhelmshaven. 1875 übersiedelte er nach Oldenburg, wo er - neben zahlreichen Wohnhäusern - nach den modifizierten Plänen seines Bruders Ernst den Umbau der Lambertikirche leitete und den Hauptturm in neugotischen Formen errichtete, der später teilweise wieder abgebrochen wurde. Neben seinem Oldenburger Büro unterhielt er ab 1890 ein weiteres Büro in Bremen. K. plante und baute eine Vielzahl von Gebäuden im nordwestdeutschen Raum, u. a. das Gerichtsgebäude in Bremen (1890/95), das Kreishaus in Wittmund, das Provinziallandeshaus in Münster (1898/1901) sowie mehrere Bahnhöfe. Er besaß ausgeprägte kunsthandwerkliche Interessen und gehörte zu den Mitbegründern des Oldenburger Kunstgewerbemuseums. Der geschäftliche Erfolg ermöglichte ihm den Erwerb eines großen Besitzes in Elmendorf am Zwischenahner Meer, wo er bis zu seinem Tode lebte.
K. war seit dem 7. 11. 1869 verheiratet mit Sophie Wilhelmine geb. Ulex (27. 2. 1844 - 6. 2. 1919), der Tochter des Lehrers an der Hamburgischen Pharmaceutischen Lehranstalt Georg Ludwig U. (8. 10. 1811 - 25. 3. 1883) und dessen Ehefrau Sophie geb. Dieterichs (16. 7. 1818 - 1. 1. 1913). Das Ehepaar hatte zwei Töchter und fünf Söhne, von denen Georg K. (28. 11. 1870 - 7. 12. 1925) Hochschullehrer und Vorstandsmitglied der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin (AEG) wurde.

W:
Die ornamentale Baukunst des Mittelalters. Nach eigenen Aufnahmen bearb. und hg., Lüttich und Leipzig o. J.
L:
Heinrich Ulex (Bearb.), Zur Geschichte der Familie Ulex, Hamburg 1913; O. Holtze, Ludwig Klingenberg, in: Ulrich Thieme - Felix Becker, Allgemeines Lexikon der Bildenden Künstler, Bd. 20, Leipzig 1927, S. 510-511; Michael Neumann, Stadtplanung und Wohnhausbau in Oldenburg 1850-1914, Oldenburg 1982; Ewald Gäßler, Der Umbau der Lambertikirche im 19. Jahrhundert, in: Reinhard Rittner (Hg.), Oldenburg und die Lambertikirche, Oldenburg 1988, S. 97-124.

Heinrich Wandscher

Klinghamer (Klinkhamer, Klinckhamer), Johann Christian, Chronist, * ?, † nach 1610.
K., über dessen Leben wir nur bruchstückhaft informiert sind, stammte vermutlich aus der Gegend von Bramsche und erhielt offenbar eine höhere Schulbildung, da er die lateinische Sprache beherrschte. Er war als Schullehrer, Informator und Küster an verschiedenen Orten tätig, daneben arbeitete er als Kalligraph und fertigte Abschriften bzw. Zusammenstellungen von erzählenden und urkundlichen Quellen für private Auftraggeber an, da der Buchdruck im Osnabrücker Raum sich erst nach 1618 verbreitete. Er lebte zeitweise in Quakenbrück und schrieb hier für den Pfarrer die Osnabrücker Chronik des Erdwin Ertmann in deutscher Übersetzung ab. 1575 kam er nach Dinklage, wo er vermutlich Informator und Schullehrer auf den benachbarten adligen Gütern war und zur

Verbesserung seines Unterhalts die Küsterstelle an der Dinklager Pfarrkirche erhielt. In dieser Zeit fertigte er eine Abschrift der von dem Abt des Iburger Klosters Norbert gegen Ende des 11. Jahrhunderts verfaßten Lebensbeschreibung des Bischofs Benno II. von Osnabrück an, die er 1587 als Ersatz für das 1581 verbrannte Original dem Kloster Iburg schenkte. Vermutlich verfaßte K. in Dinklage auch sein Hauptwerk „Münsterschen Stiftes Cronica und Beschreibung Aller Bischofen, ihrer Regierung und vieler Geschichten", die neben der Beschreibung der Regierungszeit aller Bischöfe seit Karl dem Großen für die Zeit nach der Mitte des 16. Jahrhunderts eine Fülle lokalhistorischer Nachrichten über das Oldenburger Münsterland enthält. 1588 wird K. als Küster von Vörden erwähnt, wo er vermutlich seine bis 1577 reichende Reimchronik der Bischöfe von Osnabrück verfaßte. Die letzte Nachricht, die wir über ihn besitzen, stammt aus dem Jahre 1610, als er seine Münstersche Chronik abschloß. Wann und wo er starb ist unbekannt. K. gehört zu den Chronisten des 16. Jahrhunderts, deren Arbeiten trotz des kritiklosen Zusammentragens des Materials für die Landesgeschichte wichtig sind wegen der Zuverlässigkeit in der Benutzung der Quellen und wegen der Überlieferung zeitgenössischer Besonderheiten.

W:
Münsterschen Stiftes Cronica und Beschreibung Aller gewesenen Bischofen, ihrer Regierung und vieler Geschichten, mehrere Abschriften, u. a. LBO; Ossenbruggersche Cronik in rime aller gewesenen here und bischöpfe desselbigen Styfftes . . ., Staatsarchiv Osnabrück, veröffentlicht als: Reimchronik der Bischöfe von Osnabrück, hg. von G. Spangenberg, in: Neues Vaterländisches Archiv, 1832, II, S. 193-252.
L:
ADB, Bd. 15, 1906, S. 23-24; Friedrich Mathias Driver, Bibliotheca Monasteriensis sive Notitia de Scriptoribus Monasterio-Westphalis, Münster 1799; Karl Willoh, Der Chronist Johann Christian Klinghamer, in: OJb, 9, 1900, S. 61-73; H. Bresslau, Vita Bennonis II. Episcopi Osnabrugensis, Hannover 1902.

Franz Hellbernd

Klinghe, Ghert, Erzgießer, * um 1400, † nach 1474.

Über das Leben des Erzgießers Ghert Klinghe liegen bisher nur wenige Nachrichten vor. Wie sein Geburtsort sind auch die Stätten seiner Ausbildung und Tätigkeit vor 1428 unbekannt. Stilistische Details, z. B. die Art der Anbringung des Schmuckes auf den Glocken sowie der Wortlaut der Gießersprüche, weisen in den Halberstädter Raum und dort in den Umkreis des Gießers Johannes Apengeter. Daneben treten jedoch besonders im Frühwerk Motive auf, die auf einen Einfluß des lübischen Gießers van der Rit hinweisen. Im Jahre 1428 wurde K. Bürger der Stadt Bremen und erwarb 1437 dort ein Haus. Seine erste in der Hansestadt nachzuweisende Arbeit ist der Guß der großen Domglocke „Gloriosa" 1433. Der Bereich, über den sich die Tätigkeit K.s erstreckte und in dem sich seine Werke nachweisen lassen, ist sehr groß. Außerhalb Bremens fand er die meisten seiner Aufträge in Oldenburg und Ostfriesland. Daneben sind auch Arbeiten in den Niederlanden, in Lübeck und Lüneburg zu finden. Der Guß einer Glocke erfolgte nicht in der heimischen Werkstatt des Meisters, sondern in dem jeweiligen Kirchspiel und war ein Ereignis, an dem der ganze Ort teilhatte. Im Gebiet der Grafschaft Oldenburg, in der auffallenderweise Bronzetaufen vollständig fehlen, goß er 1433 eine kleine Glocke für die Kirche Crispinus und Crispianus in Elsfleth, die dem Bremer Dompropst unterstellt war, und im folgenden Jahre eine „Gloriosa" für Eckwarden. 1440 entstanden die Glocken für St. Lamberti in Oldenburg, St. Florian in Sillenstede und St. Nicolai in Edewecht, 1447 für St. Johannes in Wiesede, einer Ortschaft, die 1435 an die Grafen von Oldenburg gefallen war. Von hier ging K. vermutlich nach Wildeshausen, um dort im Auftrage des Bremer Propstes Johannes von Schönebeck zwei Glocken für die Alexanderkirche zu fertigen. Anschließend entstanden 1449 die Katharinenglocke des Kollegiatsstiftes St. Mariae in Delmenhorst sowie die Marienglocke für Blexen. Im folgenden Jahre war K. für die Kirche in Cleverns tätig, 1451 goß er die Marienglocke für Burhave und 1452 eine Glocke für Großenkneten. 1461 folgte Eggelingen mit einer großen Glocke, die schon 1540 nach Jever gebracht wurde. Die letzten Arbeiten im Oldenburger Land sind die Glocke aus St. Laurentius in Langwarden von 1465, die sich heute im Landesmuseum befindet, und zwei nicht mehr erhaltene Glocken für Tossens, die beide 1468 gegossen wurden. Für eine 1471 in

Abbehausen entstandene Glocke, die ebenfalls verloren ist, lassen die überlieferten Quellen keine eindeutige Zuweisung an K. zu. Die späteste urkundliche Nachricht über den Erzgießer findet sich im Memorialbuch der Marienkirche zu Lübeck aus dem Jahre 1466, die Nennungen seines Namens in Glockeninschriften reichen bis 1474. Bei fünf Bremer Erzgießern mit dem Namen Klinghe, die zwischen 1453 und 1509 nachzuweisen sind, handelt es sich vermutlich um Söhne des Ghert K.

L:
NDB, Bd. 12, 1980, S. 94-95; Albert Mundt, Die Erztaufen Norddeutschlands von der Mitte des XII. bis zur Mitte des XIV. Jahrhunderts, Leipzig 1908; Johannes Focke, Die Glockengießer Klinge aus Bremen, in: Jahrbuch der bremischen Sammlungen, 2, 1909, S. 10 ff.; F. Ritter, Zur ostfriesischen Glockenkunde: Die Gandersumer Glocke Gerd Klinges aus d. J. 1458, in: Upstalsboomblätter für Ostfriesische Geschichte und Heimatkunde, 3, 1913/14, S. 27 ff.; Adolf Rauchheld, Glockenkunde Oldenburgs, in: OJb, 29, 1925, S. 5 ff.; Angelus Gerken, Eine Klinge - Taufe von Stader Herkommen, in: Stader Jahrbuch, 1961, S. 101 ff.; Barbara Hellwig, Ghert Klinghe. Ein norddeutscher Erzgießer des 15. Jahrhunderts, Hildesheim 1967 (L).

Elfriede Heinemeyer

Kloppenburg, Heinrich (Heinz) Ferdinand Otto, Dr. theol. h.c., Oberkirchenrat, * 10. 5. 1903 Elsfleth, † 18. 2. 1986 Bremen. Der Sohn des Kapitäns Diedrich Kloppenburg besuchte die Volksschule in Hude und die Oberrealschule in Bremen. Von 1919 bis 1922 absolvierte er eine Lehre in einer Wollimportfirma in Bremen und bestand 1925 als Externer das Abitur am Alten Gymnasium in Bremen. Er studierte von 1925 bis 1930 Theologie in Marburg, Göttingen, Münster und Bonn. Nach dem Tentamen (1. Prüfung) war er ab November 1930 provisorischer Hilfsprediger in Bad Zwischenahn, ab Oktober 1932 provisorischer Assistenzprediger in Oldenburg. Nach dem Examen (2. Prüfung), das er am 30. 6. 1932 in Oldenburg ablegte, wurde er am 9. 10. 1932 ordiniert und am 30. 10. 1932 als Pfarrer in Heppens II eingeführt. Er war zeitweilig Mitglied der NSDAP und der Deutschen Christen. Später wurde er Mitbegründer des Pfarrernotbundes in Oldenburg und nahm im Mai 1934 an der Bekenntnissynode in Barmen teil. Als die Oldenburgische Landeskirche in die Deutsche Evangelische Kirche eingegliedert wurde, verließ er im Juni 1934 unter Protest die Landessynode. Im Februar 1935 in das Präsidium der Bekenntnissynode gewählt, wurde er damit faktisch Leiter der Bekennenden Kirche in Oldenburg. Nach einem zunächst erfolglosen Disziplinarverfahren wurde er am 26. 11. 1937 vom deutsch-christlichen Kirchenregiment in den einstweiligen Ruhestand versetzt und durch die Gestapo mit einem Reichsredeverbot belegt. Seit 1941 wirkte er auf Wunsch der Gemeinde als Vertretung in Wiefelstede. Gleichzeitig wurde er Vorsitzender der Konferenz der Landesbruderräte. 1945 zum hauptamtlichen Mitglied des Oldenburger Oberkirchenrates ernannt, ging er von 1947 bis 1950 nach Genf als Sekretär der Flüchtlingsabteilung des Ökumenischen Rates und wirkte danach wieder in Oldenburg. 1952 kandidierte er vergeblich für das Bischofsamt in Oldenburg. Danach war er als Berufsschulpfarrer in Dortmund tätig. Als Herausgeber und Schriftleiter prägte er von 1953 bis 1978 die Zeitschrift „Junge Kirche". Auch schloß er sich der von Josef Hromadka initiierten Christlichen Friedenskonferenz (CFK) an, die ihn freilich im Gefolge des gescheiterten Prager Frühlings 1970 ausschloß. Am 4. 6. 1963 verlieh ihm die Comenius-Fakultät in Prag die Würde eines theologischen Ehrendoktors, wie schon am 5. 6. 1957 das Eden Theological Seminary in den USA. Zu seinem 80. Geburtstag erhielt er 1983 das Große Verdienstkreuz des

Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

L:
Junge Kirche, 39, 1978, S. 235 ff; ebd., 44, 1983, S. 217 ff.; ebd., 47, 1986, S. 66, 132 ff.; Versöhnung und Friede. Heinz Kloppenburg zum 65. Geburtstag, Dortmund 1968; Die Prediger des Herzogtums Oldenburg von der Reformation bis zur Gegenwart, Bd. 3, hg. von Hans Warntjen, Oldenburg 1980; Hannelore Braun, Heinz Kloppenburg, in: F. W. und T. Bantz (Hg.), Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Heizberg 1992, Sp. 73-78.

Heinrich Höpken und Reinhard Rittner

Kobbe, Theodor Christian Cay von, Schriftsteller, * 8. 6. 1798 Glückstadt/Holstein, † 22. 2. 1845 Oldenburg.

K. war der dritte und jüngste Sohn des aus einer hannoverschen Adelsfamilie stammenden dänischen Landvogts Diedrich von Kobbe (1. 1. 1766 - 18. 3. 1819) und dessen Ehefrau Louise Adelaide Christiane geb. Gräfin von Rantzau-Ahrenberg († 1805). Nach der Scheidung der Eltern (1802) wuchs er in Uetersen im Hause seines Großvaters, des Klosterpropstes Graf Peter Rantzau († 22. 8. 1809), auf, besuchte von 1814 bis 1817 das Gymnasium Johanneum in Hamburg und studierte von 1817 bis 1820 Jura an den Universitäten Heidelberg und Kiel. Auf Empfehlung seines On-

kels, des Kammerherrn und Amtmanns Graf Rantzau, wurde er nach Abschluß seines Studiums in den oldenburgischen Justizdienst aufgenommen. Im September 1820 wurde er Auditor und wenige Jahre später Assessor beim Landgericht in Oldenburg. Fehlender Ehrgeiz und völliger Mangel an beförderungswürdigem Diensteifer führten dazu, daß er zeitlebens über diesen Rang nicht hinauskam. Der liebenswürdige und witzige K., der als blendender Gesellschafter in Oldenburg mit offenen Armen aufgenommen worden war, glitt rasch in ein geselliges Bummelleben hinein, aus dem er nicht wieder hinausfand. Seit 1822 versuchte er, sein Talent zum improvisierenden Erzählen als Schriftsteller zu nutzen, und veröffentlichte vor allem ab 1830 in schneller Folge zahlreiche Erzählungen, Gedichte, einen historischen Roman, Schauspiele, Humoresken, autobiographische Schriften und umfangreiche Reiseberichte, in denen er die Erlebnisse seiner jährlichen Reisen verarbeitete, bei denen er die Bekanntschaft aller erreichbaren Berühmtheiten der Zeit zu machen suchte. Von 1838 bis 1845 gab er die wöchentlich erscheinenden „Humoristischen Blätter" heraus, deren Beiträge er zum größten Teil selbst verfaßte. K. war ein produktiver Schreiber, der sich aber weder um die Form und Komposition seiner Niederschriften kümmerte, noch sich die Mühe machte, diese zu überarbeiten. Er war sich seiner Mängel durchaus bewußt und gab selbstkritisch zu, „überhaupt kein Schriftsteller, sondern höchstens ein passabler Erzähler" zu sein. Seine Gedichte, Romane und Erzählungen sind zu Recht in Vergessenheit geraten; lediglich seine Lebenserinnerungen und Reiseberichte sind heute noch für den Historiker als Quelle zur Kultur- und Mentalitätsgeschichte Oldenburgs im Vormärz von Wert. Wenn der Name dieser „originellen, liebenswerten Randfigur der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts" (P. Raabe) innerhalb der Region im Bewußtsein einer weiteren Öffentlichkeit bewahrt blieb, so verdankte K. dies einem Gelegenheitswerk: dem Text „Heil Dir o Oldenburg", den er 1844 zu einer von der Großherzogin → Caecilie (1807-1844) komponierten Melodie schrieb.

W:
Die Leier der Meister in den Händen des Jüngers, oder achtzehn Gedichte in fremder Manier, und eins in eigener, Oldenburg 1826; Die Schweden im Kloster zu Uetersen. Ein historischer Roman, Bremen 1830; Humoristische Skizzen und Bilder, Bremen 1831; (Hg.), „Die Wesernymphe", Jg. 1 (mehr nicht erschienen),

Oldenburg 1831; Kleine Erzählungen in humoristischen Skizzen und Bildern, Bremen 1833; Reiseskizzen aus Belgien und Frankreich, Bremen 1836; (Hg.), Humoristische Blätter, Jg. 1-8, Oldenburg 1839-1846; Briefe über Helgoland nebst poetischen und prosaischen Versuchen in der dortigen Mundart, Bremen 1840; Humoristische Erinnerungen aus meinem akademischen Leben in Heidelberg und Kiel in den Jahren 1817-1819, 2 Teile, Bremen 1840; Prießnitz und Gräfenberg. Aus meinem Tagebuch zur Unterhaltung und Belehrung aller derer, welche auf dem Gräfenberg gewesen sind, oder solcher, die sich einer Wasserkur dort oder anderswo unterwerfen wollen, Oldenburg 1841; Humoresken aus dem Philisterleben, 2 Bde., Bremen 1841; Humoristische Reisebilder, Bremen 1843; Oldenburgisches Volkslied. Ein Versuch, den Tönen der unvergeßlichen hohen Verklärten (Großherzogin Caecilie von Oldenburg) Worte zu unterlegen, Oldenburg 1844; Die Nordsee, in: Das malerische und romantische Deutschland, Bd. 10, Leipzig 1847, Reprint Hildesheim 1973 u. ö.

L:

ADB, Bd. 16, 1882, S. 344-345; Neuer Nekrolog der Deutschen, 23, 1845, S. 158-164; Theodor von Kobbe, in: Oldenburgische Blätter, 30, 1846, S. 403-408; Josef Mendelssohn, Eine Ecke Deutschlands. Reisesilhouetten, Oldenburger Bilder, Charaktere und Zustände, Oldenburg 1845, Reprint Leer 1979; Adolf Stahr, Theodor von Kobbe. Ein Denkstein, Oldenburg 1845; Albert Leitzmann, Goethe und Theodor von Kobbe, in: Goethe-Jahrbuch, 30, 1909, S. 235-241; Karl Goedecke, Grundriß zur Geschichte der deutschen Dichtung, Bd. 9, Dresden 1910, S. 347-352 (W); Heinrich Schwarz, Theodor von Kobbe. Sein Leben und Wirken sowie seine Stellung in der deutschen Literatur (Diss. phil. Münster), Oldenburg 1913 (W); Paul Raabe, Theodor von Kobbe und Goethe, in: Oldenburger Balkenschild, Nr. 6/7, 1953, S. 1-6, wieder abgedruckt in: ders., Wie Shakespeare durch Oldenburg reiste. Skizzen und Bilder aus der oldenburgischen Kulturgeschichte, Oldenburg 1986, S. 269-279; Ludwig Starklof, Erlebnisse und Bekenntnisse, bearb. von Hans Friedl, in: Harry Niemann (Hg.), Ludwig Starklof 1789-1850, Oldenburg 1986, S. 55-222.

Hans Friedl

Koch, Harald, Dr. iur., Minister, * 4. 3. 1907 Bant, † 18. 9. 1992 Dortmund.

K. war der jüngste Sohn des Rechtsanwalts Adolf Koch (22. 3. 1867 - 9. 6. 1923) und dessen Ehefrau Elisabeth geb. Eggers (25. 4. 1880 - 5. 11. 1972). Er besuchte das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Wilhelmshaven und studierte nach der Reifeprüfung Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Freiburg, Berlin und Göttingen, wo er 1931 zum Dr. iur. promovierte. Nach den beiden juristischen Staatsprüfungen sowie einer Beschäftigung im oldenburgischen Staatsdienst und bei den Stadtverwaltungen von Oldenburg und Rüstringen studierte er noch einmal von 1934 bis 1939 an der Handelshochschule in Leipzig. Die an sich beabsichtigte Tätigkeit in der Kommunalverwaltung schied für ihn nach der nationalsozialistischen Machtergreifung aus, nicht zuletzt da K. väterlicherseits eine jüdische Großmutter (Marianne Lewenstein aus Burhave) hatte. Im Anschluß an das Examen als Diplom-Steuersachverständiger ging er in die private Wirtschaft und erlebte das Kriegsende als Syndikus und Prokurist beim Stahlwerk Maximilianshütte in der Oberpfalz, das er anschließend als „Unbelasteter" mehrere Monate leitete.

Im September 1945 wurde er auf Empfehlung seines älteren Bruders Ekhard (* 15. 4. 1902), der zu dieser Zeit den Neuaufbau der Justiz im Lande Oldenburg einleitete, von Ministerpräsident → Theodor Tantzen (1877-1947) zum Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Finanzen im oldenburgischen Staatsministerium ernannt. Im Frühjahr 1946 wurde er Minister für Wirtschaft und Finanzen des wiederhergestellten Landes Oldenburg. Er schloß sich, obwohl aus einer politisch liberalen Familie stammend - der bekannte DDP-Politiker der Weimarer Republik → Erich Koch-Weser (1875-1944) war sein Onkel und K. bezeichnete ihn als seinen politischen Ziehvater -, der Sozialdemokratie an. K. begründete dies mit den Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Aufstiegs des Nationalsozialismus, als der politische Liberalismus versagt habe.

Als im November 1946 Oldenburg in dem neugebildeten Land Niedersachsen aufging, wurde K. Mitglied des ersten - ernannten - Landesparlaments in Hannover und war Vorsitzender des Verfassungausschusses. Auf Empfehlung Kurt Schumachers wurde er Anfang 1947 als Minister für Wirtschaft und Verkehr in die hessische Staatsregierung berufen, um die in der hessischen Verfassung vorgesehene Sozialisierung der Wirtschaft durchzuführen. Sein Vorschlag, nach dem Auslaufen der kriegsbedingten Zwangswirtschaft weder zu ungezügelter freier Wirtschaft zurück-

zukehren, noch einen „Staats- oder Kommunalkapitalismus“ einzuführen, sondern stattdessen für einige wichtige Wirtschaftszweige eigenständige Wirtschaftsformen - „Sozialgemeinschaften“ mit Beteiligungen der Gewerkschaften, der Belegschaften, der Gemeinden und der ehemaligen Eigentümer - zu schaffen, scheiterte am Einspruch der amerikanischen Besatzungsmacht und später an den Mehrheitsverhältnissen. Bereits in diese Wirtschaftsform überführte Betriebe mußten Anfang der 50er Jahre an die Eigentümer zurückgegeben werden.
Im Herbst 1949 wurde K. Mitglied des 1.

Deutschen Bundestages und war maßgeblich an der Ausarbeitung des Mitbestimmungsgesetzes für die Montanindustrie beteiligt. So war es nur konsequent, daß er nach der Verabschiedung dieses Gesetzes 1952 auf Wunsch der Gewerkschaften als Arbeitsdirektor in den Vorstand der Hösch AG in Dortmund eintrat. Diese Funktion hatte er bis 1968 inne. Von 1968 bis 1972 war er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des großen Stahlkonzerns.
Daneben hatte er eine Fülle von Ehrenämtern inne, u. a. war er von 1956 bis 1985 Präsident der angesehenen Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft, Leiter der Arbeitsgemeinschaft aller Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland/Sowjetunion und Mitglied der Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche Deutschlands. Er gehörte einige Jahre dem SPD-Parteivorstand sowie der wirtschaftspolitischen Kommission der SPD an. Außerdem war er von 1963 bis 1969 Mitglied des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“. Er war damit einer der „Sieben Weisen“, die die Bundesregierung in wirtschaftspolitischen Fragen beraten.
K. lebte bis zu seinem Tode in Dortmund, wo er Ehrenbürger der Stadt war, unterhielt aber zahlreiche und enge Verbindungen zu seiner oldenburgischen Heimat.
K. war seit 1949 mit Elfi geb. Stoll verheiratet; der Ehe entstammten zwei Söhne.
Sein Bruder Ekhard Koch war von 1945 bis 1955 Präsident des Oberlandesgerichts Oldenburg, war jedoch meistens für andere Aufgaben abgeordnet. So war er von 1946 bis 1950 Vizepräsident des Zentraljustizamtes für die britische Zone in Hamburg und von 1951 bis 1952 Staatssekretär im niedersächsischen Justizministerium. 1953 wurde er Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg und war von 1955 bis 1959 Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen in Bonn. Von 1960 bis zu seiner Pensionierung 1967 amtierte er als Präsident des Oberlandesgerichts Celle.

W:
Die Sozialgemeinschaften. Entwurf des Hessischen Sozialisierungsgesetzes mit Begründung und einführenden Beiträgen der Mitarbeiter des Hessischen Wirtschaftsministeriums, Hamburg 1948; Rechtsform der Sozialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen, Hamburg 1947; 30 Jahre Hessische Verfassung, in: 30 Jahre Hessische Verfassung, Wiesbaden o. J. (1977); Persönliche Erinnerungen an den Wiederaufbau im Oldenburgischen, in: Der Wiederbeginn vor 40 Jahren. Dokumentation über die Festveranstaltung des SPD-Unterbezirks Oldenburg (Red. Werner Vahlenkamp), Oldenburg 1986.
L:
Erich Ott, Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978; Erich Koch-Weser u. a., Kock - Koch - Koch-Weser. 400 Jahre Familiengeschichte, Bremerhaven 1990; Werner Vahlenkamp, Ekhard und Harald Koch. Zwei „Männer der ersten Stunde“ in Oldenburg, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 74, 1992, S. 17-18.

Werner Vahlenkamp

Koch-Weser, Erich Friedrich Ludwig (Namenszusatz „Weser“ nach K.s damaligem Reichstagswahlkreis Weser-Ems; November 1924 erstmals beantragt, 1927 endgül-

tig amtlich bestätigt), Politiker, * 26. 2. 1875 Bremerhaven, † 19. 10. 1944 Rolandia (Brasilien).
Als sein Vater, Dr. phil. Anton Koch (1838-1876), Inhaber einer höheren Mädchenschule in Bremerhaven, starb, zog K. mit seiner Mutter Minna geb. Lewenstein (1841-1930), Tochter des jüdischen Kaufmannes David Lewenstein (1804-1881), nach Oldenburg. Hier besuchte er von 1884 bis 1893 mit Erfolg das Großherzogliche Gymnasium, daran schloß sich von 1893 bis 1897 das Studium der Rechts- und

Staatswissenschaften sowie der Volkswirtschaft in Lausanne, Bonn, München und Berlin an. In München freundete sich K. mit Thomas Mann an. Nach einjährigem Militärdienst begann 1898 seine Referendarzeit in Oldenburg. Erste kommunalpolitische Erfahrungen sammelte er in Delmenhorst, 1900 vertrat er den erkrankten Bürgermeister bereits einige Wochen im Sommer. Im Frühjahr 1901 wurde er zum Bürgermeister gewählt, mit 26 Jahren ein außergewöhnlich junges Stadtoberhaupt. Sein Assessorexamen legte er im Jahr darauf ab. K. hatte maßgeblichen Anteil an der raschen Entwicklung der aufstrebenden Industriestadt an der Delme. 1928 ernannte ihn Delmenhorst für seine Verdienste als Bürgermeister zum Ehrenbürger. Von 1902 bis 1909 gehörte er als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung dem Oldenburger Landtag an. Gleichwohl stand noch die Laufbahn eines Kommunalbeamten im Vordergrund seines Interesses. 1909 wechselte K. auf die Position des Bremerhavener Stadtdirektors. Auch hier erwarb er sich mit seiner Leistung und Sachkenntnis viel Anerkennung. Von 1911 bis 1913 saß K. in der Bremischen Bürgerschaft. Im Herbst 1913 wurde er zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt. Durch dieses Amt gehörte er gleichzeitig dem Preußischen Herrenhaus an. Außerdem wirkte K. im hessischen Kommunal- und Provinzialtag sowie in den Vorständen des Preußischen und des Deutschen Städtetages mit. Nach dem Kriegsausbruch 1914 erwies er sich als glänzender Organisator im Ernährungs- und Versorgungssektor. 1918 fungierte der linksliberale Politiker im Herrenhaus als Berichterstatter der Gesetzesvorlage zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen, für die er entschieden plädierte.
Nach der Novemberrevolution zählte er zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei in Kassel. Für die DDP wurde K. 1919 in die Nationalversammlung gewählt, in deren Verfassungskommission er eine wichtige Rolle spielte. Sein reicher kommunalpolitischer und verwaltungsjuristischer Erfahrungsschatz verschafften den Beiträgen des gemäßigten Unitaristen Gewicht. Zentrale Anliegen waren für ihn die Reichsreform und die Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen. Auch als Reichsminister des Inneren in den Kabinetten Bauer, Müller und Fehrenbach von Oktober 1919 bis Mai 1921 widmete er sich besonders diesen Verfassungsfragen. Im Kabinett Müller (März bis Juni 1920) fungierte K. zusätzlich als Vizekanzler. Innerhalb der DDP gehörte K. bald zu den führenden Politikern. 1920 wurde er in den Reichstag gewählt, dem er bis 1930 ununterbrochen angehörte. Nach dem Ausscheiden aus dem Innenministerium eröffnete K. in Berlin eine Anwalts- und Notarpraxis. Im Januar 1924 stieg K. zum Vorsitzenden der DDP auf. Die eindeutige Mehrheit für den ehrgeizigen, mitunter bis zur Aggressivität aktiven und offensiven K. überraschte etwas. Er verstand es in den folgenden Jahren immer wieder, die Konflikte innerhalb der DDP auszugleichen und die sehr heterogene Partei zusammenzuhalten. K.s Führungsanspruch wurde lange Zeit von niemandem in der Partei bestritten. Im Dezember 1925 erhielt er von Reichspräsident Paul von Hindenburg den Auftrag zur Regierungsbildung. K. war gebunden an die Bildung einer Großen Koalition. Sie mißlang ihm, da die Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt nicht in die Regierung

eintreten wollten. Trotz dieses Scheiterns seiner möglichen Kanzlerschaft an der SPD hielt K. in der Folgezeit weiter an seinem Konzept fest: Klare Abgrenzung zu den Rechtsparteien und Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei. Er sah im Bündnis von Arbeiterschaft und Bürgertum die Grundlage zur Erhaltung der Demokratie. Von Juni 1928 bis April 1929 trat er erneut einem Kabinett bei: Er wurde Justizminister unter dem sozialdemokratischen Kanzler Müller. K. gab viele Reformanstöße, aber in der kurzen Zeit seiner Amtsausübung konnte er nur wenig umsetzen. Zudem nahm er eigene Vorschläge mehrfach zurück, um den Bestand der Großen Koalition nicht zu gefährden.
Trotz dieser Einschränkungen fand seine Ministertätigkeit ein positives Echo in der Öffentlichkeit. Ab Mitte 1929 wurde K., ein überzeugter Anhänger der Republik, in seinen Äußerungen zunehmend resignativ. Seine Kritik am Weimarer Regierungssystem, insbesondere der Rolle der Parteien, wuchs. Zudem fehlten auch ihm Konzepte, um den Niedergang des Liberalismus zu stoppen. Versuche der Sammlung der bürgerlichen Mitte blieben ohne Erfolg. Als im Juli 1930 Reichstagsneuwahlen für September 1930 angesetzt wurden, schloß K. mit einigen wenigen weiteren Demokraten die DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung des Jungdeutschen Ordens zur Deutschen Staatspartei zusammen. Die kaum vorbereitete und hastig vorgenommene Vereinigung teilte er erst nachträglich den Parteigremien der Demokraten mit. Sie folgten ihrem Vorsitzenden mit sichtlichem Unmut. Der Versuch K.s scheiterte: Die Deutsche Staatspartei erhielt nur 3,8 Prozent bei der Reichstagswahl. Schon bald zerbrach das Bündnis der ungleichen Partner. Im Oktober 1930 legte K. zunächst den Parteivorsitz, später auch sein Reichstagsmandat nieder. Erst 1932 griff er wieder in die politische Diskussion ein. Seine kritische Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik („Und dennoch aufwärts") war 1933 gerade erst erschienen, da wurde sie von den Nationalsozialisten verboten. Die Zulassung als Rechtsanwalt und Notar wurde K. wegen der jüdischen Herkunft seiner Mutter entzogen. Im November 1933 wanderte der erklärte Gegner des Nationalsozialismus nach Brasilien aus. Dort hatte er wesentlichen Anteil an der Entwicklung der deutschen Siedlung Rolandia in Nord-Paraná. Zu Beginn der vierziger Jahre verfaßte K. verschiedene Arbeiten zur Vergangenheit und Zukunft Deutschlands. Sie waren geprägt durch ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Parteien, deren Rolle er in seinen Verfassungsentwürfen stark beschnitt. Die Pläne sahen eine berufsständische Vertretung und eine Ausweitung der Kompetenzen des Reichspräsidenten in einem dezentralisierten Einheitsstaat vor. K.s Vorschläge wurden erst nach seinem Tode teilweise veröffentlicht.
K. war zweimal verheiratet, zunächst von 1903 bis 1923 mit Berta geb. Fortmann (1880-1923), Tochter des Oberlandesgerichtsrates August Fortmann (1846-1935), sowie von 1925 bis 1944 mit Dr. Irma geb. von Blanquet (1897-1970), Tochter des Generalleutnants Otto von Blanquet (1848-1913). Aus der ersten Ehe gingen vier Söhne und eine Tochter hervor, aus der zweiten zwei Söhne. Zwei Neffen K.s schlugen zeitweise ebenfalls die politische Laufbahn ein: Ekhard Koch (* 1902) war von 1953 bis 1955 oldenburgischer Verwaltungspräsident, zuvor Staatssekretär in Hannover, → Harald Koch (1907-1992) 1946 oldenburgischer Finanzminister, von 1947 bis 1949 hessischer Wirtschafts- und Verkehrsminister sowie von 1949 bis 1953 SPD-Bundestagsabgeordneter.

W:
Nachlaß im Bundesarchiv Koblenz; Die Lebensmittelversorgung im Großen Kriege, Kassel 1915; Die Umgestaltung der beiden Häuser des Landtages, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft des Deutschen Reiches, 42, 1918, S. 93-128; Die Aufgaben des Reichsamts des Innern, o. O. 1919; Einheitsstaat und Selbstverwaltung, Berlin o. J., mit dem Titel „Vom Kleinstaat zum Reich und zum großdeutschen Einheitsstaat", auch in: Anton Erkelenz (Hg.), Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928, S. 42-97; Die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern, Berlin/Karlsruhe/Düsseldorf 1929; Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit, Berlin 1929; Rußland von heute. Das Reisetagebuch eines Politikers, Dresden 1929[2]; Und dennoch aufwärts. Eine deutsche Nachkriegsbilanz, Berlin 1933; Hitler and beyond. A German Testament, New York 1945; (mit anderen) Kock- Koch - Koch-Weser. 400 Jahre Familiengeschichte, Bremerhaven 1990.
L:
NDB, Bd. 12, 1980, S. 280-281; Karl-Hermann

Beeck, Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus, Diss. phil. Köln 1957, MS; Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: dies., Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 31-97; Attila Chanady, Anton Erkelenz und Erich Koch-Weser. A Portrait of two German Democrats, in: Historical Studies, 12, Melbourne 1965-1967, S. 491-505; ders., Erich Koch-Weser und the Weimar Republic, in: Canadian Journal of History, 7, 1972, S. 51-63; ders., Erich Koch-Wesers politische Lehrjahre, in: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern, 61, 1982, S. 377-387; Erich Portner, Erich Koch-Wesers Verfassungsentwurf. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Emigration, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 14, 1966, S. 280-298; Günther Arns, Erich Koch-Wesers Aufzeichnungen vom 13. Februar 1919, ebd., 17, 1969, S. 96-115; Bremische Biographie 1912-1962, Bremen 1969, S. 283-285; Werner Stephan, Erich Koch-Weser - Schicksalsfigur der Weimarer Republik, in: liberal, 13, 1971, S. 907-914; ders., Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973; ders., Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983; Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972; Wolfgang Hofmann, Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890-1933, Stuttgart 1974; Harald Schieckel, Reichsminister Erich Koch-Weser und Staatsminister Hermann Scheer als Nachkommen der oldenburgischen Schutzjudenfamilie Löwenstein, in: Genealogie, 12, 1975, S. 518-520; Jürgen C. Heß, Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978; Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930, München 1978; Ludwig Luckemeyer, Erich Koch-Weser, in: ders., Kasseler Liberale in zwei Jahrhunderten. Festschrift anläßlich der 60. Wiederkehr des Tages der Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel Erich Koch-Weser zum Mitglied der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, Kassel 1979, S. 39-44; Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, bearb. von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München 1980, S. 376; Harry Gabcke, Erich Koch-Weser 1875-1944. Kommunalpolitiker, Reichsminister, Vizekanzler (Festrede zum hundertjährigen Geburtstag Erich Koch-Wesers am 26. Februar 1975), Bremerhaven 1986; Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, hg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, München 1988, S. 186-187; Gerhard Papke, Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989 (W).

Ulrich Suttka

Kohl, Dietrich, Dr. phil., Lehrer, Stadtarchivar und Historiker, * 12. 11. 1861 Emden, † 10. 11. 1943 Wiesbaden.

K. war der Sohn des Emdener Apothekers Johann Georg Kohl (8. 3. 1808 - 21. 12. 1870) und dessen Ehefrau Luise Margarethe geb. Büsing (6. 11. 1828 - 11. 2. 1900). Er besuchte von 1871 bis 1882 das Gymnasium in Oldenburg und studierte zuerst Naturwissenschaften, dann aber Geschichte und Germanistik an den Universitäten Marburg, München und Halle. 1887 promovierte er mit einer historischen Untersuchung in Halle und legte im folgenden Jahr die Lehramtsprüfung ab. Nach einem Probejahr am Lyceum in Hannover bekam er 1890 eine Hilfslehrerstelle an der Städtischen Oberrealschule in Oldenburg und wurde 1892 als ordentli-

cher Lehrer angestellt. 1895 wurde er zum Oberlehrer ernannt und erhielt 1906 den Titel Professor. Wegen zunehmender Schwerhörigkeit ließ er sich 1923 vorzeitig in den Ruhestand versetzen.

Seit Mitte der 1890er Jahre betrieb K. ausgedehnte archivalische Studien im Haus- und Zentralarchiv, die zunächst nur der Vertiefung seines streng wissenschaftlich orientierten und vom akademischen Vortragsstil geprägten Unterrichts dienten. Sie bekamen jedoch schon nach wenigen Jahren ein Eigengewicht, als sich K. mit wachsender Intensität der Erforschung der Stadtgeschichte Oldenburgs zuwandte und dabei die ungeordneten und vernachlässigten städtischen Akten auf dem Dachboden des Rathauses aufstöberte. Auf sein Drängen beschloß der Magistrat 1903 die Errichtung eines eigenen Stadtarchivs, das K. nebenamtlich verwaltete und dessen Bestände er in mühsamer Kleinarbeit nach dem Herkunftsprinzip ordnete. Die dabei erworbenen Kenntnisse verwertete er in zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen zur Geschichte der Stadt, die hauptsächlich im Oldenburger Jahrbuch erschienen, sowie in einer Vielzahl populär gehaltener Artikel, die er für die Nachrichten für Stadt und Land, den Generalanzeiger und die Weserzeitung schrieb. 1914 gab er eine sorgfältige und gediegene Edition der städtischen Urkunden bis 1534 heraus. Daneben beschäftigte sich K. mit einzelnen Aspekten der Landesgeschichte sowie mit der Schiffahrts- und Handelsgeschichte des 16. Jahrhunderts. Seit 1907 war er Mitherausgeber der „Bau- und Kunstdenkmäler des Herzogtums Oldenburg", für deren letzte zwei Bände er den allgemeinen historischen Einleitungsteil verfaßte. Nach dem Ersten Weltkrieg unternahm K. den Versuch, seine Einzelforschungen mit einer zusammenfassenden Darstellung abzuschließen. 1925 legte er den ersten Band einer Stadtgeschichte Oldenburgs vor, der aber nur eine längsschnittartige Untersuchung der Stadtkörperentwicklung enthielt und keine Fortsetzung fand. Da K. sich seinen Forschungen viele Jahre lang nur nebenamtlich widmen konnte und zudem durch den Aufbau des Stadtarchivs stark beansprucht wurde, fehlte ihm anfangs die Zeit, später wohl auch die Kraft für die Synthese. Im Alter von 70 Jahren legte K. 1931 die Leitung des Stadtarchivs nieder und übersiedelte nach Wiesbaden, wo er 1943 starb.

K. war seit 1906 verheiratet mit Anna geb. Noell (* 16. 5. 1883), der Tochter des Eisenbahnbaurats Heinrich N. und der Bertha geb. Becker.

W:
Die Politik Kursachsens während des Interregnums und der Kaiserwahl 1612, Diss. phil. Halle 1887; Das staatsrechtliche Verhältnis der Grafschaft Oldenburg zum Reiche im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts, in: OJb, 9, 1900, S. 103-135; Forschungen zur Verfassungsgeschichte der Stadt Oldenburg, Teil 1, ebd., 10, 1901, S. 95-132; Teil 2, ebd., 11, 1902, S. 7-82; Teil 3, ebd., 12, 1903, S. 20-67; Das älteste Oldenburger Stadtbuch, ebd., 14, 1905, S. 120-124; Materialien zur Geschichte der oldenburgischen Seeschiffahrt, ebd., 16, 1908, S. 178-192; Urkundenbuch der Stadt Oldenburg, Oldenburg 1914; Studien zur Geschichte des geistigen Lebens in der Stadt Oldenburg, Oldenburg 1924; Geschichte des Oldenburger Landes, Bremen 1925; Geschichte der Stadt Oldenburg, 1. Teil: Der Stadtkörper, Oldenburg 1925; Die ersten Reichswahlen in Oldenburg (1848) in: OJb, 29, 1925, S. 216-231; Das Oldenburger Stadtrecht, ebd., 34, 1930, S. 55-65; Das ältere Verfassungsrecht der südoldenburgischen Städte, in: Nds. Jb., 9, 1932.
L:
Hermann Lübbing, Dr. Dietrich Kohl. Sein Werdegang und seine Forschungen, in: OJb, 41, 1937, S. V-VIII (W).

Hans Friedl

Kohli, Ludwig Adolf Friedrich, Archivsekretär, * 25. 2. 1769 Plate/Fürstentum Lüneburg, † 17. 9. 1838 Oldenburg.

Der Predigersohn erhielt nach dem frühen Tod des Vaters einen Freiplatz an der Ritterakademie in Lüneburg und ging 1789 an die Universität Göttingen, wo er Theologie studierte. Nach Beendigung des Studiums wurde er Hauslehrer bei einer mecklenburgischen Gutsbesitzerfamilie und ab 1800 Hofmeister eines jungen Studenten, den er nach Göttingen begleitete. K. nutzte die Gelegenheit, um juristische Vorlesungen zu hören. 1802 kehrte er nach Mecklenburg zurück, legte in Güstrow das juristische Examen ab und mußte danach zunächst die Stelle eines Vorlesers bei dem mecklenburgischen Kammerherrn von Lehsten annehmen. 1805 erhielt er endlich eine Anstellung als Kanzleisekretär in Lübeck. Nach einer kurzen Tätigkeit als Sekretär des Grafen Rantzau-Breitenburg trat er im Juli 1815 in den oldenburgischen Staatsdienst und wurde zum Amtsauditor in Ganderkesee ernannt. Am 18. 10. 1817 wurde K. Archivsekretär in Oldenburg und übernahm die Leitung des Landes- bzw. Provinzialarchivs, die er bis zu seinem

Tode innehatte. Neben mehreren Zeitschriftenaufsätzen veröffentlichte er ein statistisches Handbuch des Herzogtums, das auf den Erhebungen von 1816 sowie 1821 beruhte und als Materialsammlung heute noch nützlich ist.
K. heiratete am 30. 12. 1817 Christine Friederike geb. Bra(a)se (ca. 1776 - 20. 11. 1832), die Witwe des Pastors Friedrich Christoph Butze in Leveste; die Ehe blieb kinderlos.

W:
Handbuch einer historisch-statistisch-geographischen Beschreibung des Herzogtums Oldenburg samt der Erbherrschaft Jever und den beiden Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld, 2 Bde., Bremen 1824-1826, Oldenburg 1844[2].
L:
Neuer Nekrolog der Deutschen, 16, 1838, S. 828-830, gleichlautend in: Oldenburgische Blätter, 1839, S. 330-332.

Hans Friedl

Kölbel, Carl Rudolph, Hof-Graveur und Modelleur, * 26. 4. 1826 Berlin, † 7. 1. 1910 Oldenburg.
Der Sohn des Gold- und Silberwaren-Fabrikanten Carl Borromäus Kölbel trat im Alter von 14 Jahren als Schüler in das Berliner Atelier des Medailleurs Professor Karl Fischer (1802-1865) ein, der als einer der besten Medailleure seiner Zeit galt; zu seinen Schülern zählten neben K. auch die berühmten Medailleure Kullrich, Schnitzspahn und Weigand. Bis zu seinem 20. Lebensjahr blieb K. in diesem Atelier und erhielt gleichzeitig Unterricht an der Königlichen Kunstakademie. 1850 unternahm er eine kleine Vergnügungsreise und besuchte Minden und Bückeburg. In der Residenzstadt Bückeburg wurde er mit der fürstlichen Familie bekannt, für die er über ein Jahr arbeitete und Glasrelief-Bildnisse mit den fürstlichen Familien-Portraits modellierte. Auf Empfehlung des Fürsten ging K. im Herbst 1851 nach Oldenburg, wo er zunächst für den Hof arbeitete. Allgemein beliebt und besonders geschätzt von Großherzog → Nikolaus Friedrich Peter (1827-1900) wurde K. 1857 zum Hof-Graveur und Modelleur ernannt. In den folgenden Jahren schuf er zahlreiche Medaillen in Gold, Silber und Bronze für den Hof und für private Auftraggeber in Oldenburg, dazu Glasrelief-Bildnisse sowie mehrere vollplastische Büsten des Großherzogs → Paul Friedrich August (1783-1853) und des Oberkammerherrn → Alexander von Rennenkampff (1783-1854). Alle Arten von Metallgravierungen beherrschte er ebenfalls. Er fertigte die Poststempel von Apen, Zetel, Edewecht und Oldenburg an. Bei der Gestaltung seiner Medaillen bevorzugte er die klassizistische Stilrichtung. Seine Stärke waren die Portraits. Die Verdienstmedaille für den Kammerdiener Wilkens (1853), die auf der Vorderseite das Portrait des verstorbenen Großherzogs Paul Friedrich August zeigt, entstand in Zusammenarbeit mit seinem Lehrer Karl Fischer. Für die Ehrenmedaille zum 50jährigen Bestehen der Oldenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft (1868) wurde die Rückseite nach einer Zeichnung von → Arthur Fitger (1840-1909) gestaltet. K. schuf im Laufe seiner Tätigkeit die Medaille für Wissenschaft und Kunst sowie zahlreiche Jubiläumsmedaillen. Er besaß eine bedeutende Sammlung historisch und künstlerisch wertvoller Bronzemedaillen, tausende Medaillons- und Medaillen-Gipsabgüsse sowie zahlreiche Siegelabdrücke.

L:
Rudolph Kölbel, Eigenhändiger Lebenslauf, Stadtmuseum Oldenburg; Elfriede Heinemeyer, Portraitrelief von R. Kölbel, in: Nordwest-Zeitung, 6. 5. 1976.

Eilert E. Viet

Kollmann, Paul, Dr. phil, Dr. rer. pol. h.c., Vorstand des Statistischen Bureaus, * 10. 3. 1842 Lübeck, † 9. 1. 1915 Dresden.
Der Sohn des Lübecker Amtsrichters Dr. iur. Johannes Kollmann (1804-1878) und der Charlotte Amalie Luise Mathilde geb. von Borries (1819-1883) besuchte von 1847

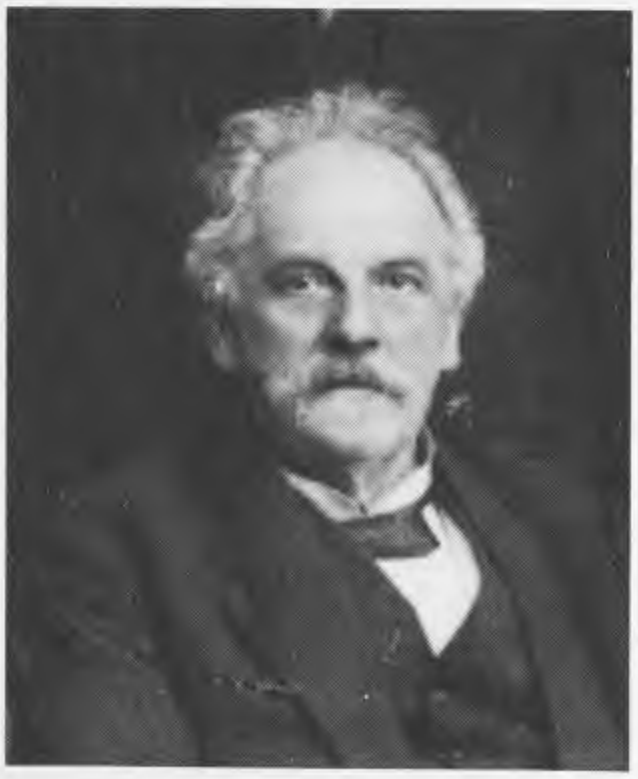
bis 1859 das Katharineum und war anschließend bis 1864 beim Stadt-Postamt in Lübeck tätig. Ab 1865 studierte er in Jena Nationalökonomie und Statistik und promovierte 1867. Während einer einjährigen Reise durch Frankreich und Belgien arbeitete er zeitweise in Brüssel im Statistischen Bureau. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er vom Frühjahr 1869 bis zum Frühjahr 1871 als Sekretär beim Statistischen Bureau vereinigter thüringischer Staaten in Jena angestellt, das von seinem früheren Lehrer Professor Hildebrand geleitet wurde. Anschließend wechselte er zum Statistischen Bureau der Steuerdeputation in Hamburg, von wo aus er sich um die freigewordene Stelle des Vorstandes des Statistischen Bureaus in Oldenburg bewarb, die er am 1. 10. 1872 antrat. In den folgenden dreißig Jahren verfaßte K. zahlreiche statistische Schriften über das Großherzogtum Oldenburg und gab von 1872 bis 1905 die „Statistischen Nachrichten über das Großherzogtum Oldenburg" heraus. Seine wichtigsten Veröffentlichungen sind die statistischen Beschreibungen der wirtschaftlichen Entwicklung Oldenburgs aus den Jahren 1878 und 1893. K. war außerdem mit einem Gutachten an der Gründung der Bodencredit-Anstalt in Oldenburg im Jahre 1893 beteiligt. Für seine Arbeiten verlieh ihm die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen 1898 die Ehrendoktorwürde. Am 1. 4. 1903 trat K. in den Ruhestand. Er zog später nach Dresden, wo er mehrere Untersuchungen zur Bedeutung der Statistik und zu verschiedenen Lebensbereichen in Sachsen verfaßte.
K. war verheiratet mit Magdalena Julie Auguste geb. von Döring.

W:
Armenwesen und Armengesetzgebung in den europäischen Staaten, Berlin 1870; Die Vertheilung des Bodens und Viehbestandes im Herzogthum Oldenburg, Oldenburg 1874; Das Herzogthum Oldenburg in seiner wirthschaftlichen Entwicklung während der letzten fünfundzwanzig Jahre, Oldenburg 1878; Die Kommunalbelastung im Großherzogthum Oldenburg, Stuttgart 1884; Die Errichtung einer Landeskultur-Rentenbank im Herzogthum Oldenburg, Oldenburg 1881; Das Herzogthum Oldenburg in seiner wirthschaftlichen Entwicklung während der letzten vierzig Jahre, Oldenburg 1893; Statistische Beschreibung der Gemeinden des Herzogthums Oldenburg, Oldenburg 1897; Statistische Beschreibung der Gemeinden des Fürstenthums Lübeck, Oldenburg 1901.
L:
Eugen Würzburger, Paul Kollmann, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 9, H. 4, o. J., S. 734 ff. (W); Konrad Theiss, 150 Jahre Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen, Stuttgart 1984.

Thorsten Mack

König, Bernhard Josef, Apotheker und Politiker, * 6. 7. 1847 Löningen, † 13. 5. 1926 Löningen.
Die Familie König (Koninck) war ursprünglich in Emden ansässig und kam um 1724 mit dem Wundarzt Bernardus Koninck (1704-1753) nach Cloppenburg. Bernhard K. war der zweite Sohn des Löninger Apothekers Hermann König und dessen Ehefrau Sophie geb. Weglage. Er besuchte das Gymnasium in Meppen und studierte anschließend Pharmazie an der Universität Leipzig. Nach einer zweijährigen Gehilfenzeit an Berliner Apotheken übernahm er 1883 die väterliche Apotheke in Löningen, die dem Junggesellen genügend Zeit ließ für eine vielseitige und umfangreiche Tätigkeit in der Kommunal- und Landespolitik. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Spar- und Darlehenskasse in

Löningen und war seit 1887 Mitglied des Gemeinderats, später auch des Amtsvorstandes des Amtes Cloppenburg. Um sich ganz der Politik widmen zu können, verkaufte er 1907 die Apotheke und übernahm die Leitung der örtlichen Gasanstalt. Von 1911 bis 1923 war er Mitglied des



Landtags und schloß sich der Zentrumsfraktion an, deren Vorsitzender er zeitweilig war. Daneben war er Mitglied des Staatsgerichtshofes und der Staatsbankdirektion. Als Abgeordneter setzte er sich besonders für die Regulierung der Hase, für die Errichtung der Überlandzentrale und für den Ausbau der Landwirtschaftsschulen ein. Er spielte auch eine aktive Rolle in der Heimatbewegung und förderte die Gründung des Cloppenburger Heimatmuseums, dem er seine umfangreiche kulturhistorische Sammlung schenkte. Daneben war er ein engagiertes Mitglied des Oldenburger Landesvereins für Altertumskunde und Landesgeschichte.

L:
Heinrich Ottenjann, Das Museumsdorf in Cloppenburg, Oldenburg 1944; Kurt Schmükker, Parlamentarier aus Löningen, in: 1150 Jahre Löningen. 882-1972, Löningen 1972, S. 139-142; Deutsche Apothekerbiographie, Bd. 1, 1975, S. 334.

Hans Friedl

Königer, Peter Friedrich Rudolf, Oberbürgermeister, * 10. 6. 1879 Oldenburg, † 31. 10. 1954 Oldenburg.
Der Sohn des praktischen Arztes Heinrich Königer und dessen Frau Johanne geb. Jühren besuchte das Gymnasium in Oldenburg und studierte Jura in München, Göttingen, Leipzig und Berlin. Als Referendar trat er am 2. 10. 1905 in die Delmenhorster Stadtverwaltung ein, in der er schon bald den damaligen Bürgermeister → Erich Koch(-Weser) (1875-1944) während dessen Abwesenheit vertreten durfte. Im September 1907 wurde K. zum Stadtsyndikus gewählt. Vom 2. 8. 1914 bis zu seiner Verwundung am 31. 5. 1916 kämpfte er als Hauptmann der Artillerie an der Westfront, wurde danach bis zum Dezember 1917 auf Reklamation zur dienstlichen Verwendung beim Delmenhorster Stadtrat vom Heeresdienst zurückgestellt und erlebte das letzte Kriegsjahr im Gouvernement Riga. In die Heimat zurückgekehrt, schuf er sich als Bürgermeister und Oberbürgermeister von Delmenhorst (1919-1933) rasch eine geachtete Stellung. Dank seiner geschickten Führung, seiner großen Arbeitskraft sowie seiner Gabe, „fertig zu werden", gelang es ihm nicht nur, die politischen Gegensätze in der städtischen Verwaltung zu mildern oder zu überbrücken, sondern außerdem, trotz Inflation und Weltwirtschaftskrise, eine Fülle von Aufgaben auf allen Gebieten der kommunalen Selbstverwaltung zu bewältigen. Vorrangig wurde dabei unter K. anstelle des Armenwesens alter Art die zeitgemäße Fürsorge für Alkoholiker, Säuglinge, Kleinkinder und kinderreiche Familien in einem Maße ausgebaut bzw. neu eingerichtet, wie es nur in wenigen anderen Gemeinden des Freistaats Oldenburg während der Weimarer Republik gelang und wie es seit der Vereinigung von engerer Stadt und Stadtgemeinde Delmenhorst (1929) mehr denn je not tat. Im Zusammenhang damit erhielt der soziale Wohnungsbau durch K. ebenfalls kräftige Impulse, indem er verstärkt die Errichtung von kleinen Eigenheimen förderte. Darüber vergaß er keineswegs die zukünftige Entwicklung; er sicherte Delmenhorst durch eine kluge Bodenerwerbspolitik das nötige Gelände für eine weitere Ausdehnung (Siedlung Düsternort) und sorgte für die Verbesserung der Infrastruktur (Einrichtung der Kleinbahn Delmenhorst-Harpstedt und der Bahnverbindung Delmenhorst-Lemwerder) sowie für die Förderung der öffentlichen Bautätigkeit (Rathaus, Wasserwerk, städtisches Krankenhaus). Er bemühte sich besonders um die

Gründung der Delmenhorster Sparkasse, die sich unter seiner Mitarbeit bald zu einem angesehenen Geldinstitut entwikkelte. Daß selbst die Nationalsozialisten einen so angesehenen Kommunalbeamten nicht einfach abzusetzen wagten, wollten sie keine für sie im Augenblick unbequemen Fragen provozieren, zeigten die Umstände, die zu K.s Zwangspensionierung führten. Immerhin stellte ihn Reichsstatthalter → Carl Röver (1889-1942) erst am 30. 6. 1933 auf Vorschlag des Staatskommissars Dr. Müller zur Disposition. Bis Kriegsende lebte K. dann in Hamburg. Am 1. 9. 1945 wurde er Präsident der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen und trat am 31. 3. 1952 endgültig in den Ruhestand. Nebenamtlich war K. der erste Präsident des Landesverwaltungsgerichts Oldenburg (1946-1948). In Anerkennung seiner Verdienste zeichnete die Bundesrepublik Deutschland den Ehrenbürger der Stadt Delmenhorst (4. 6. 1951) im Mai 1952 mit dem Verdienstkreuz des Verdienstordens aus.

L:
Edgar Grundig, Geschichte der Stadt Delmenhorst, 4 Bde., Delmenhorst 1953-1960,Typoskript LBO; Martin Sellmann, Entwicklung und Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Oldenburg, Oldenburg 1957.

Peter Haupt

Konrad I., Graf von Oldenburg, urkundlich bezeugt 1313-1347.
Konrad ist der erste Sohn Graf → Johanns II. von Oldenburg (bezeugt 1272-1315) aus dessen zweiter Ehe (mit Hedwig von Diepholz). Seit 1324 erscheint er neben seinem älteren Halbbruder → Johann III. (bezeugt 1302-1342) als Mitaussteller gräflicher Urkunden; bis 1342 tritt er in wichtigen Geschäften und Aktionen (Erwerb von Elmendorf im Ammerland durch Gütertausch 1331; Fehde mit Rüstringen 1337) gemeinsam mit ihm auf. Danach agiert er allein bzw. - seit 1345 - an erster Stelle vor seinem Neffen → Johann IV. († 1356). So hat die damals kleine Stadt Oldenburg ihm die Verleihung des Bremer Stadtrechts zu verdanken (6. 1. 1345): eine Begnadung, die Oldenburg als Markt für auswärtige Kaufleute attraktiver machen und damit auch - u. a. über höhere Zolleinnahmen - dem Grafen ökonomisch zugute kommen sollte. Ein wesentlicher Teil des Stadtoldenburger Freiheitsprivilegs gilt freilich der städtischen Einbindung in die landesherrliche Autorität (u. a. Verbot einer städtischen Bündnispolitik). Konrad suchte - mit dauerhaftem Erfolg - die Stadtfreiheit in engen Grenzen zu halten.
Verwandtschaftliche Loyalität zog den Grafen in einige Fehden hinein; so konnte er dem Erzbischof → Otto von Bremen († 1348), seinem Onkel, 1346 die Burg Wildeshausen von ihrem abtrünnig gewordenen Vogt zurückgewinnen.
Konrad war verheiratet mit Ingeborg, Tochter des Grafen Gerhard von Holstein.

L:
OUB, Bd. 1 und 2; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911; ders., Der Gütertausch der Herren von Elmendorf, in: OJb, 11, 1903, S. 83-92; Dietrich Kohl, Das Oldenburger Stadtrecht, in: OJb, 34, 1930, S. 5-66.

Heinrich Schmidt

Konrad II., Graf von Oldenburg, erstmals urkundlich bezeugt 1342, † 1401.
In der Nachfolge seines Vaters, Graf → Konrads I. (bezeugt 1313-1347) - seine Mutter war dessen Ehefrau Ingeborg, Tochter des Grafen Gerhard von Holstein - rückte Konrad II. wohl 1347, an der Seite seines älteren Vetters, Graf → Johanns IV. († 1356), in die Teilhabe an der oldenburgischen Landesherrschaft ein. Nach Johanns Tode regierte er zunächst allein - freilich in enger Verbindung mit dem (seit 1344) Bremer Domdekan → Moritz von Oldenburg (†

1368), einem Bruder seines Vaters. Für ihn engagierte sich Konrad 1350 auch militärisch, nachdem Moritz 1348 von einer Mehrheit des Bremer Domkapitels zum Erzbischof gewählt worden war. Gegen den vom Papst bestätigten Konkurrenten Gottfried von Arnsberg ließ sich indes nur ein Kompromiß erreichen; er schrieb Moritz immerhin - bei Verzicht auf die erzbischöfliche Würde - die Herrschaftsadministration im Erzstift Bremen zu.
Als sich der Domdekan seit 1360 mit Gottfrieds Nachfolger Albert II. auseinanderzusetzen hatte, fand er wiederum Rückhalt bei seinem Oldenburger Neffen. Der Erzbischof konnte zwar im Mai 1366, dank eines vorwiegend von Handwerkern getragenen Bürgeraufruhrs, die Stadt Bremen gewinnen; doch gelang es Konrad schon einige Wochen später, die bremischen Machtverhältnisse wieder zugunsten seines Onkels umzukehren, den vertriebenen, oldenburg-freundlichen Rat in seine alte Autorität zurückzuführen und dem Domdekan die verlorene Herrschaftsposition im Erzstift wieder zu verschaffen. Einige Zeit später (wohl 1368) veranlaßte Erzbischof Albert Konrads jüngeren Bruder → Christian V. (bezeugt 1342, 1399), auf eine geistliche Karriere - er war Domherr in Köln - zu verzichten und sich in die Mitregierung der Grafschaft einzudrängen. Konrad konnte sie ihm nicht grundsätzlich versagen, wußte sich jedoch - bei mannigfachen Querelen - in der beherrschenden Stellung zu behaupten.
Während seiner vergleichsweise langen Regierungszeit trat das oldenburgische Streben nach Herrschaftsexpansion in den friesischen Bereich hinein deutlicher und kontinuierlicher als zuvor zutage. 1386 mußten die Häuptlinge und Kirchspielsleute von Varel dem Grafen Treue geloben: der Anfang oldenburgischer Machtpräsenz auf der Friesischen Wehde. In der friesischen Wesermarsch verband sich das Interesse der Oldenburger - hier zunächst eher auf Einschüchterung und Beute als auf dauerhafte Herrschaft gerichtet - mit dem Willen der Stadt Bremen, die freie Schiffahrt auf der Weser gegen friesische Übergriffe zu sichern. Der bremisch-oldenburgische Kriegszug, den der Domdekan Moritz von Oldenburg 1368 nach Butjadingen führte, endete freilich in der katastrophalen Niederlage von Coldewärf (bei Atens); zu den vielen von den Friesen Erschlagenen gehörten Moritz selbst, Konrads Bruder Gerhard, sein Vetter Christian (einer der Brüder Johanns IV.) und Graf Konrad von Oldenburg-Neubruchhausen. Konrad II. - am Fiasko von Coldewärf nicht beteiligt - scheiterte mit einem Rachezug 1369 und noch einmal, nach dem „Chronicon Rastedense“ wohl 1385, gemeinsam mit seinem Bruder Christian V. gegen die Butjadinger Friesen. Indes gehörte er 1384, im Bunde mit der Stadt Bremen und → Edo Wiemken d. Ä. (bezeugt 1382, † zwischen 1414 und 1416) von Rüstringen, zu den Siegern über den Stadländer Häuptling → Husseko Hayen (bezeugt 1367, 1384) und seine Freunde. So half er, Bremens Stellung an der Unterweser zu stärken. 1395 und in den Jahren danach hat der Graf dann allerdings vorübergehend selbst, nach friesischer Häuptlingsmanier, Seeräubern, „Vitalienbrüdern“, in Oldenburg Unterschlupf geboten. Ein unehelicher Sohn Konrads gehörte zu den Anführern der „vyttalyenbrodere“, die im Mai 1400 namens der Hanse zu Emden enthauptet wurden.
Der insgesamt noch spröden Quellenlage läßt sich ein scharf konturiertes Bild Konrads II., seiner Wesensart, seiner Herrschaftsauffassung nicht abgewinnen. Offensichtlich regierte er lieber allein als zusammen mit seinem Bruder, lag ihm also mehr daran, Macht auf sich zu konzentrieren als sie zu teilen. Die Qualität, das Ansehen seiner Residenz Oldenburg suchte er 1374 durch Umwandlung der Pfarrkirche St. Lamberti in ein Kollegiatstift zu steigern. Der Stiftungsvorgang - an dem Christian V. beteiligt war - gab dem Oldenburger Grafenhause ein neues sakrales Zentrum, bedeutet aber nicht zugleich, daß Konrad auch an Förderung der Stadt Oldenburg besonders gelegen habe. Sein Verhältnis zur Bürgerschaft war vielmehr, wenigstens zeitweise, gespannt bis feindselig.
Konrad II. von Oldenburg war verheiratet mit Kunigunde von Diepholz. Ein älterer Sohn Johann hat ihn offenbar nicht überlebt; so wurde der jüngere Sohn → Moritz II. († 1420) sein Herrschaftserbe. Ein illegitimer Sohn Konrads II., Johannes, „mines heren sone“, erscheint als erster Rektor der von Christian V. in Oldenburg gestifteten Johannes-Kapelle.

L:
OUB, Bd. 2, Hermann Lübbing (Bearb.), Die

Rasteder Chronik (1059-1477), Oldenburg 1976; Gustav Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911; Hans Hanken, Das Kollegiatstift zu Oldenburg, Oldenburg 1959; Albrecht Graf Finck von Finckenstein, Die Geschichte Butjadingens und des Stadlandes bis 1514, Oldenburg 1975; Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 1, Hamburg 1985[2].

Heinrich Schmidt

Koopmann, Andreas Hermann Hinrich, Fleischwarenfabrikant, * 4. 1. 1863 Brake, † 4. 11. 1936 Bad Zwischenahn.

Nach der Lehr- und Wanderzeit als Fleischer arbeitete der Sohn des Fleischermeisters und Viehkaufmanns Andreas Koopmann seit 1882 als Erstgeselle in Berlin. Aus den bescheidenen Anfängen des Jahres 1888, in dem K. dort mit seinem Fleischer-Fachgeschäft den Grundstein für die spätere „Erste Zwischenahner Fleischwaren- und Fleischkonserven-Fabrik" legte, wagte er 1894 den Sprung in größere Dimensionen und siedelte mit seinem Unternehmen nach Zwischenahn über. Denn ohne die Verlegung in das Viehproduktionsgebiet Ammerland, das den heimatverbundenen K. auch in der Fremde aus seiner Mastschweinzucht belieferte, schien ihm die notwendig gewordene Betriebsvergrößerung nicht ratsam. Tatkräftig bei der Geschäftsführung von seiner Frau Aline geb. Schulz unterstützt, die ihrem Mann drei Söhne schenkte, konnte K. in der Folgezeit trotz wirtschaftlicher Rückschläge den Aufstieg seiner Fleischfabrik zu einem angesehenen, leistungsstarken Spitzenunternehmen seiner Branche sicherstellen. Der Reichsverband der deutschen Feinkostkaufleute ernannte ihn 1930 in Anerkennung seiner Verdienste zu seinem Ehrenmitglied. K. gehörte zu den Unternehmern, die schon damals die Sozialpflichtigkeit des Eigentums bejahten (u. a. bezahlter Urlaub für verheiratete Mitarbeiter). Auf der großen Gewerbeausstellung von 1905 in Oldenburg präsentierte er seine Produkte in einem ammerschen Bauernhaus, das er eigens dafür erworben hatte, und wurde für die Leistungsfähigkeit seiner Fabrik mit der „Staatsmedaille" und mit der „Goldenen Medaille" ausgezeichnet. Der Anklang, den diese Ausstellungsidee fand, bewog K. vier Jahre später, gemeinsam mit → Bernhard Winter (1871-1964), → Heinrich Sandstede (1859-1951) und Wilhelm Gleimius (1857-1950) das Freilichtmuseum „Ammerländer Bauernhaus" in Zwischenahn aufzubauen.

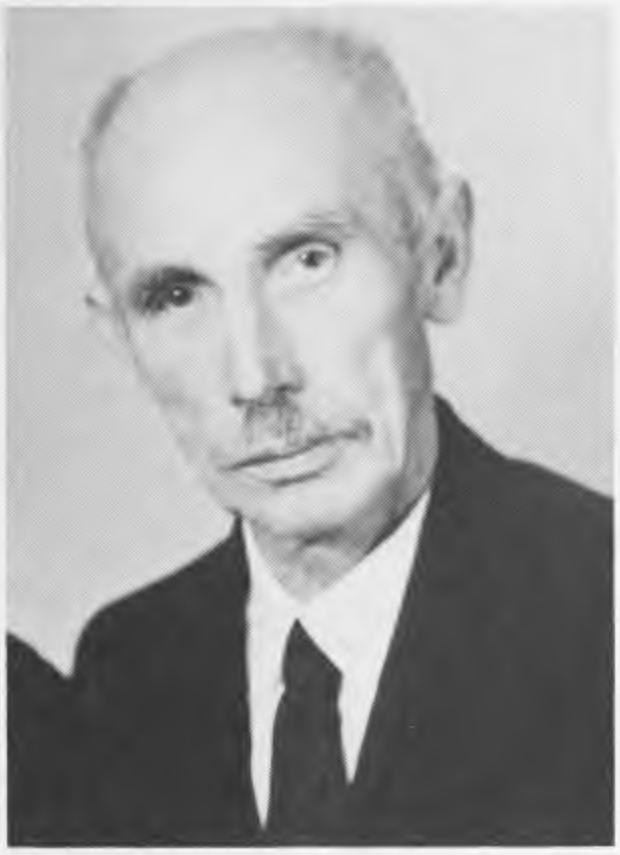
L:
OHK, 1938, S. 50-51; Georg Meyer, Chronik der Gemeinde Zwischenahn, Westerstede 1956; 75 Jahre Firma Andreas Koopmann, Bad Zwischenahn 1963; Wilhelm Bruns u. a. (Hg.), Heimatchronik des Kreises Ammerland, Köln 1975.

Peter Haupt

Korte, August Christian Friedrich, Dr. phil., Oberschulrat, * 10. 10. 1872 Allerdorf, † 17. 10. 1951 Oldenburg.

K. verbrachte seine Kindheit als Sohn des Volksschullehrers August Christoph Hermann Korte in einer Moorkolonie am Rande der Lüneburger Heide. Nach dem Besuch der Präparande und des Lehrerseminars in Diepholz trat er seine erste Lehrerstelle 1893 in Geestemünde an. 1894 wechselte der vielseitig begabte und interessierte junge Mann als Lehrer für Deutsch, Mathematik und Gesang an die Deutsche Schule in Neapel, wo er sich neben dem Schuldienst auf die Reifeprüfung vorbereitete, die er im Jahre 1900 als Externer am Gymnasium Berlin-Steglitz bestand. Von 1901 bis 1904 studierte K. Geschichte, Hebräisch und Theologie in Göttingen, wo er 1904 mit einer kirchenge-

schichtlichen Arbeit über die Konzilspolitik Karls V. promoviert wurde. Nach dem Staatsexamen 1905, in dem K. die Lehrbefähigung für Geschichte, Religion und Hebräisch nachwies, ging er als Oberlehrer an die Realschule in Delmenhorst, 1908 als Seminaroberlehrer nach Oldenburg. 1913 wurde er nach Varel versetzt, um dort das zweite evangelische Lehrerseminar des Landes aufzubauen. Am 1. 4. 1915 wurde er zum Seminardirektor ernannt. Der pflichtbewußte, manchmal sogar streng wirkende K. war kein Neuerer der Lehrerbildung, dazu waren ihm auch durch die



Zeitumstände und die übereinstimmenden Lehrpläne und Schulordnungen von Varel und Oldenburg zu enge Grenzen gesteckt, er bemühte sich jedoch um eine ruhige, stetige Anpassung an neue Verhältnisse. Er milderte die bis dahin straffe außerschulische Kontrolle der Seminaristen bis zur reinen Formsache ab und strebte im Lehrbetrieb einen neuen Ton zwischen Lehrern und Schülern an.
Nach dem Tode → Emil Künoldts (1850-1920) wurde K. 1920 Seminardirektor in Oldenburg. Obwohl der Abbau des Seminars zu diesem Zeitpunkt schon beschlossen war, setzte er sich für überfällige Lehrplankorrekturen, z. B. die Abschaffung der Übungsstunden für Schönschreiben, ein. Parallel zum Abbau des Seminars hatte K. die an dessen Stelle entstehende Aufbauschule, die spätere Deutsche Oberschule, zu verwalten. Auch nachdem er zum 1. 4. 1924 als Dezernent für das evangelische Volksschulwesen in das Evangelische Oberschulkollegium berufen worden war, behielt er diese Aufgaben bis 1926 bei.
Zu K.s Hauptleistungen als Dezernent zählen die Konsolidierung des Volksschulwesens nach der Reformphase in der Zeit der frühen Weimarer Republik und die Erarbeitung der neuen Lehrpläne für die evangelischen Volksschulen (1928). Seine schwierigste und ihn auch persönlich niederdrückende Aufgabe war die Organisation des Schulabbaus in der Weltwirtschaftskrise. Nach 1933 wurde der dienstlich stets korrekte K. aus seiner Dezernentenposition entfernt, wohl weil er als politisch unzuverlässig galt: Er hatte 1923 für die Deutsche Demokratische Partei für den Landtag kandidiert und war in der Endphase der Weimarer Republik für einige Zeit Mitglied des Christlich-Sozialen Volksdienstes gewesen, 1932 hatte K. die Dienstentfernung der Schulräte Schlüter und → Stukenberg (1878-1964) durch die nationalsozialistische Regierung kritisiert. Von 1934 bis zu seiner Pensionierung 1937 leitete er die Deutsche Oberschule, von 1941 bis 1945 verwaltete er infolge der Personalknappheit im Zweiten Weltkrieg noch einmal die Stelle eines Oberschulrats.
K. war seit dem 26. 2. 1915 mit Julie Franziska Wilhelmine geb. Oncken (9. 1. 1877 - 22. 4. 1963) verheiratet und hatte drei Söhne.

W:
Die Konzilspolitik Karls V. in den Jahren 1538-1543, Halle a. d. S. 1905.
L:
Geschichte der oldenburgischen Lehrerbildung, hg. von Wolfgang Schulenberg und Karl Steinhoff, 2 Bde., Oldenburg 1979 und 1985; Hilke Günther-Arndt, Geschichtsunterricht in Oldenburg 1900-1930, Oldenburg 1980; dies., Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930-1933, Oldenburg 1983.

Hilke Günther-Arndt

Kötteritz, Sebastian Friedrich von, Landdrost und Direktor des Geheimen Rats, * August 1623 Meißen, † 13. 8. 1666 Oldenburg.
K. war der Sohn des kurfürstlich-sächsischen Geheimen Rats Sebastian Friedrich

von Kötteritz († 29. 2. 1628) und dessen Ehefrau Dorothea Sophia geb. von Einsiedel, die wenige Wochen nach seiner Geburt starb. Er wuchs bei entfernten Verwandten auf und begann im Oktober 1639 seine Studien an der Universität Wittenberg, ging 1641 nach Jena, 1642 nach Leipzig und beendete schließlich seine weitgefächerte Ausbildung 1644 an der Universität Wittenberg. Im folgenden Jahr trat er in die Dienste des Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen, der ihn der sächsischen Gesandtschaft bei den Friedensverhandlungen in Osnabrück und Münster zuteilte. Seit 1646 arbeitete K. auch für den schwedischen Gesandten Johann von Oxenstierna, der ihn dem Grafen → Anton Günther von Oldenburg (1583-1667) empfahl, als dieser einen Hofmeister für seinen unehelichen Sohn suchte. 1649 trat K. in oldenburgische Dienste und begleitete von 1650 bis 1653 → Anton I. von Aldenburg (1633-1680) auf seiner großen Kavalierstour durch Deutschland, Italien, Frankreich, Holland und England. Nach seiner Rückkehr wurde K. am 1. 1. 1654 zum Rat ernannt und in den folgenden Jahren mit einer Reihe diplomatischer Sondermissionen betraut. Als Anton Günther 1656 zu seiner eigenen Entlastung einen Geheimen Rat einsetzte, gehörte auch K. diesem kleinen Gremium an, das als beratendes Organ für alle Regierungsangelegenheiten vorgesehen war, allerdings schon nach zwei Jahren seine Tätigkeit wieder einstellte. K. rückte danach rasch an die Spitze der oldenburgischen Verwaltung. 1657 wurde er Drost von Varel und Jade und drei Jahre später Landdrost von Oldenburg, der als oberster Beamter der Grafschaft praktisch die Stellung eines leitenden Ministers späterer Zeiten einnahm. Auf sein Drängen richtete Anton Günther 1663 den Geheimen Rat neu ein und bestellte K. zu dessen Direktor, der diese Position bis zu seinem Tode innehatte. Die Verbindung des Landdrostenamtes mit der Funktion eines Direktors des Geheimen Rats wirkte sich günstig aus und sicherte die Existenz dieses Gremiums, das als „Etatsrat" in der dänischen Zeit als oberstes Regierungskollegium weiterbestand.

K. war seit dem 24. 11. 1659 verheiratet mit Anna Catharina geb. von und zu Fráncking (3. 4. 1632 - 31. 8. 1677), der Tochter des jeverschen Regierungspräsidenten → Johann Sigismund von und zu Fráncking (1583-1663) und dessen erster Ehefrau Ottilia Catharina geb. von Veltheim (1603-1652).

L:
Matthias Cadovius, Christlicher Leich-Sermon ... des ... Sebastian Friedrich von Cötteritz Churfürstlich Sächsischer Rat wie auch Hochgräflich Oldenburgischen Geheimen Rats-Directori und Landdrost der Grafschaft Oldenburg, Oldenburg 1666; Johann Justus Winkelmann, Gedächtnis-Seule dem Weiland ... Herrn Sebastian Friedrich von Cötteritz ..., Oldenburg 1666; Harald Schieckel, Mitteldeutsche im Lande Oldenburg, Teil I, in: OJb, 64, 1965, Teil 1, S. 59-161; Hermann Lübbing, Graf Anton Günther von Oldenburg 1583-1667, Oldenburg 1967; Heinz-Joachim Schulze, Landesherr, Drost und Rat in Oldenburg, in: Nds. Jb., 32, 1960, S. 192-235; Dieter Rüdebusch, Die Kavalierstour Antons von Aldenburg in den Jahren 1650-1653, in: OJb, 67, 1968, S. 83-92.

Hans Friedl

Krahe, Bonaventura, Generalsuperintendent, * 5. 4. 1670 Meldorf, † 30. 1. 1709 Oldenburg.

Der Sohn des Meldorfer Predigers Christoph Krahe (1642-1688) und dessen Ehefrau Catharina Magdalena geb. Rehefeld besuchte die Schule in Hadersleben, wo sein Vater Propst geworden war, und studierte danach Theologie an den Universitäten Kiel und Altdorf. 1692 wurde er Feldprediger beim Regiment Royal Danois in Frankreich und zwei Jahre später dänischer Gesandtschaftsprediger in Paris. 1701 wurde er zum Generalsuperintendenten der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst sowie zum Hauptpastor an St. Lamberti in Oldenburg ernannt. Der häufig kränkelnde K. starb bereits acht Jahre später. Er war verheiratet mit Irmengard Sophie geb. Key; das Ehepaar hatte drei Kinder.

L:
Oldenburgische Blätter, 15. 11. 1836, S. 364; Johannes Ramsauer, Die Prediger des Herzogtums Oldenburg seit der Reformation bis 1903, Oldenburg 1909; Thomas Otto Achelius, Schleswiger als Prediger in der Grafschaft Oldenburg-Delmenhorst 1667-1777, in: OJb, 43, 1939, S. 45-51; Hugo Harms, Ereignisse und Gestalten der Geschichte der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg 1520-1920, Oldenburg 1966.

Hans Friedl

Krahnstöver, Max Heinrich Gustav Karl, Oberbürgermeister, * 18. 2. 1883 Oldenburg, † 4. 1. 1966 Oldenburg.
Der Sohn des Rechtsanwalts Heinrich Krahnstöver und dessen Frau Luise geb. Roth trat nach dem Jurastudium Anfang

1914 in den oldenburgischen Staatsdienst. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, an dem er als Offizier von 1914 bis 1918 teilgenommen hatte, war K. im Staatsministerium maßgeblich an der Reorganisation der Verwaltung beteiligt und erwarb sich besonders beim Auf- und Ausbau der Polizei große Verdienste. Obwohl schon bald zum Ministerialrat aufgerückt, schied er dennoch am 31. 3. 1923 aus der Verwaltungslaufbahn aus, um in den Vorstand der Oldenburgischen Landesbank (OLB) einzutreten. Die einundreißig Jahre seines unmittelbaren Wirkens für die Bank (1923-1954), davon zwanzig Jahre in der Position des Vorsitzenden (1934-1954) sowie acht Jahre in der eines Aufsichtsratsmitglieds (1955-1962), fielen in eine Zeit dauernder Belastungen, aber auch des Neubeginns und der Rücksbesinnung. Als sich die OLB in der 1929/30 einsetzenden Bankenkrise erneut behaupten mußte und infolgedessen eine Beschränkung der Filialtätigkeit auf das Gebiet zwischen Weser und Ems unumgänglich wurde, setzte K. sich mit Nachdruck für die Fusion der Landesbank mit der Oldenburgischen Spar- & Leih-Bank ein, die 1935 auch erfolgte. Sein handfester Einsatz für den Wiederaufstieg der OLB hinderte ihn 1945 nicht daran, einer Bitte des Staatsministeriums nachzukommen und das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Oldenburg zu übernehmen (12. 6. 1945 - 1. 12. 1945). K. gehörte von 1927 bis 1946 dem Literarisch-geselligen Verein an.
Er war verheiratet mit Mechthild geb. Calmeyer-Schmedes, der Tochter des Oberregierungsrats → Theodor Calmeyer-Schmedes (1857-1920); das Ehepaar hatte drei Kinder.

L:
Fritz Koch, Oldenburg 1945. Erinnerungen eines Bürgermeisters, Oldenburg 1984.

Peter Haupt

Krell, August Christian Ferdinand, Minister, * 10. 1. 1802 Jever, † 27. 9. 1856 Oldenburg.
Als Sohn eines Advokaten und Titularkammerrates und Enkel eines aus Anhalt stammenden Titularkammerrates und des Regierungsrates von Honrichs in Jever geboren, besuchte er dort das Gymnasium bis 1819 und studierte anschließend Jura in

Göttingen. Dann schlug er wie der Vater und beide Großväter die Beamtenlaufbahn ein, die er 1824 als Auditor begann. Nach dem Examen (1829) folgten die Ernennungen zum Landgerichtsassessor (1830),

Kammerassessor (1838) und Hofrat (1841). Neben → Zedelius (1800-1878) und → von Berg (1810-1894) wurde er am 27. 4. 1848 als Regierungskommissar für die bevorstehende Versammlung der 34 bestimmt und am 11. 12. 1849 in das neue Ministerium → von Buttel berufen, in dem er das Departement der Finanzen übernahm. Als es zwischen dem Großherzog und den Ministern von Buttel sowie Karl von Berg zu Differenzen in der Frage der dänischen Thronfolge des Erbgroßherzogs kam, vertrat er neben dem Minister → von Eisendecher (1803-1880) die Position des Großherzogs. 1851 wurde er in das neue Ministerium → von Rössing übernommen und blieb bis zu seinem Tode im Amt des Finanzministers.
K. war verheiratet mit Laura Arnoldine Anselma geb. Keppel (1808-1880), der Tochter des Landgerichtssekretärs Arnold Franz K. in Vechta, die er vielleicht durch seinen Göttinger Studienfreund Franz Carl Freiherr von Elmendorff auf Gut Füchtel bei Vechta kennengelernt hatte.

W:
Denkschrift über die Anlegung einer Fehncolonie im Bokeler Moore, Oldenburg 1849 (mit Karl Heinrich Ernst von Berg).
L:
Aufzeichnungen des Maximilian Heinrich Rüder, MS, StAO; Christian Diedrich von Buttel, Eine Ministercrisis, MS, Nachlaß von Buttel, StAO; Monika Wegmann-Fetsch, Die Revolution von 1848 im Großherzogtum Oldenburg, Oldenburg 1974; Harald Schieckel, Die Herkunft und Laufbahn der oldenburgischen Minister von 1848 bis 1918, in: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer, Münster 1982, S. 260.

Harald Schieckel

Kreymborg, Gerhard Heinrich, Fabrikant, * 14. 8. 1769 Brockdorf bei Lohne, † 4. 9. 1833 Lohne.
K. war das fünfte und jüngste Kind des Heuerlings Bernard Kreymborg (* 1725) und dessen Ehefrau Elisabeth geb. Gieske († 1776). Über seine Jugend und Ausbildung ist bisher nur bekannt, daß er Deutschland und Österreich durchwanderte und offenbar erst als Dreißigjähriger nach Lohne zurückkehrte. Hier erwarb er ein Haus und begann 1801, etwa gleichzeitig wie der aus Lengerich bei Lingen stammende Wilhelm Brauer (18. 9. 1774 - 15. 10. 1836), mit der Herstellung von Schreibfedern aus Gänsekielen. Jeder der beiden Männer gründete eine eigene Fabrik, sie arbeiteten aber geschäftlich eng zusammen und waren später auch verwandtschaftlich verbunden, da Brauer 1806 Maria Gertrud Thole, die Schwägerin K.s heiratete. K. konnte schon bald seinen Betrieb vergrößern und produzierte zusätzlich Siegellack und Briefverschlüsse aus Oblaten. In den 1840er Jahren beschäftigte die inzwischen von seinen Söh-

nen geleitete Fabrik zwei Reisende, zehn Kommissionsreisende sowie 36 Arbeiter, die jährlich 11 Millionen Schreibfedern herrichteten. K.s Erfolg führte zur Gründung weiterer Schreibfederfabriken im Ort, die 1840 zusammen 80 Arbeiter beschäftigten und Lohne zum führenden Federfabrikationsort des nordwestdeutschen Raumes machten. Die Schreibfederfabrikation erlebte freilich nur eine kurze Blüte und verlor rasch ihre ursprüngliche Bedeutung durch die in England erfundene Stahlfeder (1780), deren ungehinderte Einfuhr die Inhaber der Lohner Betriebe 1840 beklagten. Das Kreymborgsche Unternehmen, das sich 1845 durch die Herstellung von Zigarren ein zweites Standbein zu verschaffen suchte, erlag schon bald der übermächtigen englischen Konkurrenz und mußte 1854 aufgelöst werden.
K. war zweimal verheiratet. Am 13. 5. 1794 heiratete er Elisabeth Thole († 1810); das Ehepaar hatte mehrere Kinder, von denen Franz Joseph (1797-1880) und Franz Heinrich (1799-1853) den väterlichen Betrieb übernahmen. In zweiter Ehe war K. verheiratet mit Agnes geb. Löltgen († 1846).

L:
Clemens Pagenstert, Lohner Familien, Vechta

1927, Dinklage 1975²; Bernhard Kramer, Die Lohner Industrie, Vechta 1927; Johannes Ostendorf, Gebr. Krogmann & Co, Lohne (Oldenburg), in: OJb, 52/53, 1952/53, S. 73-139; Joseph Schomaker, Schreibfedern aus Gänsekielen, in: JbOM, 1977, S. 235-239; Lohne (Oldenburg). 980-1980. Berichte aus der Zeit seiner Entwicklung, Vechta 1980: Ernst Hinrichs, Rosemarie Krämer, Christoph Reinders, Die Wirtschaft des Landes Oldenburg in vorindustrieller Zeit, Oldenburg 1988.

Josef Sommer

Kröger, Gerd (Gerdt, Gerhard), Orgelbauer, * um 1600, † um 1641.

K. ist der wichtigste Vertreter einer aus dem Minden-Ravensberger Land stammenden, vorübergehend im Oldenburger Land tätigen Orgelbauerfamilie, von der außer ihm noch zwei weitere Mitglieder namentlich bekannt sind, deren genaue verwandtschaftliche Beziehungen sich aber nicht mehr feststellen lassen. Conrad (Cord) Kröger, wohl das älteste Familienmitglied, war 1628 in Lübbecke und 1630 in Herford tätig; der vermutlich jüngste Familienangehörige Hermann (Harmen, Hermen) Kröger arbeitete bis 1651 in Oldenburg, Rodenkirchen und Berne, ging anschließend nach Minden, Celle, Nienburg und ist 1670 in der Region um die Grafschaft Hoya nachweisbar. Gerd K., der wahrscheinlich zu der Orgelwerkstatt Bader gehörte, die in Unna, Münster und Paderborn wirkte, wurde 1634 nach Oldenburg berufen. Damit begann ein neues Stadium des Orgelbaus im Oldenburger Land. Zwischen der Mitte des 16. und dem ersten Viertel des 17. Jahrhunderts hatte es im Lande nur kleinere, von Niederländern erbaute Orgeln gegeben. Seit 1603, dem Regierungsantritt des Grafen → Anton Günther (1583-1667), bestanden zwar Pläne, die alte kleine Orgel von St. Lamberti zu ersetzen, die jedoch erst auf Grund der Initiative des ab 1632 an der Kirche wirkenden Organisten Hermanus Crop verwirklicht wurden. Die neue Orgel, die 1635 von K. begonnen und nach seinem frühen Tod von Hermann Kröger 1642 vollendet wurde, war mit drei Manualen, Pedaltürmen und Springladen die damals größte Orgel des nordwestdeutschen Küstenraums und wurde erst durch die Orgelbauten → Arp Schnitgers (1648-1719) aus dieser Stellung verdrängt. Sie wirkte anregend auf den Orgelbau in der gesamten Region und war in ihrer Bauweise auch das Vorbild für Berend Huß (Hueß), der sie 1667-1670 reparierte. Neben der Lambertiorgel hat K. auch die kleine Orgel in Blexen (1638) gebaut, die Orgeln in Burhave (1638) und Abbehausen (1640/41) werden ihm zugeschrieben. Von seinen Werken ist allerdings so gut wie nichts erhalten, die Lamberti-Orgel wich nach zahlreichen Reparaturen einem Neubau (1792-1800), in dem Teile von ihr Verwendung fanden.

K. bildet die Brücke zwischen dem niederländisch-westfälischen Orgelbau des frühen 17. Jahrhunderts und Berend Huß sowie Arp Schnitger, die die von den Krögers entwickelten Ansätze weiterführten und vollendeten.

L:

Walter Kaufmann, Die Orgeln des alten Herzogtums Oldenburg. „Nordoldenburgische Orgeltopographie", Oldenburg 1962.

Karl Veit Riedel

Krogmann, Johann Heinrich, Fabrikant, * 21. 10. 1803 Brettberg bei Lohne, † 6. 6. 1865 Lohne.

K. war der Sohn des Johann Hermann Krogmann (1772-1823) und dessen Ehefrau Anna Catharina geb. Bramlage (1781-1834), der Tochter des Heuermanns Ludmar B. (1743-1813) und Schwester des Lohner Fabrikanten → Gerhard Heinrich Bramlage (1776-1857). Der Vater war ursprünglich Heuermann, dann Hollandgänger und schließlich Kapitän eines kleinen Segelschiffes. Nach Aufgabe der Heuerstelle (1820) betrieb die Mutter einen Hökerladen für Lebensmittel und Spinnstoffe in Lohne, der mit einer Schankwirtschaft verbunden war. K., über dessen Jugend und Ausbildung wir nichts wissen, führte nach dem frühen Tod des Vaters zunächst die von der Mutter 1824 eröffnete Färberei und gründete im gleichen Jahr eine Essigfabrik, die aber bereits nach kurzer Zeit wieder aufgegeben werden mußte. 1825 wandte er sich, unterstützt von seinen Brüdern Clemens (1806-1826) und Joseph (1808-1835) der Herstellung von Schreibfedern aus Gänsekielen zu, die bereits seit 1801 in Lohne erfolgreich betrieben wurde. Dazu kam, wie in anderen Lohner Unternehmen auch, die Herstellung von Siegellack und der Vertrieb von Bleistiften

sowie Briefverschlüssen aus Oblaten. Als um 1850 die Gänsefeder allmählich durch die Stahlfeder verdrängt wurde, stellte K. rechtzeitig die Produktion auf die Herstellung von Pinseln und Bürsten um, die er bei seinen Reisen durch Süddeutschland im Nürnberger Raum kennengelernt hatte.

Die notwendigen Rohstoffe in Form von Schweineborsten waren im oldenburgischen Münsterland vorhanden und wurden später durch Importe aus Polen, Rußland, Nord- und Südamerika sowie China ergänzt. Mit Hilfe angeworbener Facharbeiter baute K. den neuen Produktionszweig auf, der schon nach wenigen Jahren florierte. 1860 beschäftigte der Betrieb 25 Arbeiter, deren Zahl bis 1900 auf etwa 60 stieg. Nach dem Tod K.s, der an Magenkrebs litt, wurde das Unternehmen von dessen Witwe und dem Teilhaber Anton Hoyng (1832-1902) weitergeführt; 1886 trat auch der Sohn Richard (1851-1897) in die Geschäftsleitung ein.
K. war seit dem 4. 5. 1844 verheiratet mit Anna Catharina geb. Bocklage (20. 2. 1819 - 16. 12. 1846), der Tochter des Tobias B. und der Elisabeth geb. Brinkmann. Nach ihrem Tod heiratete er am 24. 4. 1849 Franziska Laura Gieske (22. 11. 1824 - 8. 1. 1890), die Tochter des Wirts und Posthalters Johann Heinrich G. und der Elisabeth geb. Krümpelbeck. Aus diesen beiden Ehen stammten vier Söhne und drei Töchter.

L:
Bernhard Kramer, Die Lohner Industrie, Vechta 1927; Johannes Ostendorf, Gebr. Krogmann & Co., Lohne (Oldenburg), in: OJb, 52/53, 1952/53, S. 73-139; Lohne (Oldenburg). 900-1980. Berichte aus der Zeit seiner Entwicklung, Lohne 1980.

Josef Sommer

Krohne, Karl Georg Julius, Dr. iur. h.c., Pfarrer und Oberregierungsrat, * 10. 12. 1836 Dankelshausen, † 19. 2. 1913 Berlin.
Der Sohn des Pastors Friedrich Krohne und dessen Ehefrau Dorette geb. Meyer studierte von 1855 bis 1858 evangelische Theologie in Jena und Göttingen. Am 1. 10. 1858 legte er seine erste theologische Prüfung beim Konsistorium in Hannover ab. Sein zweites theologisches Examen bestand er am 10. 6. 1861 in Oldenburg und wurde am 29. 9. 1861 ordiniert. Danach wurde er Pfarrer an der Strafanstalt in Vechta und legte hier den Grund zu seiner späteren Tätigkeit als Leiter des Strafvollzugs. Am 4. 1. 1873 trat er als Direktor der Strafanstalt Vechta in den Staatsdienst, um seine Erfahrungen in der Strafanstaltsseelsorge verwerten zu können. Am 1. 1. 1876 wurde er Gefängnisdirektor in Rendsburg, wo er sechs Jahre verblieb, um dann zwei Jahre die Strafanstalt in Kassel zu leiten. 1883 wurde er Direktor der Strafanstalt Moabit und 1892 Vortragender Rat und Dezernent für das Gefängniswesen im preußischen Ministerium des Innern. Schon vorher war er zum Dr. iur. h.c. und zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat ernannt worden. K. erstrebte Verbesserungen der Verhältnisse des Strafvollzugs im allgemeinen und nachgehende Fürsorge für die Strafgefangenen und Entlassenen im besonderen. Er wollte als evangelischer Theologe die Resozialisierung der Strafgefangenen im Sinne Wicherns unterstützen.

W:
Die Organisation des Gefängniswesens, Oldenburg 1868; Der preußische Staat und die kirchliche Frage, Oldenburg 1874[2]; Das Denkmal der Oldenburger bei Vionville, Oldenburg 1875; Die gesetzliche Regelung des Strafvollzuges im Deutschen Reiche, Oldenburg 1875; Lehrbuch der Gefängniskunde, Stuttgart 1889; Erziehungsanstalten für die verlassene, gefährdete und verwahrloste Jugend in Preußen, Berlin 1901.
L:
Deutsche Juristen-Zeitung, 1913, S. 328-29;

Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung, 1913, S. 238; Trude Hauser, Geschichte der Strafvollzugsanstalten in Vechta, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Vechta, 3. Lieferung, Vechta 1981, S. 367-408.

Gerhard Wintermann

Krökel, Wilhelm Friedrich Hermann, Betriebsratsvorsitzender, * 26. 4. 1890 Bant, † 18. 2. 1945 KZ Neuengamme bei Hamburg.
Der Sohn des Werftarbeiters Friedrich Krökel und dessen Ehefrau Gesine geb. Dunker wuchs zusammen mit sechs Geschwistern in Bant auf, wo er die Volksschule besuchte. Von November 1905 bis Mai 1909

erlernte er auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven den Beruf des Schiffszimmerers und war danach bis 1933 auf der Werft beschäftigt. Während des Ersten Weltkriegs wurde er wegen seiner Fachkenntnisse „unabkömmlich gestellt" und nicht zum Frontdienst einberufen. Bereits 1909 trat K. der Sozialdemokratischen Partei und 1911 dem Metallarbeiterverband bei. Innerhalb der Arbeiterbewegung war er besonders der Sportorganisation verbunden und war Vorsitzender der „Freien Turnerschaft Rüstringen" sowie Leiter des Arbeitersports im nördlichen Weser-Ems-Bereich. Nach der Einführung des Betriebsrätegesetzes wurde er Vorsitzender des Betriebsrates der Marinewerft (1919-1933), gehörte dem örtlichen Vorstand des Metallarbeiterverbandes an und war daneben auch Mitglied des Wilhelmshavener Bürgervorsteherkollegiums (1929-1933). Als „staatsfeindlich" eingestuft, wurde er im Mai 1933 von der Werft entlassen und fand erst 1936 wieder Arbeit bei der Firma Möller („Norddeutscher Eisenbau") in Sande. Während des Dritten Reiches schloß er sich einer örtlichen Widerstandsgruppe (Grunewald-Gruppe) an. Nach dem Attentat auf Hitler wurde er im Zuge der „Aktion Gewitter" am 22. 8. 1944 verhaftet und kam wenige Tage später in das KZ Neuengamme, das er nicht wieder lebend verlassen sollte.
K. war seit 1916 verheiratet mit Martha geb. Schmidt, die ebenfalls aus einer Werftarbeiterfamilie stammte; das Ehepaar hatte zwei Töchter.

L:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Wilhelmshaven (Hg.), Wilhelm Krökel - Vorbild und Mahnung, Wilhelmshaven o. J.; Hartmut Büsing und Klaus Zegenhagen, Einmal werden froh wir sagen: „Heimat. Du bist wieder mein!" KZ in Wilhelmshaven - Rüstringer und Wilhelmshavener im KZ, Wilhelmshaven 1987.

Werner Vahlenkamp

Krüger, Wilhelm, Dr. phil. h.c., Marine-Hafenbaudirektor, * 15. 2. 1871 Oldenburg, † 29. 2. 1940 Bad Zwischenahn.
Der Sohn des Oldenburger Zigarrenhändlers Friedrich Krüger (10. 9. 1838 - 28. 12. 1910) und dessen Ehefrau Catharina Sophie geb. Strackerjan (31. 5. 1845 - 13. 5. 1910) besuchte das Gymnasium in Oldenburg und begann nach dem Abitur ein Ingenieurstudium an den Technischen Hochschulen in Hannover und in Berlin-Charlottenburg. 1895 legte er die erste Staatsprüfung zum Regierungsbauführer in Charlottenburg ab und bestand nach einem dreijährigen Ausbildungsdienst bei der Eisenbahn 1899 die zweite Staatsprüfung zum Regierungsbaumeister. 1901 heiratete er in Bramsche Anna Piesbergen (8. 8. 1879 - 24. 6. 1951), die Tochter des Sanitätsrats Dr. August Piesbergen (1845-1888). Im selben Jahr wurde K. als Tiefbauingenieur beim Hafenbauressort der Kaiserlichen Marinewerft in Wilhelmshaven angestellt und 1902 zum Hafenbaumeister ernannt. 1907 wurde er zum Baurat, 1911 zum Oberbaurat und 1933 schließlich zum Hafenbaudirektor befördert. K. wurde in Wilhelmshaven mit der Korrektion der Jade betraut, um die zum

Kriegshafen führende Fahrrinne vor der Versandung zu schützen und auch bei Niedrigwasser befahrbar zu halten. Nach vorbereitenden Studien in Dresden und Berlin errichtete er 1907 eine Wasserbauversuchsanstalt in Wilhelmshaven, in der er die Gezeitenströmungen des Gebiets unter Laboratoriumsbedingungen untersuchen konnte. Er ergänzte diese Modellversuche durch die eingehende Erforschung der hydrographischen und geologischen Verhältnisse des Küstengebiets und arbeitete dabei seit 1907 eng mit dem oldenburgischen Lehrer und Marschenforscher → Heinrich Schütte (1863-1939) zusammen. Auf der Grundlage seiner weitgespannten Untersuchungen führte K. zwischen 1909 und 1931 die Jadekorrektion durch und

schuf durch die Errichtung der Korrektionsbauten bei Wangerooge und Minsener Oldeoog ein neues, sich selbst regulierendes Fahrwasser, das zu einer der besten Schiffahrtsstraßen der Nordseeküste wurde. Durch seine eigenen Untersuchungen, von denen besonders der 1911 erschienene Aufsatz „Meer und Küste bei Wangerooge" zu erwähnen ist, und durch die Unterstützung der Arbeiten Schüttes trug K. dazu bei, die Grundlagen für die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Nordseeküste zu legen. Er engagierte sich auch für den Naturschutzgedanken und war wesentlich beteiligt an der Sicherung des Seevogelschutzgebietes auf der Insel Mellum. 1926 verlieh ihm die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt dafür die Ehrendoktorwürde. Am 1. 6. 1936 trat K. in den Ruhestand und starb vier Jahre später überraschend an einer Lungenentzündung.

W:
Meer und Küste bei Wangerooge und die Kräfte, die auf ihre Gestaltung einwirken, in: Zeitschrift für Bauwesen, 61, 1911, S. 452-464, 586-610; Das Seegebiet Oldenburgs, in: Heimatkunde des Herzogtums Oldenburg, Bd. 1, Bremen 1913, S. 1-50; Die Jade, das Fahrwasser Wilhelmshavens, ihre Entstehung und ihr Zustand, in: Jahrbuch der hafenbautechnischen Gesellschaft, 5, 1922, S. 268-284; Die heutige Insel Wangerooge, ein Ergebnis des Seebaues, in: Wangerooge, wie es wurde, war und ist, Bremen 1929, S. 179-231; Die Entwicklung der Harlebucht und ihr Einfluß auf die Außenjade, in: Abhandlungen des Naturwissenschaftlichen Vereins Bremen, 30, 1937, S. 197-208; Die Küstensenkung an der Jade, in: Der Bauingenieur, Zeitschrift für das gesamte Bauwesen, 19, 1938, S. 91-99.
L:
NDB, Bd. 13, 1982, S. 108; G. Harms, Dr. phil. h.c. Wilhelm Krüger, in: Die Nordwestmark, Bd. 1, Dichtung und Forschung im Raume Weser-Ems, Oldenburg 1940, S. 178-181; W. Haarnagel, Herrn Dr. h.c. Wilhelm Krüger zum Gedächtnis, in: Probleme der Küstenforschung im südlichen Nordseegebiet, Bd. 2, 1941, S. V-XI; Richard Tantzen, Dr. h.c. Wilhelm Krüger, in: OJb, 44/45, 1940/41, S. 173-174; Wolfgang Hartung, Wilhelm Krüger 1871-1940, in: Niedersächsische Lebensbilder, 3, 1957, S. 140-150, Nachdruck in: OJb, 56, 1957, S. 15 ff. (W, L).

Hans Friedl

Kruse, Christian (Karsten) Hinrich, Dr. phil., Lehrer und Universitätsprofessor, * 9. 8. 1753 Hiddigwarden, † 4. 1. 1827 Leipzig.
Der Sohn des Handwerkers Harmen (Hermann) Kruse und dessen Ehefrau Gretje geb. Kükens kam im zehnten Lebensjahr nach Halle, wo ihm der Berner Pastor Menzel eine Freistelle im Waisenhaus (Franckesche Stiftungen) verschafft hatte. Schon während seiner Schulzeit befaßte er sich intensiv mit der Geschichte und mit alten Sprachen. Von 1773 bis 1775 studierte er Theologie und Geschichte an der Universität in Halle und erteilte nebenbei in der Mädchenschule des Waisenhauses Unterricht, um sein Studium mitfinanzieren zu können. 1775 wurde K. Lehrer an der Lateinschule in Oldenburg und richtete hier auch eine Abendschule für Mäd-

chen ein. Er schloß sich schon bald dem kleinen Zirkel aufgeklärter Intellektueller um → Gerhard Anton von Halem (1752-1819) an und gehörte 1779 zu den Mitbegründern der Literarischen Gesellschaft. 1788 ernannte Herzog → Peter Friedrich Ludwig (1755-1829) ihn zum „Instructor" für seine beiden Söhne → Paul Friedrich August (1783-1853) und Peter Friedrich

Georg (1784-1812), die K. fünfzehn Jahre lang unterrichtete. Er begleitete die beiden Prinzen auch nach Leipzig, wo sie von 1803 bis 1805 studierten. Die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig verlieh ihm 1805 den Doktortitel. Nach seiner Rückkehr nach Oldenburg trat K., der bereits 1803 zum Konsistorialrat ernannt worden war, in das Konsistorium ein und übernahm als Scholarch die oberste Leitung des Gymnasiums und des Lehrerseminars. Als 1811 die Franzosen das Herzogtum Oldenburg besetzten, bat K. um seine Entlassung und übersiedelte nach Leipzig, wo er im September 1811 eine Professur für historische Hilfwissenschaften erhielt. K. veröffentlichte bereits während seiner Lehrerzeit zahlreiche Schriften, u. a. die „Praktische Anweisung zur Orthographie" (1787), die 1819 in vierter Auflage erschien. Sein wichtigstes Werk, an dem er fast vier Jahrzehnte arbeitete, war der „Atlas zur Uebersicht der Geographie und Geschichte der Europäischen Staaten", der in vier Lieferungen 1802, 1804, 1810 und 1818 herauskam, 1822 eine zweite Auflage erreichte und nach K.s Tod von seinem Sohn 1828 in dritter Auflage herausgegeben wurde.

K. war seit dem 7. 5. 1781 verheiratet mit Susanne Sophie geb. Premsel (* 27. 1. 1762), der Tochter des Oldenburger Kanzleirats Friedrich Johann P. und der Catharina Elisabeth geb. Kluge; der jüngste Sohn des Ehepaares, Friedrich Karl Hermann (1790-1866) wurde Professor in Halle und Dorpat.

W:
Practische Anweisung zur Orthographie, zunächst für Frauenzimmer, Unstudierte und Kinder, mit versteckten Fehlern, Bremen 1787; Vollständige und practische Anweisung zur Orthographie der Deutschen Sprache mit Inbegriff der aus fremden Sprachen entlehnten Wörter, zum Gebrauch in Schulen, wie auch zum Selbstunterricht und zum Nachschlagen eingerichtet, und mit vielen Beispielen zur eigenen Übung versehen, Oldenburg 1819[4]; Atlas zur Uebersicht der Geographie und Geschichte der Europäischen Staaten von ihrem Ursprunge an bis zum Jahre 1800 nach Christi Geburt, Lieferung 1-4, Oldenburg/Halle 1802-1818, 1822[2], 1828[3].

L:
ADB, Bd. 17, S. 262; Karl Meinardus, Geschichte des Großherzoglichen Gymnasiums in Oldenburg, Oldenburg 1878; Klaus Klattenhoff, Öffentliche Kleinkinderziehung. Zur Geschichte ihrer Bedingungen und Konzepte in Oldenburg, Diss. Oldenburg 1982.

Klaus Klattenhoff

Kufferath, Wilhelm, Hofkonzertmeister, * 16. 4. 1853 Mülheim an der Ruhr, † 2. 3. 1936 Oldenburg.

K., Sohn des 1802 geborenen Cellisten Hermann Kufferath, war Sprößling eines weithin bekannten Musikantengeschlechts. Von seinem Vater intensiv gefördert, wurde er gleichfalls Cellist und trat schon als Sechsjähriger solistisch auf. Nach Abschluß der Realschule ging er an das Kölner Konservatorium und wurde nach Beendigung seiner Studien Solocellist am Berliner Bilseorchester, dem Vorläufer der Berliner Philharmoniker. Nach Engagements als Hofcellist in Meiningen und als Solocellist in Bremen wurde K. am 1. 1. 1878 auf Initiative → Albert Dietrichs (1829-1908), des Hofkapellmeisters, Solocellist in der Hofkapelle in Oldenburg. Seine Beziehungen zu Bremen und seine Tätigkeit in mehreren überregional bekannten Kammermusikensembles blieben auch nach diesem Wechsel erhalten. K. war einer der bekanntesten deutschen Cellisten seiner Zeit und trat unter nahezu allen großen Dirigenten des ausgehenden 19. und begin-

nenden 20. Jahrhunderts auf - in Oldenburg und auswärts. Besondere Anerkennung brachte ihm seine Interpretation des Celloparts in Johannes Brahms Doppelkonzert für Violine und Cello ein.
1901 erhielt K. den Titel eines Hofkonzertmeisters; 1911 übernahm K. als Nachfolger von → Ferdinand Manns (1844-1922) die Leitung des Singvereins, 1928 wurde er

pensioniert; sein Nachfolger im Amt wurde sein Sohn Hans Kufferath. K. selber starb nach längerer Krankheit im Jahr 1936.
K. war seit dem 19. 10. 1886 verheiratet mit Karoline Emmy Marie geb. Merzdorf (* 28. 11. 1865), der Tochter des oldenburgischen Bibliothekars → Theodor Merzdorf (1812-1877).

L:
Georg Linnemann, Musikgeschichte der Stadt Oldenburg, Oldenburg 1956.

Ernst Hinrichs

Kuhlmann, Diedrich Conrad Ludwig, Pfarrer und Superintendent, * 18. 10. 1793 Hammelwarden, † 14. 9. 1851 Rodenkirchen.
Der Sohn des damaligen Pastors von Hammelwarden Diedrich Gerhard Kuhlmann (1755-1824) besuchte das Gymnasium in Oldenburg und studierte von 1812 bis 1815 evangelische Theologie an der Universität Göttingen. Das erste theologische Examen legte er 1815, das zweite im Jahre 1821 ab. Noch im gleichen Jahr wurde er Pastor in Ovelgönne und heiratete die Tochter des Zollinspektors Ibe aus Brake, mit der er acht Kinder hatte. Zwei der Söhne wurden Pastoren in Hatten und Burhave. 1827 wurde K. in Dedesdorf eingeführt, von wo er im Jahre 1842 nach Abbehausen versetzt wurde. Kurz darauf erfolgte die Ernennung zum Superintendenten des Kreises Ovelgönne. Dieses Amt wurde nach ihm nicht mehr besetzt. 1848 wurde er Pfarrer in Rodenkirchen, wo er offensichtlich in die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49 und in Streiks der Landarbeiter verwickelt wurde. 1851 starb er in Rodenkirchen an einem Sonntag im September am „Nervenschlag", als er in Verrichtung seines Dienstes die Kirche betrat.
K. war durch und durch Rationalist. Für Hugo Harms ist er ein „etwas pedantischer Pädagoge". Diese beiden Züge fanden ihren Niederschlag in K.s Hauptwerk, einer katechetisch-tabellarischen Darstellung des Religionsunterrichts, die er auf der Grundlage des Mutzenbecherschen Katechismus verfaßte. In diesem trockenen Werk bemühte er sich, Glaubensaussagen logisch zu erfassen, ja er versuchte, den Glauben auf rein logischer Grundlage zu erklären. Gegen Ende seines Lebens freilich neigte er eher zum Bekenntnisglauben.

W:
Erklärung des Pastor Kuhlmann über die durch Herrn Pastor Claußen ihm gemachten Vorwürfe nebst Beurteilung der Katechesationen des Letzteren, Oldenburg 1836; Katechetisch-tabellarische Darstellung des Religionsunterrichts, mit besonderer Beziehung auf das Oldenburgische Religionslehrbuch, Oldenburg 1833.
L:
Daniel Ramsauer, Chronik von Landwührden und der Kirchengemeinde Dedesdorf, Bremerhaven o. J.; Hugo Harms, Ereignisse und Gestalten der Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg 1520-1920, Oldenburg 1966.

Michael Freitag

Kuhnt, Bernhard, Reichstagsabgeordneter, * 24. 2. 1876 Leipzig, † 22. 1. 1946 Westensee bei Kiel.
K. erlernte nach dem Abschluß der Volksschule den Beruf des Maschinenschlossers. Seinen Wehrdienst leistete er von

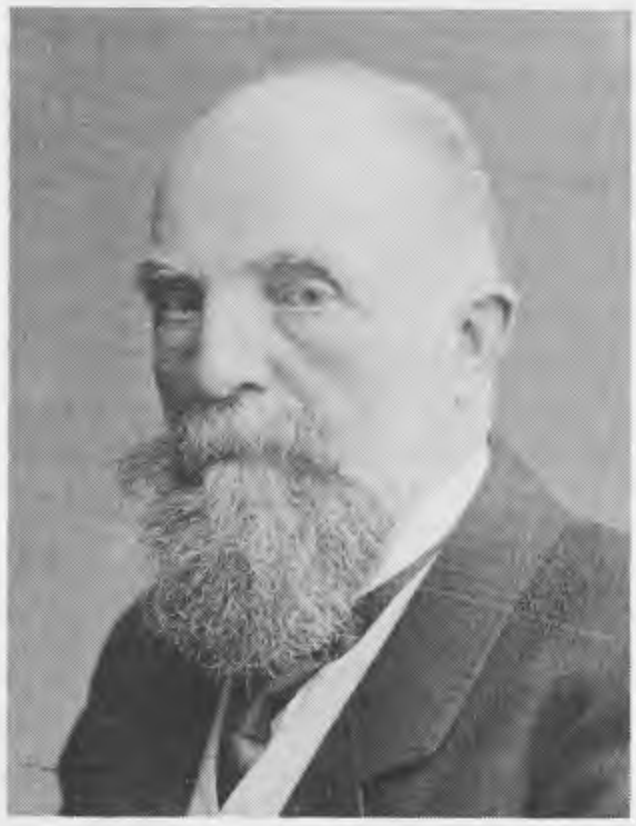
1897 bis 1899 in der Kaiserlichen Marine in Wilhelmshaven ab. Schon in jungen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung und der SPD tätig, wurde er 1906 Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Kiel, ehe er 1911 als Parteisekretär der SPD nach Chemnitz (Sachsen) ging. Bei Kriegsausbruch einberufen, verbrachte K. die Kriegszeit in einem Landtruppenteil der Marine in Wilhelmshaven. Am 6. 11. 1918 wurde er nach Ausbruch der Revolution zum Vorsitzenden des 21er Rats, des Lenkungsorgans des Arbeiter- und Soldatenrats im Festungsbereich Wilhelmshavens, gewählt. Am Ende seiner Rede auf

einer Massenversammlung mit über 10 000 Menschen am 8. 11. 1918 erklärte er das Gebiet der Nordsee-Station der Marine und das Oldenburger Land zur sozialistischen Republik und den Großherzog von Oldenburg für abgesetzt. Nachdem dieser am 11. 11. 1918 abgedankt hatte, übernahm K., gestützt auf die bewaffnete Macht in Wilhelmshaven und mit Zustimmung des oldenburgischen Landtages, das Amt des Präsidenten des Freistaats Oldenburg. Sein Versuch, auch Ostfriesland dem Herrschaftsgebiet des 21er Rats einzugliedern, scheiterte. Das Amt des Vorsitzenden des 21er Rats nahm ihn so in Anspruch, daß er zur Regierungsarbeit des Oldenburger Direktoriums wenig beitragen konnte. Wegen der Flügelkämpfe innerhalb des 21er Rats verlor er bald an Ansehen und Einfluß, scheiterte auch bei seiner Kandidatur für die USPD in der Wahl zur Nationalversammlung und konnte Ende Januar 1919 einen Putsch der Kommunisten in Wilhelmshaven nicht verhindern. Von Gustav Noske, dem damaligen Volksbeauftragten, zur Berichterstattung nach Berlin beordert, trat er auf dessen Geheiß und mit Billigung des 21er Rats einen vierwöchigen Urlaub an. Gegen seine Tätigkeit wurden bald schwere Vorwürfe laut, die am 28. 2. 1919 zu seiner Inhaftierung führten, aus der er jedoch in den Märzkämpfen 1919 in Berlin wieder befreit wurde. Die meisten Vorwürfe erwiesen sich später als unbegründet; sein Versagen als politischer Führer der revolutionären Bewegung läßt sich kaum leugnen. Von 1920 bis 1933 vertrat K. als Reichstagsabgeordneter den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, zunächst als Mitglied der USPD, ab 1922 wieder in der Fraktion der SPD. In den Jahren 1923/24 war er Amtshauptmann in Sachsen. K. gehörte ab 1928 der Kommission an, die ein Wehrprogramm für die SPD-Fraktion ausarbeitete, das dann auf dem Magdeburger Parteitag im Mai 1929 angenommen wurde. Er gehörte zwar in der SPD-Fraktion zu den „Linken", stimmte auch im März 1931 in der „Panzerkreuzerfrage" gegen die Mehrheit der Fraktion, trat aber nicht der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) bei, obwohl gerade in seinem Parteibezirk und Wahlkreis die Zahl der Parteiwechsler relativ groß war. Schon wenige Tage nach der März-Wahl 1933 wurde K. verhaftet und erst nach 17 Monaten wieder entlassen. Das Photo seiner entwürdigenden Behandlung bei der Verhaftung, als er auf einem Holzkarren durch Chemnitz geführt wurde, ging als Zeugnis der nationalsozialistischen Brutalität um die Welt und wurde so zum Symbol für die Opfer des frühen NS-Terrors.

L:
Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920; ders., Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947; Wolfgang Günther, Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg, Oldenburg 1979; Heinrich A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933, Berlin/Bonn 1987; Wolfgang Ruppert, Fotogeschichte der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1988, S. 228-229.

Wolfgang Günther

Künoldt, Diedrich Christian Emil, Seminardirektor, * 21. 6. 1850 Großfurra, Kreis Sondershausen, † 8. 1. 1920 Oldenburg.
K., Sohn eines Pfarrers, besuchte in Gotha das Gymnasium und studierte von 1872 bis 1876 in Leipzig und Göttingen Theologie, Philosophie, Philologie und Germanistik. 1877 trat er als Lehrer in das Kollegium des evangelischen Lehrerseminars Oldenburg ein, wo er seine gesamte Berufszeit bis 1919 verbringen sollte: seit 1879 als 1. Seminarlehrer, dem 1886 der Titel Oberlehrer verliehen wurde, seit 1897 als Seminardirektor. Am Seminar unterrichtete K. in dozierender Lehrform Deutsch, Geschichte und Religion. Aufgrund seiner Verdienste als Seminardirektor und nebenamtlicher Schulinspektor berief ihn das Ministerium 1906 als außerordentliches Mitglied in das Evangelische Oberschulkollegium, 1911 wurde er dort Mitglied für Volksschulsachen und Ende 1912 zum Oberschulrat ernannt. 1910 war er mit dem Ehren-Ritterkreuz II. Klasse mit der silbernen Krone ausgezeichnet worden. Obwohl K. mehr als zwanzig Jahre dem Seminar vorstand und in sein Direktorat der Ausbau zu einer sechsklassigen Anstalt fiel, prägte er den Geist des Seminars infolge seiner nachgiebig-labilen Persönlichkeit und seiner politisch wie pädagogisch-philosophisch konservativen Haltung weniger stark als seine Vorgänger Sander und → Ostermann (1850-1922). Von seiner wissenschaftlich-schriftstellerischen Tätigkeit ist besonders die Redaktion des Oldenburger Lesebuchs (1908) hervorzuheben, für das K. einige geschichtliche Lesestücke beisteuerte. Von 1902 bis 1908 gehörte er dem Oldenburger Stadtrat an. K. war Mitglied des Gustav-Adolf-Vereins und des Literarisch-geselligen Vereins (1881-1885, 1897-1920), dem er 1904/05 präsidierte.
K. war verheiratet mit Thekla geb. Lange (5. 4. 1856 - 11. 9. 1920) und hatte acht Kinder.



W:
Caradeux de La Chalotais und sein Verhalten zu Basedow. Ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik im 18. Jahrhundert, Oldenburg/Leipzig 1897; (Hg. mit Heinrich Oehlmann und Emil Pleitner), Lesebuch für die Oberstufe der evangelischen Volksschulen des Herzogtums Oldenburg, Oldenburg 1908[2].
L:
Karl Steinhoff und Wolfgang Schulenberg (Hg.), Geschichte der oldenburgischen Lehrerbildung, Bd. 1: Die evangelischen Seminare, Oldenburg 1979; Hilke Günther-Arndt Geschichtsunterricht in Oldenburg 1900-1930, Oldenburg 1980; Literarisch-geselliger Verein zu Oldenburg. Festschrift, bearb. von Egbert Koolman, Oldenburg 1989.

Hilke Günther-Arndt

Lahrssen, Hermann, Lehrer, * 26. 2. 1826 Oldenburg, † 12. 1. 1894 Oldenburg.
L. war der Sohn eines Schuhmachers und das vierte von elf Kindern. Er wuchs in dürftigen Verhältnissen auf und mußte mit seinen Geschwistern die Oldenburger Armenschule besuchen. Dem Wunsch des Vaters folgend, besuchte er von 1841 bis 1846 das Lehrerseminar, unterbrochen durch eine Tätigkeit als Hilfslehrer in Hude von 1843 bis 1845. Auch während seines letzten Seminarjahres leistete er Aushilfsdienste in Hasbergen, Varel und Delmenhorst. Nach Abschluß seiner Ausbildung war er von 1846 bis 1847 Hilfslehrer in Altenesch und von 1847 bis 1849 „Substitut" (Verwalter einer Hauptlehrerstelle) in Neuende. 1849 wurde er Hauptlehrer in Neerstedt und vier Jahre später in Cloppenburg, wo er auch den Küsterdienst zu verrichten hatte. Von 1858 bis 1863 war L. Lehrer an der höheren Bürgerschule in Oldenburg und bereitete sich nebenbei auf das Examen für das „höhere Schulfach" vor. In dieser Zeit hielt er sich auch zu Studienzwecken in Frankreich und England auf. Vor dem Examen bewarb er sich jedoch um eine Hauptlehrerstelle an der Stadt-